

Zweiter Abschnitt.

Gustav Adolf.

Auf den 3. Juni 1630 war der Regensburger Kurfürstentag berufen. Nicht ohne die gewöhnliche Verspätung, aber doch allen anderen voran, traf Ferdinand II. am 13. des Monats ein; am 3. Juli erfolgte die Eröffnung des Tags durch Ueberreichung einer schriftlichen Proposition. Dem Herkommen nach hätte diese Proposition vom Kurfürsten von Mainz ausgehen müssen, aber jetzt war es der Kaiser, der die Gegenstände der Beratung aufstellte. Die Angelegenheit, die ihm nach wie vor am meisten am Herzen lag, nämlich die Vorbereitung der Wahl eines römischen Königs, wurde, wie auf einen stillschweigenden Kompromiß, einstweilen übergangen, auch von dem Restitutionsedikt war kein Wort gesagt, da man es ja den protestantischen Kurfürsten überlassen konnte, ihre Beschwerden darüber vorzubringen; fürs erste wurde die Aufmerksamkeit der Kurfürsten fast ausschließlich auf die von außen sich erhebenden Feinde des Kaisers gerichtet: zunächst auf die Generalstaaten, unter deren Unthaten auch die fortgesetzten Anschläge auf Rückführung Friedrichs V. von der Pfalz ihren Platz fanden, dann auf die Angriffspläne Gustav Adolfs, endlich auf die Einmischung Frankreichs und Venedigs in den mantuanischen Streit, von der es hieß, daß sie auf die Zerstörung der dem Reich noch übrigen Rechte in Italien abziele. Diesen dreifachen Feindseligkeiten gegenüber erwartete der Kaiser an erster Stelle den Rat der Kurfürsten über die Mittel der Herstellung eines Friedens, der als „Universalfriede“ alle Streitigkeiten beenden sollte; in Ermangelung aber dieser allgemeinen Friedensstiftung schlug er an zweiter Stelle eine „rechtschaffene Konjunktion“ zwischen Kaiser, Kurfürsten und Reichsständen zum Schutz des Reiches gegen die Störer des Friedens vor. Welche Mittel diese Konjunktion ergreifen sollte, hatten die Kurfürsten zu begutachten; aber eine Anleitung gab ihnen der Kaiser gleich hinsichtlich der Generalstaaten und Frankreichs: gegen beide galt es die Waffen zu führen nicht nur, wenn sie mit Heeresgewalt ins Deutsche Reich einbrächen, sondern gegen die Holländer auch, wenn sie die Räumung der im Reich besetzten Plätze verweigerten, gegen

Frankreich, wenn es bei seinem gewaltsamen Eingreifen in den Mantuaner Streit beharrte; wobei denn gegen die Holländer auf solche „Diversionen“ gedeutet wurde, welche sie „den Krieg etwas näher empfinden“ ließen, d. h. auf die Unterstützung der spanischen Kriegführung. Natürlich mußte solchen Aufgaben gegenüber das Reich in starker Kriegsbereitschaft stehen. Aber die in dieser Beziehung alle Gemüter bewegende Frage, wie die Mittel dafür zu schaffen seien, erledigte der Kaiser mit der Aufforderung, die Wege zu finden, wie die Kriegslasten, besonders die Kontributionen, Einquartierung und Durchzüge, mit mehr Ordnung und Gerechtigkeit zu verteilen seien.

Aus der ganzen Proposition schien das Bewußtsein zu sprechen, daß der Kaiser die Kräfte des Reiches dahin lenken könne, wohin es ihm gefalle. Entsprach aber diesem Bewußtsein die wirkliche Lage Ferdinands? Wir müssen, um hierauf zu antworten, sehen, wie die vorher dargelegten inneren und auswärtigen Verhältnisse sich weiter entwickelt und eben jetzt, zur Zeit des Kurfürstentags sich gestaltet hatten?

In Italien war der längst zu erwartende Schlag gefallen, als mit Beginn des Monats März 1630 die inzwischen ausgerüstete französische Armee ihren Zug über den Mont Genèvre vollführte; am 4. März stand Richelieu, der als Bevollmächtigter des Königs die kriegerischen und die politischen Aktionen zugleich leitete, in Susa. Sein nächstes Ziel war, den Herzog von Savoyen, der sich aus der Schlinge des französischen Bündnisses herauszuziehen suchte, unentrinnbar zu fesseln. Statt daher zum Entsatz Casales vorzugehen, wandte er sich rechts gegen Pignerolo, durch dessen Einnahme (31. März) er eine zweite Sicherung seiner Verbindungen, rückwärts mit dem Dauphiné, vorwärts mit Turin und Casale gewann. Von Pignerolo, sagte er, kann der König, wenn er es entsprechend befestigen läßt, stets Meister von Italien sein. Aber er brauchte noch einen dritten Rückhalt, und den gewann er, indem er mit seinem König, der ihm inzwischen nachgefolgt war, in einem leichten Feldzug ganz Savoyen unterwarf (Mai, Juni). Wohl standen jetzt noch unangefochten Spinola in Montferrat und Collalto im Mantuaner Land; aber die französische Armee hatte einen festen Stand ergriffen, von dem sie den Marsch gegen die Belagerer von Casale demnächst antreten sollte.

Wenig später kündigte sich der zweite, noch schwerere Schlag gegen den Kaiser an. Gustav Adolf, so stark die ihm immer wieder aufgehenden Bedenken seine Seele erschütterten, wurde doch unwiderstehlich einerseits durch die gewaltigen Rüstungen, die er angestellt hatte, andererseits durch die sichere Aussicht, daß Frankreich, nachdem es in den Krieg gegen den Kaiser und Spanien eingetreten war, ihm seine Hilfe gar nicht versagen könne, vorwärts getrieben. So begann denn ein Vorspiel des Krieges schon am 8. April 1630, indem schwedische Truppen von Stralsund her nach Rügen überfetzten, dann die verwahrlosten kaiserlichen Truppen in einer Reihe leichter Kämpfe aus der Insel verdrängten. Im folgenden Monat, am 29. Mai, nahm dann der König von den in Stockholm anwesenden Reichsständen feierlichen Abschied, einen Abschied auf immer, wie er betonte, für den wahrscheinlichen Fall, daß er in den Schlachten dieses größten seiner Kriege das Leben lassen sollte. Gleichzeitig war er in voller

Arbeit, in Elfsnabben und anderen Häfen der Ostküste die Flotte zu sammeln, welche 88 Compagnien zu Fuß und 20 zu Pferde, im ganzen etwa 10 000 und 2500 Mann, nach Pommern überführen sollte.

So trat der Kurfürstentag unter dem Zeichen zweier Kriege, eines begonnenen und eines unmittelbar bevorstehenden, zusammen. Wie stand es diesen Gefahren gegenüber mit dem erhofften Zusammenhalten zwischen Kaiser und Kurfürsten? Die beiden protestantischen Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg waren von der frischen Erbitterung über das Restitutionsedikt erfüllt; sie fürchteten von dem Kurfürstentag vor allem nur den Versuch, sie in weitere verderbliche Beschlüsse hineinzuführen. So wenig sich nun Kurfürst Johann Georg zu einem thätlichen Widerstand gegen den Kaiser zu entschließen vermochte, darüber kam er jetzt doch ins reine, daß er den persönlichen Besuch des Tages, den er schon bei den früheren Anregungen desselben verweigert hatte (S. 396/97), jetzt erst recht zu verweigern habe. Vergeblich suchte der Kaiser ihn durch eine Gesandtschaft (Juli 1629), durch Briefe, durch die Verwendungen des Erzbischofs von Mainz umzustimmen; er, wie der ihm folgende Kurfürst von Brandenburg, blieben dabei, nur Gesandte zu schicken, und diesen hatten sie keine anderen Aufträge zu geben, als gegen das Restitutionsedikt, gegen die Bedrückungen und den Fortbestand der kaiserlichen Armee, gegen die Veranstaltung der Wahl eines römischen Königs zu arbeiten. Wie hätten sie auch die Kriegspolitik des Kaisers unterstützen sollen, da das Gelingen derselben eine desto unbarmherzigere Durchführung des Restitutionsediktes zur Folge haben mußte!

Dem Kaiser blieb jetzt nur die Hoffnung, diese Opposition mit Hilfe der katholischen Kurfürsten zu bezwingen. Und vollzählig waren diese Herren allerdings eingetroffen, an ihrer Spitze der im Jahr 1629 als Nachfolger jenes Georg Friedrich, der den Mühlhausener Kurfürstentag geleitet hatte (S. 370), erwählte Mainzer Erzbischof Anselm Kasimir von Umstadt. Aber gerade diese katholischen Kurfürsten waren es, deren Haltung dem Kaiser verderblich wurde. Wir wissen, wie hartnäckig die Liga auf ihren drei Forderungen der Verkleinerung der kaiserlichen Armee, der Milde rung des militärischen Druckes und der Entlassung Wallensteins bestand: noch in den Monaten Mai—Juli 1629 hatten infolge eines Beschlusses der Heidelberger Ligaversammlung (S. 397) Gesandte der katholischen Kurfürsten die alten Klagen über die Größe und die Bedrückungen der kaiserlichen Armee erneuert. Darüber hinaus hatten dann die katholischen Kurfürsten in einer neuen schriftlichen Eingabe am 15. Oktober 1629 die kriegerische Politik des Kaisers angegriffen: sie rieten zum friedlichen Ausgleich der Konflikte mit Holland, Schweden und Frankreich, besonders auch zu einer den französischen König befriedigenden Beilegung des Mantuaner Streites. Nach solchen Vorgängen war in den Fragen der kaiserlichen Armee und der kaiserlichen Kriegspolitik kein Zusammengehen der katholischen Kurfürsten mit dem Kaiser, sondern ihre Verbindung mit der protestantischen Opposition zu gewärtigen.

Zu alledem kam nun auch die weitere für den Kaiser vollends gefährliche Anknüpfung Frankreichs mit den Kurfürsten hinzu. Diese Umtriebe hatten, wie erzählt, ihren Höhepunkt in dem Projekt eines bairisch-französischen Bündnisses gefunden, in dem der Nuncius Bagni sich als Mittler darbot (S. 408). Die

guten Dienste des päpstlichen Mittelsmannes waren inzwischen weiter gesucht und gewährt. „Was in Frankreich zu verhandeln ist,“ so schrieb im Gegensatz gegen das Herandrängen Marchevilles am 4. Dezember 1629 Maximilian, „vertraue ich allein gedachtem Nuncius an“. Bagni selber handelte hierbei nach dem Willen Papst Urbans VIII. Wäre freilich dieser Papst rein kirchlichen Gesichtspunkten gefolgt, so würde er seine Bundesgenossenschaft eher dem Kaiser, der jetzt alle seine Erfolge für das Restitutionsedikt aufs Spiel setzte, gewährt haben, als dem Kardinal Richelieu, welcher den Hugenotten ihre Religionsfreiheit bestätigte und die Erhebung der protestantischen Mächte gegen die katholische Reaktion im Reiche unterstützte. Allein für Urban VIII. mußte vor der Machtfrage italienischer Politik und seiner leidenschaftlichen Erbitterung gegen den Kaiser und Spanien das kirchliche Interesse zurücktreten. Ja er wußte schließlich auch in dem Restitutionsedikt selber eine Verletzung des göttlichen Rechtes der Kirche zu entdecken. Denn welche Grundlage war es, auf die das Edikt die Macht der Protestanten zurückzuführen unternahm? Keine andere als der Religionsfriede, den man an der Kurie als einen Einbruch in das Recht der Kirche von jeher angesehen hatte (I 85), und dessen Zertrümmerung man vom Kaiser als Dankopfer für die von Gott ihm verliehenen Siege erwartete. Deshalb, wenn der Papst auch nicht umgehen konnte, dem Kaiser für den der Kirche verschafften Gewinn in einem Breve seine Anerkennung auszusprechen, vermied er doch sorgfältig jedes Wort, das eine Zustimmung zu dem Grundgedanken des Ediktes enthalten hätte.¹⁾ Also kirchliche Skrupel hielten den Papst nicht zurück, — auch nicht die Scheu vor dem Makel arger Zweideutigkeit. Mußte doch eben damals, im Januar 1629, der Kardinal Barberini in des Papstes Auftrag dem Kaiser versichern, daß er die Wahl seines Sohnes zum römischen König nach Kräften bei den Kurfürsten befürworten werde, und in demselben Auftrag dem bairischen Kurfürsten zuflüstern, daß er die Wahl so lange aufgeschoben zu sehen wünsche, bis ihr Ausfall auf Maximilians Person sichergestellt sei. So kam es denn unter päpstlicher Beihilfe so weit, daß am 5. Oktober 1629 der erste Entwurf eines französisch-bairischen Defensivbündnisses, wie Richelieu es verlangte und dann weiter über die ganze Liga auszudehnen hoffte, verfaßt wurde. Was Frankreich neben seinem allgemeinen Schutz dem bairischen Kurfürsten im besonderen zu bieten hatte, war die Sicherung seiner Kur und seiner neu erworbenen Lande, daneben auch, wenn er es wünschte, die Unterstützung seiner Erhebung zur Kaiserwürde; was dagegen Maximilian vor allem erstrebte, war die Neutralität nicht nur Baierns, sondern der Liga überhaupt in dem drohenden Zusammenstoß Frankreichs, sowie seines niederländischen und schwedischen Verbündeten mit dem Kaiser. — Noch war das Bündnis ein bloßer Entwurf, und unter den Einwänden, die Maximilian erhob — die auf 25 Jahre bemessene Dauer des Bundes war ihm zu lang, die Bundeshilfe zu hoch angesetzt, und seine Pflichten gegen Kaiser und Reich wollte er vorbehalten wissen —, verging noch anderthalb Jahr, bis man zur Verständigung kam; aber darauf

¹⁾ Instruktion der Propaganda für Pallotto, 1629 März 31. (Kiewning II n. 79 S. 129.) Barberini an Pallotto, April 28. (N. a. D. n. 97 S. 163, vgl. n. 102 S. 172.)

konnte jetzt Frankreich fester als vorher rechnen, daß in dem Mantuanischen Streit, soweit es sich um die Besitzansprüche des Herzogs von Nevers handelte, Maximilian für die Kapitulation des Kaisers vor Frankreich eintreten werde.

Wie nun Frankreich mit dem bairischen und den anderen Kurfürsten in so guten Beziehungen stand, faßte Richelieu den kühnen Gedanken, den Kaiser dadurch vollends in die Enge zu treiben, daß ihm am Kurfürstentag selber ein Bevollmächtigter Frankreichs entgegentrete. Zu diesem Zweck erhielt der in der Schweiz angestellte französische Gesandte Leon Brulart am 28. Juni 1630 den Auftrag, in Regensburg die Absichten der französischen Politik darzulegen und die Kurfürsten dafür zu gewinnen. Im Vordergrund der von ihm zu behandelnden Fragen stand die römische Königswahl und der Mantuanische Streit. In ersterer Beziehung konnte Frankreich schon darauf rechnen, daß die Kurfürsten die Vornahme einer Wahl unter den gegenwärtigen Verhältnissen zurückweisen würden und nur der Ermutigung bedürften. In der zweiten Frage konnte es ebenfalls auf ihren Beifall zählen, wenn es that, was nach der Lage der Dinge sich von selbst verstand, wenn es nämlich den Abschluß eines Ausgleichs verlangte.

Die Bemühungen um einen friedlichen Austrag des Mantuaner Streites führten beinahe so weit zurück wie der Ausbruch des Streites selber, und derjenige, der sich dabei als Vermittler am eifrigsten bethätigte, war der Papst. Auch jetzt waren unter derselben Vermittelung Friedensverhandlungen im Gange: eine Vollmacht zum Eintritt in dieselben hatte Spinola mitgebracht, Collalto erhielt sie vom Kaiser im Oktober 1629, und auf französischer Seite fanden sich seit Frühjahr 1630 Richelieu, dann auch Ludwig XIII. selber auf dem Kampfsplatz ein, um neben dem Krieg die Verhandlungen zu leiten. Wie nun in dem ganzen Streit alle anderen Parteien vor dem Kaiser und Frankreich zurückgetreten waren, wie außerdem für die Zulassung eines französischen Gesandten zum Kurfürstentag doch ein besonderer in den auswärtigen Beziehungen liegender Anlaß gefunden werden mußte, so lag nichts näher, als eben die Ausgleichsverhandlungen zwischen dem Kaiser und Frankreich von Italien nach Regensburg zu ziehen oder sie doch im Wettbewerb mit den italienischen Unterhändlern hier aufzunehmen. Wenn dabei Spanien, wie es nachher wirklich geschah, sich fern hielt, und der Vertrag als ein Sondervertrag des Kaisers mit Frankreich zustande kam, so war das für Richelieu nur noch ein weiterer Vorteil. Merkwürdigerweise hatte nun aber der französische Gesandte gerade zur Friedensunterhandlung weder Instruktion noch Vollmacht¹⁾ erhalten; indes der Mangel der Vollmacht mochte an der Absicht Richelieus liegen, die Initiative der Verhandlungen dem Kaiser zuzuschieben, und der Mangel der Instruktion wurde dadurch ersetzt, daß dem Brulart als Beistand ein Mann zugeordnet wurde, dem, wie keinem anderen, die Geheimnisse der auswärtigen Politik Richelieus anvertraut waren: es war der Pater Joseph, unter den vielen als freiwillige Diplomaten umhererschleichenden Kapuzinern der geschickteste und erfolgreichste. Ursprünglich ein Asket und

¹⁾ Ueber die Frage der Vollmachten und die wahrscheinliche Rückdatierung der Vollmacht vom 28. Juni, wie über die Verhandlungen überhaupt vgl. H. Keller, Die Friedensverhandlungen zwischen Frankreich und dem Kaiser, 1630. Bonner Doktordissertation 1902.

schwärmerisch bis zur Vision, war er durch den ihm inwohnenden Drang nach politischer Betätigung in die Kreise Richelieus geführt, und der überlegene Geist des Kardinals hatte ihn dann seinen Zielen völlig unterworfen; aber er selber hatte es auch verstanden, sich dem Kardinal als Unterhändler, als Verfasser geheimster Instruktionen, als der Mann, dem er unbedingt vertrauen durfte, unentbehrlich zu machen. Er war ein unheimlicher Mensch: seine Reden und Schreiben ließen in ihren weitschweifigen und gewundenen Sätzen die Zweideutigkeit ahnen, mit der er die Menschen fing, oft auch erinnerten sie in ihrer tiefenden Salbung an den devoten Mönch, der sich und andere über die Widersprüche seines Treibens täuschte. Damals arbeitete er, in Richelieus Umgebung befindlich, sowohl in den italienischen Geschäften, wie in den für den Kapuziner noch bedenklicheren Verhandlungen mit Gustav Adolf; damit er nun erstere an entscheidender Stelle fördere und letztere nicht außer acht lasse, ließ der Kardinal ihn nicht als eigentlichen Gesandten, aber als Dolmetscher der innersten Absichten des Königs und seines Ministers zum Kurfürstentag reisen. Am 29. und 30. Juli trafen er und Brulart in Regensburg ein. Als sie ankamen, hatte die Auseinandersetzung zwischen dem Kaiser und den Kurfürsten schon begonnen.

Am 16. und 19. Juli überreichten die Kurfürsten ihre ersten Antworten auf die kaiserliche Proposition. Hatte der Kaiser die auswärtigen Verwicklungen in den Vordergrund gerückt, so sah er sich hier unerbittlich in erster Linie auf die Grundlagen seines Kriegswesens gewiesen. Wiederum wurden ihm die alten Klagen, verstärkt durch die von anderen Fürsten und Städten eingehenden Beschwerden, verstärkt auch durch die immer steigende Erbitterung, vorgetragen; dann aber folgten sehr ernste und sehr positive Vorschläge: die Führung der Armee, soweit sie sich nicht in des Kaisers Erblanden, sondern im Reich bewegte, sollte, nachdem ihre Stärke im Einvernehmen mit den Kurfürsten festgesetzt sei, einem mit Rat der Kurfürsten zu ernennenden „ansehnlichen Mitglied des Reiches“ übergeben werden, d. h. die Armee sollte verkleinert werden, von ihrem Kommando sollte Wallenstein zurück-, und an seine Stelle ein Stand des Reiches eintreten. Weiter hieß es: die zur Unterhaltung des Heeres nötigen Kontributionen sollten durch Beschluß eines Reichstags, oder doch der Kreistage gewährt werden, d. h. die kaiserliche Kriegsführung sollte ganz und gar von dem guten Willen der Reichsstände abhängen. — Vom Boden dieser Vorschläge aus wandten sich dann die Kurfürsten den auswärtigen Fragen zu, auch hier beginnend mit einer Klage über die Verletzung ihrer Rechte: der Kaiser durfte den König von Schweden durch Maßregeln, die dieser als Feindseligkeit empfand, nicht reizen, er durfte vollends in Italien nicht zu Thätlichkeiten schreiten, ohne die Kurfürsten vorher zu Rate zu ziehen. Jetzt endlich gefragt, rieten sie aber zu friedlicher Beilegung, und zwar am entschiedensten in dem Mantuaner Streit: das Reich habe ja von den italienischen Fürstentümern keinen besonderen Vorteil und der dortige Krieg stärke alle Feinde desselben in ihrem Vorhaben. Auch den König von Schweden und die Staaten hofften die Kurfürsten zu besänftigen, erstern besonders durch die Restitution der Herzöge von Mecklenburg, deren Ersetzung durch Wallenstein sie ja niemals anerkannt hatten, letztere dadurch, daß der Kaiser auch die Spanier zur Zurückziehung

ihrer Truppen aus dem Reiche bestimme. Freilich verhehlten sie sich dabei nicht, daß beide Mächte, besonders Schweden, vielleicht dennoch gewaltsam ins Reich einbrechen würden, und daß dann die Pflicht der Verteidigung des Reichs an seine Stände herantreten werde; aber auch dieses Entgegenkommen schränkten sie durch den sorgfamen Hinweis auf die nur den gesamten Ständen, also einem Reichstag, zustehende Bewilligung der Hülfe wieder ein.

Angeichts dieser Erklärungen, deren Eindruck durch einen weiteren bis zum 12. August fortgehenden Schriftenwechsel nur noch verschärft wurde, konnte der Kaiser sich nicht mehr darüber täuschen, daß seine stolzen Pläne auf den geschlossenen Widerstand der katholischen wie der protestantischen Kurfürsten stießen. Und da kam dann noch hinzu, daß eben in diesen Tagen die französischen Gesandten eintrafen, um mit den Kurfürsten gemeine Sache zu machen. Jetzt also mußte die kaiserliche Regierung, wenn sie nicht den Schimpf einer leichtfertigen Politik auf sich laden wollte, zeigen, daß sie die Kräfte gesammelt und die Mittel vorbereitet hatte, um mit ihren Forderungen durchzudringen. Aber da zeigte sich ein über die Maßen klägliches Bild. Weder Ferdinand noch seine indolenten Staatsmänner, wie Eggenberg, Stralendorf, oder der Abt von Kremsmünster, scheinen die Stärke der Opposition, die ihnen entgegentrat, vorher genügend erkannt zu haben, jedenfalls fühlten sie sich zu ihrer wirksamen Bekämpfung nicht ausgerüstet. Und so wußten sie denn keinen anderen Rat, als sich in erstaunlich rascher Wendung auf die Künste des Beschwichtigens und Ausgleichens zu legen. Die Rechnung, die sie jetzt aufstellten, war, durch ein halbes Nachgeben einerseits die kaiserliche Armee zu retten, andererseits die Verbindung Frankreichs mit ihren anderen Feinden zu lösen.

In ersterer Beziehung entschlossen sie sich, Wallenstein zu opfern. Wie oben bemerkt, war dessen Stellung schon seit Ausgang des vorigen Jahres schwer erschüttert, um so schwerer, da der junge König Ferdinand, je mehr er heranwuchs, umso mehr auch zugleich mit seiner Gegnerschaft gegen Wallenstein (S. 376) den stillen Ehrgeiz in sich nährte, an dessen Stelle zu treten. Wallenstein aber hatte unter dem Fortgang dieser Umtriebe sowohl, wie seines Gegenjages gegen die kaiserliche Politik sichtlich die frühere Sicherheit verloren. Im vorigen Jahr hatte er die Verlegung seines Hauptquartiers nach Schwaben angekündigt: aber es dauerte bis zum 9. Juni 1630, bis er endlich seinen Sitz in Memmingen aufschlug. Der kaiserlichen Regierung zu gefallen, sprach er gelegentlich einen unerwarteten Eifer aus für den Krieg gegen Frankreich und in Italien, äußerte seine Absicht, demnächst selber in Italien zu erscheinen, und versprach, sofort bedeutende Truppenverstärkungen nachzusenden: aber in Wahrheit wünschte er nach wie vor, daß die kaiserlichen Streitkräfte frei gemacht würden gegen Schweden und gegen die Niederlande, wie er denn auch für die Sendung ausgiebiger Truppenverstärkungen und seinen eigenen Abgang nach Italien immer neue Hindernisse fand. Nur eines suchte er mit wirklichem Eifer anzugreifen, die Ergänzung und Vermehrung der Armee durch massenhafte Neuwerbungen; aber gerade hier griff die kaiserliche Regierung gegen ihn ein: im April 1630 empfing er strenge Weisungen, seine Werbungen einzustellen und die Armee durch Zusammenlegung der geschwächten Truppenkörper zu „refor-

mieren". Es war das eine vorläufige Konzession des Kaisers an die Kurfürsten, aber, wie Wallenstein richtig voraussagte, eine unheilvolle. Denn bei dem raschen Zusammenschmelzen der kaiserlichen Armee konnte sie nur durch unausgesetzte Werbungen instand gehalten werden; indem man jetzt die Werbungen unterließ, und Wallenstein selber von einer durchgehenden Zusammenlegung unlustig abstand, ging das Heer einer förmlichen Auflösung entgegen.

Unter solchen Widersprüchen wurde die Stellung Wallensteins thatsächlich unhaltbar. Aber andererseits fürchtete die kaiserliche Regierung den Mann, dessen Ehrgeiz und Rachgier durch keine loyale Gesinnung gebändigt wurde, dessen Armee auf einem System von Kreditgeschäften beruhte, die alle gefährdet wurden, wenn der Leiter des Geschäftes zurücktrat. So zauderte man, bis man unter steigender Verlegenheit den Entschluß in plötzlichem Aufraffen faßte: am 13. August erklärte der Kaiser den vor ihn beschiedenen katholischen Kurfürsten: es sei seine Absicht, die „Kriegsdirektion“ seiner Armee zu ändern.

Das war das eine Entgegenkommen. Schon zwei Tage vorher hatte man auch den Vertretern Frankreichs die Hand geboten. Am 11. August, als verordnete Räte des Kaisers mit diesen Gesandten eine Besprechung hielten, richteten sie die offene Frage an sie, welche Vorschläge sie zur Herstellung des Friedens zu machen hätten. Eben diese Frage hatte Pater Joseph gewünscht, und nun scheute er sich nicht, die förmliche Bitte um Eröffnung von Ausgleichsverhandlungen auszusprechen. Schon hatte er auch bei seinem König um die dem Gesandten Brulart noch fehlende Vollmacht nachgesucht, die denn auch einige Wochen nachher eintraf, als eine Ermächtigung zum Abschluß des Friedens über die italienischen Frrungen.

Nach diesem zweifachen Entgegenkommen des Kaisers kam es zu zweierlei Verhandlungen: über die kaiserliche Armee und über den italienischen Frieden. Folgen wir zunächst den ersteren.¹⁾

Ihr Gegenstand war Verständigung zwischen Kaiser und Kurfürsten über die Neuordnung der kaiserlichen Armee unter einem neuen Haupte. Nun hatten aber die Gesandten der protestantischen Kurfürsten, als bei Abfassung der vorigen Schriften neben den negativen Beschwerden auch dieser positive Vorschlag angeregt war, bereits ihren Widerspruch dagegen erhoben, da sie überhaupt von einer kaiserlichen Armee nichts wissen wollten, wie sie auch weiterhin die Verpflichtung der Reichsstände zur eventuellen Hülfe gegen Schweden und die Staaten nicht ausgesprochen sehen wollten, da diese Dinge vor einen Reichstag gehörig seien. Die Folge ihres Widerspruchs war, daß sie an den jetzt beginnenden Verhandlungen über das kaiserliche Heer sich überhaupt gar nicht beteiligten. Dagegen traten jetzt die geistlichen Kurfürsten mit einem großen Gedanken hervor: sie schlugen als Reichsfeldherrn den Kurfürsten Maximilian vor und konnten bereits hinzufügen, daß sie Maximilians Zustimmung zu ihrem Vorschlage „mit harter Mühe“ gewonnen hätten.

¹⁾ Neben den archivalischen Mitteilungen Hurters (Ferdinand II. Bd. X S. 289 fg.); Wallenstein S. 378 fg.) und Gindelys (Wallstein II S. 296 fg.) benutze ich die von beiden unvollständig herangezogenen Schriftstücke des Wiener Archivs, Reichstagsachen fasc. 100; ferner Münchener Reichsarchiv XXVIII 249.

Groß war dieser Gedanke wegen der voraussichtlichen Folgen: wenn überhaupt jemand, so war ja Maximilian der Mann, der in dem Wirrsal der finanziellen Verwaltung des kaiserlichen Heeres einige Ordnung zu schaffen vermocht hätte; unter seiner Führung sodann wäre allem Anschein nach die Verbindung mit den Interessen der spanischen Politik gelöst, ein freundliches Verhältnis mit Frankreich angebahnt, und alle Kräfte zusammengenommen, um einerseits das Restitutionsedikt durchzuführen, andererseits die Schweden aus dem Reich zu treiben. Und ernst war es sowohl Maximilian wie seinen Verbündeten mit dem Vorsatz, ihre Waffen gegen alte und neue Feinde, besonders auch gegen den, wie man eben jetzt hören mußte, wirklich eingebrochenen Schwedenkönig, kräftig weiterzuführen. Eben damals, zu Anfang September,¹⁾ hielten sie in Regensburg einen Ligatag ab, und hier wurde beschlossen, das Bundesheer, das zuletzt am Heidelberger Tag (S. 397) auf 9 Infanterieregimenter im Betrag von 27 000 Mann und auf 40 Reitercompagnien gesetzt war, in der ungefähr gleichen Stärke von 30 600 Mann wenigstens vorläufig, unter Vorbehalt der späteren Verminderung auf 21 000 Mann, beisammenzuhalten und den Sold halb aus der Bundeskasse, halb aus Kontributionen zu bestreiten. — Der Sinn des von den geistlichen Kurfürsten gemachten Vorschlages war also, daß Maximilian zwei Heere zur Verfügung haben sollte.

Indes so groß diese Aussichten waren, größer war der eingetretene Gegensatz zwischen der Liga und dem Kaiser nebst seinem Hause. Daß der spanische Gesandte gegen die Erhebung des bairischen Kurfürsten heftige Vorstellungen machte, versteht sich von selbst; aber auch von kaiserlicher Seite hatte man tiefgehende Einwendungen. Allerdings den vor dem kurfürstlichen Antrag von den kaiserlichen Räten gehegten Gedanken, den Kurfürsten des Kaisers ältesten Sohn, „wo nicht direkt, doch per indirectum vorzuschlagen“, ließen sie lautlos fallen; dagegen, indem sie die Ernennung Maximilians grundsätzlich annahmen, kamen sie zugleich auf ihre hochfliegenden Gedanken von kaiserlicher Machtfülle zurück. Für Maximilian waren alle die Befugnisse gefordert, die Wallenstein teils mit Fug, teils thatsächlich geübt hatte: von kaiserlicher Seite verlangte man nun nicht nur tiefgreifende Einschränkungen, sondern man griff auch auf den vor zwei Jahren aufgestellten Grundsatz von der Unstatthaftigkeit reichsständischer Bündnisse ohne kaiserliche Genehmigung (S. 376) zurück: die Liga, so erklärten die deputierten Räte ihrem Kaiser, ist den Grundgesetzen des Reichs und des Kaisers Autorität vielfach entgegen und wurde nur „toleriert“ wegen der äußersten Bedrängnis der katholischen durch die protestantischen Stände. Als weitere Bedingung für Maximilians Generalat verlangte demnach der Kaiser Auflösung der Liga und Verschmelzung ihrer Armee mit der des Kaisers.

Unter solchen Gegensätzen konnte man zu keiner Verständigung, sondern nur zu halben Auskünften gelangen. Fest hielt man zunächst an der Entlassung Wallensteins. Der Kaiser begann die Ausführung derselben, indem er erst Anfang September durch zwei vertraute Räte zaghaft bei dem Feldherrn anfragen ließ, ob und welche Bedingungen er für seinen Rücktritt stellen wollte. Aber da zeigte sich's,

¹⁾ Der Abschied ist vom 10. November datiert.

daß Wallenstein selber seine Sache verloren gab. Nicht ohne Würde verschmähte er es, sich feste Zusagen vom Kaiser auszuhalten. Auch zu dem Gedanken, sich nach Mecklenburg zu werfen und diesen schwer bedrohten Besitz mit den Mitteln seiner reichsfürstlichen Stellung zu verteidigen, schwang er sich nicht auf. Indem er den Schutz dieses Landes den kaiserlichen Truppen überließ, denen er nichts mehr zu sagen hatte, zog er sich selber in seine böhmischen Herrschaften zurück, um hier mit verzehrendem Verlangen nach Rache und nach neuer Macht den Wechsel der Ereignisse abzuwarten. Der Kaiser zeigte darauf am 13. September den sämtlichen Obersten die Entlassung des Generals an. Aber wer sollte an seine Stelle treten? Nach den gescheiterten Verhandlungen mit Maximilian fanden Kaiser und Liga nur die Auskunft, dem General der Liga vorläufig auch das Kommando der kaiserlichen Armee zu übertragen, und Tillys unglückselige Gefügigkeit ließ ihn auf diese Doppelstellung eingehen. Man gedachte dann weiter der kaiserlichen Armee durch Zusammenlegung der defekten Truppenkörper, Ausscheidung der unbrauchbaren Elemente und Feststellung des Bestandes auf 39000 Mann größere Festigkeit bei bescheidenerem Umfang zu geben. Aber wie sollte das Geld für diese Reform und für die fernere Unterhaltung geschafft werden? Hierauf wußte man nur mit einem Beschluß zu antworten, der wohl sehr ernst gemeint, aber sehr schwer durchzuführen war: die Reichskreise, so lautete er, sollten zusammentreten, und jeder seinen Teil zu den erforderlichen Mitteln bewilligen. Wie nun aber einerseits die in Regensburg versammelten Ligisten sofort beschlossen, daß die ihnen zur Last fallenden Kreissteuern an ihre Bundeskasse zu entrichten seien, und der Kaiser sich damit einverstanden erklärte,¹⁾ andererseits von vornherein feststand, daß die Protestanten hier wieder auf den allein zuständigen Reichstag verweisen würden, so kam der Beschluß nur auf kreisweise zu bewilligende Ligabeiträge heraus. Vorsorglich fügte man denn auch zugunsten der kaiserlichen Truppen hinzu, daß es bis zu den Beisteuern der Kreise bei den bisherigen Kontributionen verbleiben müsse, eine Anordnung, welche nun wiederum von den Protestanten als schändliche Abweisung all ihrer Beschwerden, als eine feindliche Herausforderung aufgenommen wurde.

Unter all diesem Zwiespalt und diesen halben Maßregeln war nur eines unzweifelhaft: der reißende Fortschritt der Zerfetzung des kaiserlichen Heeres. Und unter diesem Zeichen mußte nun der Kaiser in die zweite Unterhandlung mit den französischen Gesandten eintreten. Hier war es immerhin ein Vorteil für ihn, daß Collaltos Truppen, nachdem sie den venetianischen Streitkräften eine Niederlage beigebracht hatten, am 18. Juli die Stadt Mantua erstürmten. Dieser Schlag, daneben der Umstand, daß die französischen Streitkräfte, da sie natürlich mit dem Herzog von Savoyen in förmlichen Krieg getreten waren, ihre kostbare Zeit mit der Befestigung ihrer Stellung an den Pforten Italiens verloren, und darüber die schwer bedrängte Festung Casale dem Schicksal Mantuas entgegenzugehen schien, endlich die grauenhaften Verheerungen, welche die Pest in den sämtlichen italienischen Heeren anrichtete, ließen Richelieu und vor allem den

¹⁾ Regensburger Ligaabschied, 1630 Nov. 10. (Münchener Reichsarchiv, Dreißigjähriger Krieg XIX n. 172.)

Pater Joseph einen baldigen und vorteilhaften Frieden allerdings bringend wünschen; aber was andererseits ihre Zuversicht aufrichtete, das waren die täglich eintreffenden Nachrichten von Gustav Adolfs Fortschritten, sodann der am 26. Juli erfolgte Tod des Herzogs Karl Emanuel: der Nachfolger desselben, Viktor Amadeus, war bereit, bescheidene Vorteile in bescheidener Unterordnung unter Frankreich zu erzielen. In dieser Lage richteten die französischen Abgeordneten ihre Forderungen in der Hauptsache darauf, daß der Kaiser die beiden Ansprüche, die er in dem Mantuaner Streit erhoben hatte — einstweilige Regelung des Besitzes durch den Sequester, spätere Entscheidung durch kaiserliches Urteil — fallen zu lassen habe: er sollte den Herzog Karl von Nevers als den berechtigten Nachfolger belehnen und schützen; die anderen Bewerber, Savoyen, Guastalla und allenfalls auch die Herzogin von Lothringen, sollten durch mäßige Entschädigungen abgefunden werden, und nach erfolgter Belehnung sollten der Kaiser, Spanien und Frankreich alle nach Italien, Savoyen und dem Bündener Land eingeführten Truppen gleichmäßig zurückziehen. Es waren Bedingungen, welche die vollkommene Niederlage des Kaisers in sich schlossen. Aber auch im Fall ihrer Gewährung dachte Richelieu nicht daran, den verdeckten Krieg gegen den Kaiser und Spanien, den er durch Unterstützung der Staaten und Gustav Adolfs führen wollte, einzustellen. Eben in jenen Tagen trieb der Pater Joseph den Gesandten Charnacé mit wahrem Feuer an,¹⁾ den Schwedenkönig in den Krieg gegen den Kaiser zu drängen und den Subsidienvortrag zum Abschluß zu bringen: auch Christian IV., meinte der fromme Pater, könne gewonnen werden durch die auf deutsche Bistümer ihm zu eröffnenden Aussichten, und um dem Kaiser noch eine weitere Diversion zu bereiten, solle man den Türken zur Einmischung in die siebenbürgischen Händel antreiben.

Was sollte nun Ferdinand II. diesem Ansturm gegenüber thun? Wiederum sah er die katholischen Kurfürsten, während sie ihm seine Armee zugrunde richteten, jetzt auch mit den französischen Gesandten gemeine Sache machen; mit ihrem Rat in die Verhandlungen eingreifend, forderten sie die Kapitulation vor Frankreich ebenso dringend wie die Entlassung Wallensteins. Da sah denn Ferdinand abermals keinen anderen Ausweg, als auch hier nachzugeben, nur daß er eine Gegenforderung stellte, des Inhalts, daß Frankreich sich verpflichten sollte, Angriffe gegen den Kaiser, seine Erblände und das Reich in keiner Weise zu unterstützen. Einfach, wie diese Forderung erschien, war sie doch für Frankreich ein empfindlicher Gegenschlag; sie sollte die Unterstützung Gustav Adolfs, vielleicht auch der Generalstaaten, für Frankreich unmöglich machen, und indem in diesem Punkte die katholischen Kurfürsten ihr eigenes Interesse durchaus mit dem des Kaisers verknüpft sahen, drohte ihre Ablehnung der Verbindung zwischen Frankreich und den Kurfürsten verderblich zu werden. Der Gesandte Brulart fand sich denn auch ratlos zwischen den Befehlen seiner Regierung, welche Einschränkung auf die italienischen Irrungen erheischten, und der Forderung des Kaisers, welche auf einen umfassenden Friedensschluß ging.

¹⁾ Siri VII S. 190. Charnacé empfing das Schreiben in Lübeck, wo er Anfang September eintraf (S. 189).

Weiter jedoch war das Gewissen des Pater Joseph. Hatte nicht eine ähnliche Bestimmung auch in dem französisch-spanischen Frieden von 1598 gestanden und doch den König Heinrich IV. an der fortgesetzten Unterstützung der Generalstaaten nicht gehindert? Mit dem Hintergedanken, die neue Zusage in gleichem Sinne zu dehnen, beschwichtigte der Mönch den Gesandten, so daß, indem er in diesem und noch in einigen besonderen Punkten die Forderungen der Kaiserlichen mit Ueberschreitung der empfangenen Weisungen zugestand, der Friedensvertrag am 13. Oktober geschlossen wurde.

Aber anders dachte Richelieu. Eben jetzt hatte er's dahin gebracht, daß die französischen Streitkräfte, verstärkt und erfrischt, ihren Vormarsch gegen Casale endlich angetreten hatten und auf das Gelingen des Entsatzes um so sicherer rechnen durften, da die spanische Armee durch den am 23. September erfolgten Tod Spinolas aus der Fassung gebracht war. Diese Gunst der Lage ergriff der Kardinal alsbald, um die ihm so wohl anstehende Miene des Unerbittlichen anzunehmen. Er erklärte den Vertrag nicht gerade für ungültig; aber wie der Kurfürstentag geschlossen wurde (12. November), hatte der Gesandte Brulart, unter dem Geständnis, daß er seine Vollmachten überschritten und also die Ratifikation seines Monarchen nicht erlangt habe, dem Kaiser neue Verhandlungen zur Abänderung des Vertrags vorzuschlagen. Die Folge war, daß einstweilen der Kriegszustand in Italien unter der jetzt hergestellten Ueberlegenheit der Franzosen fortbauerte, und der Kaiser sich um den einzigen Vorteil des Vertrags, daß er nämlich seine Truppen aus Italien hätte wegziehen und Gustav Adolf entgegenwerfen können, betrogen sah. Immer mehr in die Enge getrieben, mußte Ferdinand II. sich schließlich zu zwei neuen Verträgen mit Frankreich herbeilassen (Cherasco, 6. April und 19. Juni 1631), in welchen unter dem Titel der Ausführung des nicht ratifizierten Regensburger Vertrags die Bestimmungen lediglich auf den italienischen Streithandel beschränkt, hier aber noch in einer Reihe besonderer Bestimmungen den französischen Wünschen näher angepaßt wurden. Und dann noch eine letzte Uebervorteilung von Seiten Richelieus. Während der französisch-kaiserliche Vertrag beide Teile zur Abführung ihrer Truppen aus Italien und dem Bündener Land verpflichtete, wußte sich der Kardinal im stillen durch besondere Abmachungen mit Savoyen (19. Oktober 1631 u. f.) die Abtretung der Festung von Pignerolo und damit ein Einfallsthor nach Italien zu sichern.

Die Niederlage, die hiermit der Kaiser erlitt, war natürlich zugleich eine Niederlage der Spanier, für sie noch doppelt schwer, weil jene Verträge ohne sie geschlossen wurden, und sie — ebenso wie auf der Gegenseite Venedig — doch nicht anders konnten, als sich ihnen fügen. Oder bot sich ihnen etwa ein Ersatz in den gleichzeitig geführten Verhandlungen über den Eintritt des Reichs in den Krieg gegen die Staaten? Nach dem oben schon (S. 454) Bemerkten erwiesen sich auch alle auf diese Beratungen gesetzten Hoffnungen als eitel, höchstens daß dadurch die schon begonnenen Verhandlungen über die allseitige Räumung der den Niederlanden benachbarten Reichslande (S. 440) befördert wurden. Und nicht viel anders stand es mit der schwedischen Frage. Wohl richteten die Kurfürsten, katholische wie protestantische, ein Schreiben an Gustav Adolf, in dem sie seinen

inzwischen erfolgten Einbruch ins Reich als unberechtigt bezeichneten und ihn zur Heimkehr aufforderten; aber was zur Abwehr seines Angriffes geschah, beschränkte sich auf die erzählten militärischen Vereinbarungen zwischen dem Kaiser und den katholischen Kurfürsten.

Noch bleibt nun die Frage, ob denn der Kurfürstentag hinsichtlich der zwei großen inneren Angelegenheiten des Reichs, der Wahl des römischen Königs und des Restitutionsediktes, etwas zustande brachte. Wie die Dinge verliefen, schien der erste Punkt wiederum nur dazu angethan zu sein, um die Selbsttäuschungen der kaiserlichen Staatsmänner zu enthüllen. Als nach langem Zögern der Kaiser seinen Wunsch seit Anfang September den einzelnen Kurfürsten vertraulich vorbrachte, fand er ein so gleichmäßiges und so weites Ausweichen, daß er auch hier wieder nach dem ersten Anlaufe den Mut verlor. Die Sache wurde lautlos zur Seite geschoben. Weniger lautlos verlief die Angelegenheit des Restitutionsediktes, zumal die protestantischen Reichsstände — die Herzöge des Hauses Sachsen und Braunschweig, der Landgraf von Hessen-Kassel, die protestantischen Stände des fränkischen und schwäbischen Kreises und die evangelischen Reichsstädte — mit ihren Beschwerden auf den Kaiser und die Kurfürsten eindrangen. Aber ein unüberwindliches Hindernis schien auch hier jedem Verständigungsversuche im Wege zu liegen: die Katholiken betrachteten das Restitutionsedikt an sich als unantastbar, nur eine Verhandlung über Härten seiner Ausführung erschien ihnen zulässig; die protestantischen Kurfürsten dagegen sahen das Edikt als nichtig an, keine Verhandlung, welche den Bestand desselben voraussetzte, konnten sie also zugeben. In dieser schwankenden Lage trieb ein unerwarteter Zwischenfall vorwärts.

Die beiden abseits gebliebenen Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg hielten in den Tagen vom 2.—7. September eine Konferenz auf dem Schlosse Zabeltitz. Als ein drohendes Vorzeichen einer Wendung der Dinge konnte man hier ein wesentlich schärferes Auftreten Brandenburgs beobachten. Schwarzenberg hatte sich — wohl nicht zufällig — nach Cleve entfernt; frei von seinem Einfluß traten nun in Zabeltitz der Geheime Rat Kneesebeck, von Regensburg aus der zum Kanzleramt aufgerückte Sigmund Göke mit ihren Ratschlägen hervor. Maßgebend für den Gang der Dinge war es, daß sie die militärischen Bedrückungen und das Restitutionsedikt in engen Zusammenhang brachten: gegen beides zugleich forderten sie Vorbereitungen zu thätlichem Widerstand. War es nun diese brandenburgische Einwirkung, oder war es die Erbitterung über die schwindende Aussicht, daß in dem einen oder anderen Beschwerdepunkt in Regensburg etwas zu erreichen sei? — genug, am 3. September entschloß auch der sächsische Kurfürst sich, die bisher zurückgewiesenen Bitten um Berufung einer Versammlung der protestantischen Reichsstände zu erfüllen, und zeigte diesen Entschluß dem Kaiser an. Auf welche bestimmten Ziele er die Beratungen dieser Tagssatzung richten wollte, vermochte er freilich noch nicht zu sagen, klar war nur, daß das Restitutionsedikt und die Zumutung fernerer Kriegslösungen den Gegenstand der Verhandlung bilden sollten. Aber auch in dieser Unbestimmtheit machte der unerwartete Schritt doch solchen Eindruck auf die Katholiken, daß sie zur Beschwichtigung der Gegner wenigstens in Sachen des

Restitutionsediktes sich der guten Dienste eines Fürsten bedienten, der die Rolle des Vermittlers von seinem Vater geerbt hatte: es war jener Landgraf Georg von Hessen, dem die dem Kaiser gefällige Politik des Landgrafen Ludwig einen guten Teil der Lande seines Kasseler Veters eingebracht hatte (S. 191, 325). Auf Veranlassung des Kurfürsten von Mainz reichte dessen Kanzler Wolf am 1. Oktober einen als Privatarbeit bezeichneten Entwurf ein, der im Grunde auf einen neuen Religionsfrieden, d. h. auf neue zwischen den entgegengesetzten Ausdeutungen desselben vermittelnde Normen und ein neues zur Handhabung dieser Normen bestimmtes Gericht, besetzt mit Angehörigen beider Bekenntnisse, hinauslief. So entschieden eine vom Mainzer Kanzler darauf übergebene Erklärung alles Wesentliche dieser Vorschläge zurückwies, so boten doch beide Schriften den katholischen Kurfürsten den Anlaß zu einem am 12. November gemachten Gegenvorschlag: eine in Frankfurt am 3. Februar 1631 zusammentretende Versammlung vornehmer katholischer und protestantischer Stände sollte den Versuch eines Ausgleichs machen. Gegenstand der Verhandlung sollten an erster Stelle allerdings nur die bei Ausführung des Restitutionsediktes etwa begangenen Uebergrieffe sein, aber an zweiter Stelle auch die in den eben ausgetauschten Schriften niedergelegten Vorschläge. Der Gedanke fand bei beiden Parteien Anklang, und wenn die Hoffnungen auf Erfolg nicht groß sein konnten, so ergab sich doch sofort eine nicht unbedeutende Folge: die katholischen Kurfürsten nahmen es auf sich, beim Kaiser dafür einzutreten, daß in der Zwischenzeit keine neuen Exekutionen auf Grund des Restitutionsediktes eingeleitet würden.

So endete der Regensburger Kurfürstentag mit dem Ausblick auf zwei neue Zusammenkünfte, von denen die eine die Möglichkeit der Versöhnung, die andere die Drohung einer bewaffneten Erhebung der protestantischen Stände in sich trug. Aber alle diese Sorgen und Hoffnungen, die auf die Zukunft gingen, mußten jetzt zurücktreten vor viel mächtigeren Eindrücken, welche die Gegenwart hervorrief. Ferdinand war nach Regensburg gezogen mit der Hoffnung, die Kräfte des Reichs sich dienstbar zu machen und die Herrschaft des Hauses Oesterreich im Reich und in Italien höher zu erheben und fester zu begründen, als je vorher: jetzt zog er heim, halb entwaffnet und belehrt, daß seine stolzen Entwürfe leere Träume waren. Dagegen war der ungestümste seiner Gegner eben in den Tagen, da man in Regensburg stritt und redete, offen auf den Kampfplatz getreten: gleich den Beginn seines Unternehmens hatte er durch Erfolge und Entwürfe bezeichnet, die alles, was der Kaiser und seine Verbündeten in Deutschland geschaffen hatten, mit Untergang bedrohte. Der Fortgang dieses Unternehmens war es denn auch, von dem jetzt vor allem die Entwicklung der deutschen Geschichte abhing.

Am 6. Juli 1630 war Gustav Adolf mit seiner Armee bei Peenemünde gelandet, ohne zur See andere Hindernisse als widrige Winde gefunden zu haben, ohne auch von den kleinen kaiserlichen Besatzungen, die in Usedom und Wollin lagen, den Versuch ernsthaften Widerstandes zu erfahren; nach Einnahme der beiden Inseln führte er am 19. Juli seine Truppen über das Große Haff nach Stettin, und am 21. nötigte er den pommerischen Herzog, in seine von den Kaiserlichen verschonte Residenz eine schwedische Besatzung aufzunehmen, während

die übrige Armee in einem festen Lager bei der Stadt vereint wurde. Gleichzeitig aber hatte er hier eine große politische Aufgabe zu lösen: den Abschluß des ersten Bündnisses mit einem regierenden deutschen Fürsten. Wir können davon nicht handeln, ohne den Vorgang in den großen Zusammenhang der damaligen Absichten und Mittel des schwedischen Königs aufzunehmen.

Der tiefste Grund, aus dem alle Entwürfe Gustav Adolfs hervorgegangen waren, lag in der Anschauung von einem unerbittlich vorrückenden, von den vereinigten Häusern Oesterreich und Spanien geführten Vernichtungskampf der katholischen gegen die protestantischen Mächte. Der besondere Grund, der ihn zum Krieg drängte, war das Uebergreifen der beiden feindlichen Mächte in die Ostsee und in die deutschen Hinterlande der Ost- und Nordsee: hier den Gegner zurückzuwerfen, war sein nächster Zweck. Aber wie er diesem Zwecke näher trat, stellten sich aus den wirklichen Verhältnissen heraus die Einschränkungen sowohl, wie die Erweiterungen seiner Pläne ein. In allgemeiner Erwägung mochte ihm Spanien als der fürchtbarste Gegner der protestantischen Welt erscheinen; aber in den ihn unmittelbar angehenden Konflikten war es der Kaiser, in dessen Namen die Uebergriffe erfolgt waren; also — und das war die gleiche Einschränkung, die ja auch Christian IV. gemacht hatte — der Krieg sollte nur gegen den Kaiser geführt, mit Spanien aber der Friede und die sorgfältig gepflegten Handelsbeziehungen erhalten werden. Andererseits mit den kaiserlichen Streitkräften wirkten in unzertrennlicher Verbindung diejenigen der Liga zusammen; also mußte die Liga vor die Wahl gestellt werden, entweder ihr Bündnis mit dem Kaiser und damit zugleich die Gemeinschaft der katholischen Machtinteressen zu zerreißen oder sich von Schweden ebenso feindlich angreifen zu lassen, wie der Kaiser selbst. Gegen diese vereinten Gegner konnte der König natürlich nicht den Krieg in das Innere des Reiches hineintragen, ohne Bundesgenossen; welche Genossen aber in erster Linie zu gewinnen waren, das konnte nach der Lage seiner politischen Beziehungen nicht zweifelhaft sein: es waren die protestantischen Fürsten und Stände des Reichs. Mit vielen von ihnen, wie dem Kurfürsten von Brandenburg und den gestürzten Herzögen von Mecklenburg, stand er seit Jahren in näherem Verkehr, mit anderen, wie dem jungen Landgrafen Wilhelm von Hessen-Kassel, hatte er neuerdings Beziehungen angeknüpft: daß er ihnen allen, desgleichen dem Kurfürsten von Sachsen, seinen Kriegszug vor und nach dem Antritt als ein ihren gemeinsamen Zwecken entsprechendes Unternehmen darstellte, gehörte selbstverständlich zu den diplomatischen Vorbereitungen des Krieges. Auch die Art, wie diese gemeinsamen Zwecke zu formulieren waren, konnte nach allem, was vorausgegangen war, nicht zweifelhaft sein: man hatte allseits zu fordern Vernichtung der katholischen Gegenreformation, wie sie ihren letzten Ausdruck im Restitutionsedikt gefunden hatte, Sturz der kaiserlichen Militärdiktatur mit all ihren Bedrückungen und mit allen sonstigen Einschränkungen reichsständischer Selbstherrlichkeit, Herstellung endlich der durch den Kaiser gestürzten oder in Besitz und Rechten gekränkten Reichsstände, alles unter den drei Schlagworten „evangelische Religionsfreiheit, deutsche Freiheit und Restitution“.

Konnte aber Gustav Adolf bei Aufstellung solcher Ziele seinen Wirkungs-

kreis auf die Osthälfte des nördlichen Deutschlands einschränken? Schon im November 1627 hatte er die in der Nachbarschaft, d. h. in Deutschland, bedrängten Evangelischen insgemein in offenem Erlaß aufgefordert, eine Freistätte in seinem Reiche zu suchen; jetzt, zu Anfang des Jahres 1630, schickte er seinen Agenten Sabler erst nach Brandenburg und Sachsen, dann aber weiter nach Nürnberg, Ulm, Württemberg, um die Teilnahme der protestantischen Stände für seinen bevorstehenden Kriegszug zu wecken:¹⁾ ohne Unterschied rief er seine Glaubensgenossen im Norden wie im Süden des Reichs zum Widerstand gegen Kaiser und Liga auf. Und soweit hiermit der Schauplatz seiner Kämpfe sich auszu dehnen drohte, so unabsehbar gestalteten sich zugleich die Konsequenzen der von ihm aufgestellten Ziele. Es galt dabei, die großen Rechts- und Machtstreitigkeiten, welche auf dem Boden des Religionsfriedens und der Reichsverfassung aufgegangen waren, zu entscheiden, Streitigkeiten, unter denen sich aber das gesamte öffentliche Recht des Reiches in ein Gewirre von Kontroversen verwandelt und schließlich im Drange des Krieges völlig aufgelöst hatte. Wer hier eingriff, der sah sich auf jedem Schritt vor der Frage, welche Folgen der jeweilige Eingriff für die Neugestaltung der ins Chaos aufgelösten deutschen Rechtszustände haben werde. Gustav Adolf war kein systematischer Staatsmann, wie Richelieu, der die neuen Ordnungen, die er der Welt auferlegen wollte, sich von Anfang an ausrechnete und in festem Zusammenhang vor seinem geistigen Auge hielt, er war ein wagender Kriegsmann, der, erfüllt von dem unbedingten Recht seiner Sache und seines Gebots, die Forderungen, die er stellte, nach den wechselnden Gelegenheiten und Vermittlungen einrichtete. Aber jene aus der Auflösung des deutschen Staatswesens hervorgehenden Fragen traten ihm gleich bei seiner ersten politischen Abmachung entgegen.

Es handelte sich um ein Bündnis zwischen der Krone Schweden und dem Herzog Bogislav von Pommern. Der arme Fürst, in der doppelten Angst vor dem Kaiser und vor dem Schwedenkönig, wünschte selber nichts anderes, als Neutralität. Aber gleich mußte er erfahren, daß Gustav Adolf, indem er seinen Glaubensgenossen die Hand bot, keineswegs Forderungen anzunehmen, sondern zu stellen gedachte. Die erste Forderung, die er stellte, beruhte auf der scharfen Unterscheidung zwischen dem Reich und dem Kaisertum einerseits und dem zeitweiligen Inhaber des Kaisertums andererseits: nur letzteren, der seine Macht mißbrauche und in seiner Tyrannei von den Ligisten unterstützt werde, wolle er mitsamt seinen Helfern bekriegen, als ein wahrer Freund und Beschützer des Reichs; in diesem Krieg aber sollten die protestantischen Fürsten und Stände ihre Sache und die des schwedischen Königs als gemeinsame anerkennen, also auch gemeinsam mit ihm für die Rückführung des Reichs und Kaisertums in seine Rechte und Pflichten eintreten —, eine Vereinigung, die je nach der Hitze, die der Kampf annahm, zu einer Umwälzung aller Rechts- und Machtverhältnisse des Reichs führen konnte. Dann kam die zweite Forderung: die Protestanten sollten ein bis zur Erreichung der gemeinsamen Zwecke unauflösliches Kriegsbündnis mit dem König schließen, aber ein Bündnis, in dem er, der König,

¹⁾ Soden, Kriegs- und Sittengeschichte Nürnbergs III S. 67 fg.

das Kriegswesen mit unbeschränkter Macht leitete. Entsprechend diesen Forderungen nötigte Gustav Adolf den pommerschen Herzog alsbald zum Eintritt in Bundesverhandlungen, und so sehr sich nun Bogislaw gegen die harten ihm gestellten Bedingungen sträubte, unter dem Druck der schwedischen Truppen mußte er sich bis zum September zu zwei Verträgen verstehen: einem Bündnis, dessen Urkunde auf den 20. Juli zurückdatiert wurde, und einer Abrede über seine Leistungen zur Kriegführung, die am 9. September ausgefertigt wurde. Gewährt wurde hier dem Herzog und seinem Lande der Schutz des königlichen Verbündeten gegen die kaiserlichen Besatzungen und alle widerrechtliche Gewalt, verpflichtet wurde er dagegen, dem König in seinem auf das gesamte Reich gerichteten Kriege beizustehen und zu dem Zwecke einerseits seine Lande, Städte und Häfen den Truppen und Schiffen des Königs für Durchzug und Einfahrt, für Einquartierung und Besatzung, für Errichtung eines Lauf- und Musterplatzes offen zu halten, andererseits, als ständige Beisteuer, in seinen Seehäfen und Strömen einen Zoll von $3\frac{1}{2}$ Prozent und dazu eine einmalige Barzahlung von 200 000 Reichsthalern auf sich zu nehmen, wozu dann noch die Lasten der Durchzüge, Werbungen und Einquartierungen sich gesellten. Von irgend einer Mitwirkung des Herzogs bei der Führung des Krieges war keine Rede, seine politische Geltung aber wurde durch die Bestimmung gekennzeichnet, daß er selber keinen das Bündnis berührenden Vertrag schließen dürfe, daß dagegen Gustav Adolf bei derartigen Vertragshandlungen nur zur Mitteilung an den Herzog und zu seinem und seines Landes Einschluß verpflichtet sei.

Gewiß, derartige Bestimmungen bedeuteten militärische und politische Unterjochung des Verbündeten unter das schwedische Bundeshaupt; nur daran konnte man zweifeln, ob dieses Verhältnis ein vorübergehendes sein oder je nach dem Gang des Krieges und den dabei erzielten Neuordnungen ein dauerndes werden sollte. Daneben erhob sich aber noch eine andere Frage: waren überhaupt jene auf das öffentliche Recht des Reiches bezüglichen Forderungen der einzige Grund, der Gustav Adolf nach Deutschland geführt hatte? Auch auf diese Frage gab das pommersche Bündnis eine überraschende Aufklärung.

Mit dem nach menschlicher Berechnung nicht mehr fernen Tod des Herzogs Bogislaw ging der Mannesstamm des pommerschen Fürstenhauses zu Ende. Kraft eines bei jeder Huldigung von den Landständen anerkannten Erbvertrags fiel alsdann Pommern an Kurbrandenburg, als die dritte von den Erbschaften, welche die Macht dieses Hauses über alle norddeutschen Fürsten emporheben sollten. Eben dieses Verhältnisses suchte sich Gustav Adolf für weitergehende Zwecke zu bemächtigen, zunächst mittels eines Artikels über die Dauer des Bundes. Während dieselbe in den nachher abgeschlossenen gleichartigen Verträgen nach der Erreichung der Bundeszwecke abgemessen wurde, suchte der König dieses pommersche Bündnis sichtlich zu einem dauernden zu gestalten, ganz wie er es in der Verbindung mit Stralsund erstrebt hatte (S. 390, 394): der Bund, so lautete demnach der Artikel, soll von zehn zu zehn Jahren erneuert werden. Von dieser Grundlage aus hingte er dann dem Vertrag noch einen einseitigen Vorbehalt an: tritt der Erbfall ein, so wird der brandenburgische Kurfürst als Nachfolger nicht eher zugelassen, als bis er zur Befreiung Pommerns wirkliche Hülfe

geleistet oder dem König die daraus erwachsenen Kriegskosten aus eigenen Mitteln, ohne Beihülfe Pommerns, ersetzt hat, bis er ferner dieses Bündnis, d. h. die Unterwerfung des Landes unter die schwedische Diktatur, genehmigt hat. So lange dies nicht geschehen ist, außerdem auch in dem Fall, daß das Nachfolgerecht in Streit gezogen wird, bleibt das Land in Form des Sequesters im Besitz der schwedischen Krone. Daß eine von diesen gehäuften Bedingungen dem Eintritt Brandenburgs in die Erbfolge entgegenstehen werde, mußte als gewiß erscheinen. Damit aber traten auch die Absichten des ungestümen Eroberers in ihrem vollen Umfang ans Licht. Man sah, daß sie wohl zum Teil auf die allgemeinen Verhältnisse des deutschen Reiches, zum anderen Teil aber auf die besonderen Interessen des schwedischen Staates gerichtet waren: in ersterer Beziehung erheischten sie eine kriegsbereite Verbindung der protestantischen Reichsstände, geleitet und unbeschränkt beherrscht von Schweden, zielend auf eine unabsehbare Umgestaltung der staatlichen und kirchlichen Machtverhältnisse im Reich, nach der anderen Seite wiesen sie auf Erweiterung der die Ostseeküsten von Reval bis Pillau, ja eigentlich bis Danzig schon umspannenden schwedischen Herrschaft über das Reichsland Pommern hin, zunächst freilich in der Form eines Pfandbesitzes, aber sicherlich als ein Besitz, der entweder gar nicht, oder nur gegen vollgültigen Ersatz aus der Hand gegeben werden sollte.

Groß wie diese Entwürfe waren, so erforderte ihre Durchführung auch große Mittel. Aber gerade auf die Bemühungen zur Beschaffung der Mittel wirkte die besondere Natur jener Pläne doch wieder ungünstig zurück. Gustav Adolf, wenn er sich um Bundesgenossen bewarb, wußte wohl, daß er ohne deren Beisteuern seinen Krieg nicht zu führen vermochte; er wußte nicht minder, daß unter den zu gewinnenden Bundesgenossen die protestantischen Reichsstände ihm die wertvollste Unterstützung zu gewähren imstande waren, und daß wieder unter diesen die beiden Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg an Bedeutung allen anderen vorangingen: war doch ihr Beitritt oder ihre Zurückhaltung für die Entschlüsse ihrer meisten Glaubensgenossen bestimmend, waren doch ihre Lande so gelegen, daß sie durch Oeffnung oder Schließung derselben, durch freundliche oder feindliche Haltung dem König den Weg ins Innere des Reichs öffnen oder schließen konnten. Gerade diese beiden Kurfürsten fühlten sich nun aber angesichts der Pläne und Forderungen Gustav Adolfs gleichmäßig abgestoßen. Beim Kurfürsten von Sachsen gab von vornherein der alte Abscheu vor der Hineinziehung fremder Mächte in die Angelegenheiten des Reiches den Ausschlag. Wohl begann er damals bei steigender Furcht und Erbitterung, sich mit dem Gedanken des Widerstandes gegen Kaiser und Liga zu befreunden, aber dafür die Hülfe eines auswärtigen Fürsten anzunehmen, der mit dem doppelten Anspruch eines Diktators und Eroberers auftrat, lag ihm gerade jetzt um so ferner, da er im Herbst 1630 jenen Beschluß der Veranstaltung einer protestantischen Tagsatzung faßte und ihn am 8. Januar 1631 durch die Einladung sämtlicher protestantischer Reichsstände nach Leipzig ausführte. Jetzt hatte Sachsen die Vereinigung aller deutschen Protestanten zum Schutz ihrer Rechte in die eigene Hand genommen, und daß vor allen Dingen das Ergebnis dieses Leipziger Tages abgewartet werden müsse, meinten jetzt nicht nur er, sondern auch solche, die, wie der Herzog Wilhelm

von Weimar, an sich zu einem Bündnis mit Gustav Adolf neigten. — Größer als bei Johann Georg war neben dem Verlangen nach bewaffnetem Widerstand auch die Bereitwilligkeit zur Annahme fremder Hilfe beim brandenburgischen Kurfürsten Georg Wilhelm. Aber hier trat nun mit vollem Nachdruck das pommersche Interesse in den Weg: wenn Gustav Adolf siegt, so sagte bei der oben erwähnten Konferenz zu Zabelitz einer der brandenburgischen Räte, so wird er mit dem größten Teil von Pommern, mindestens mit Preußen davonziehen. Der Gedanke der Brandenburger war daher, durch eine von den beiden protestantischen Kurfürsten zu führende Vermittelung den Kaiser und den Schweden zugleich in ihre Schranken zu weisen und den Vorteil der Protestanten wahrzunehmen, ein Plan, bei dem leider nur die Voraussetzung, daß die beiden Kurfürsten den kämpfenden Parteien zu imponieren vermochten, nicht zutrifft. Jedenfalls aber stellte sich für Gustav Adolf als nächste Folge heraus, daß sein Erscheinen auf deutschem Boden die Häupter der protestantischen Reichsstände nicht aus ihrer Zurückhaltung zu ziehen vermochte. Wer hatte jetzt überhaupt den Mut, sich gleich zu Anfang dem schwedischen König als Bundesgenosse anzubieten? Vornehmlich waren es nur zwei Fürsten zweiten Ranges, von denen der eine ganz, der andere halb ruiniert war, der Administrator Christian Wilhelm von Magdeburg und der Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel.

Christian Wilhelm war im Sommer 1627, da er die dänische Hauptarmee verließ (S. 360), nicht zu der schlesischen Armee, die er befehligen sollte, abgegangen, sondern Hilfe werbend an den Hof Bethlen Gabors gereist, und von da nach langen Irrfahrten, von Borg lebend und ernste Männer mit bodenlosen Projekten belästigend, durch Italien, Frankreich, Holland umhergeirrt, bis er im Sommer 1629 zu halbjährigem Aufenthalt in Stockholm auftauchte. Hier wurde sein wirr gewordener Kopf durch zwei Vorgänge vollends erregt: einmal durch die Vorbereitungen zu Gustav Adolfs deutschem Kriege, die er aus unmittelbarer Nähe ansehen durfte, dann durch die Bewegungen, die in der Hauptstadt seines verlorenen Erzstiftes emporgingen. Entscheidend waren besonders diese letzteren. In Magdeburg hatten, wie schon angedeutet (S. 427), Wallensteins erhöhte Forderungen — er verlangte schließlich die Unterhaltungskosten eines ganzen Infanterieregimentes — den offenen Widerstand der Bürgerschaft hervorgerufen, den dann der Feldherr zu brechen suchte, indem er seit März 1629 die Blokade über die Stadt verhängte und sie nun zur Aufnahme einer Besatzung zu zwingen gedachte. Zum zweitenmal stieß aber dabei Wallenstein auf den ebenso hartnäckigen, wie erbitterten Widerstand einer norddeutschen Stadt, und zum zweitenmal zeigte er sich unfähig, denselben zu brechen: vorsichtiger als vor Stralsund, beschied er sich nach siebenmonatlicher Blokade, von seinen Forderungen und Zwangsmaßregeln abzustehen. Hierüber jedoch war in der Bürgerschaft nicht nur der Mut zum offenen Kampfe gegen die kirchliche Restauration sowohl, wie gegen die kaiserlichen Truppen gewachsen, sondern auch andere Kräfte entbunden, die sich zunächst in der Opposition gegen den vor dem unwiederbringlichen Bruch mit dem Kaiser zurückschreckenden Rat bethätigten. Seit lange kehrte sich gegen diesen Rat, wie in den schwäbischen Städten der Zwist zwischen Geschlechtern und Günsten, so hier der Streit zwischen den dreizehn großen den Rat be-

legenden Zünften und der übrigen Gemeinde, und da war es denn der erste Erfolg der Unzufriedenen, daß im Februar 1630 die Bildung eines neuen lebenslänglichen Rats, halb aus den Zünften, halb aus der Gemeinde, durchgeführt wurde. Sofort aber gingen auch über die Politik des neuen Rats die Forderungen der eigentlichen Bewegungspartei, wie sie auf der Kanzel von demagogischen Predigern, im Wirtshaus von einem Kreis verwegener Gesellen vertreten wurden, weit hinaus. Was diese Männer wollten, fand schließlich seinen Ausdruck in der Losung, daß der frühere Administrator zurückgeführt werden und der Stadt zugleich mit seiner Herrschaft die schwedische Hülfe zur Vertreibung der kaiserlichen Truppen bringen müsse.

Ist das Projekt zuerst von den Magdeburger Agitatoren dem Christian Wilhelm oder von ihm den Magdeburgern beigebracht? Gewiß ist nur, daß seit November 1629 ¹⁾ die Hoffnung auf eine durch sein Erscheinen in Magdeburg zu bewirkende antikaiserliche Erhebung den konfusem Plänen des Administrators festeren Halt gab, und daß er, um derartige Pläne zu fördern, seinen Sitz im Februar 1630 nach Lübeck, im April nach Hamburg verlegte. Von hier richtete er seine Gesuche an Gustav Adolf um Geld und Werbepatente zur Errichtung einer unter schwedischem Namen gehenden Armee, empfing und schickte Agenten, um mit den Leitern der Bewegung in der Stadt sich über seine Rückkehr auf den erzbischöflichen Stuhl, über das Zusammenwirken des von ihm heranzuführenden Heeres mit einer städtischen Erhebung zu verständigen. Gewiß bot der Mann, der also dem König seine Bundesgenossenschaft antrug, wenn man nach Fähigkeit und Gewissenhaftigkeit fragte, äußerst geringe Bürgschaften, aber je näher Gustav Adolf selber an seinen schweren Krieg herantrat, um so stärker lockte ihn die Aussicht, daß es dem Tollkopf doch gelingen könne, im Herzen des Reiches, und zwar gerade in der Zeit, da er selber an den Grenzen erschien, einen Herd des Aufstandes zu entzünden. So erklärte er ihm denn am 7. Juni sein Einverständnis mit einem bei guter Gelegenheit zu unternehmenden Handstreich zur Einnahme Magdeburgs oder einer anderen Stadt und versprach ihm für den Fall, daß er dann vom Feinde bedrängt werde, nach Kräften beizuspringen. Am 10. Juli sodann schickte er den vom Administrator an ihn abgeordneten Johann Stallman mit einer königlichen Vollmacht zurück zu dem eventuellen Abschluß eines Bündnisses zwischen Schweden, Christian Wilhelm und der Stadt Magdeburg. Aber bei alledem, was der Administrator an erster Stelle verlangt hatte, nämlich Geld und Ermächtigung zu einer Heeresaufstellung im Namen des Königs, das dachte Gustav Adolf einem anderen zu: es war einer seiner entschlossensten und fähigsten Offiziere, der Hofmarschall Dietrich von Falkenberg, der am 26. August die nach des Königs bescheidenen Mitteln ansehnliche Geldanweisung von 50 000 Reichsthalern und dazu die Vollmacht empfing, mit den weiter zu gewinnenden Beisteuern deutscher Fürsten und Städte Truppen aufzubringen, ihre Befehlshaber zu ernennen und selber den obersten Befehl zu führen. Gerichtet war dieser Auftrag

¹⁾ Memorial Christian Wilhelms für Meyer und Steinäcker, 1629 Nov. 13. (Wittich in den Magdeburger Geschichtsblättern 1899 S. 223.)

besonders auf Magdeburg: die Forderung, daß die Leitung des Kriegswesens unbeschränkt in des Königs Hand bleibe, sollte eben auch hier in Kraft treten.

Falkenbergs Vollmacht wurde an einem Tage ausgefertigt, da Gustav Adolf die Lage, die ihm zuerst den Gedanken der Sendung des Hofmarschalls eingegeben hatte, durch einen betäubend schnellen Gang der Ereignisse schon überholt sah: der Aufstand Magdeburgs, auf den er nur gehofft hatte, war inzwischen zur That geworden. Indes, da diese Wendung in den Zusammenhang des großen kriegerischen Verlaufs gehört, der nachher zu betrachten ist, so verlassen wir vorläufig die Magdeburger Dinge und wenden uns dem anderen Fürsten zu, der im September 1630 den Beschluß faßte, sich Gustav Adolf anzuschließen, und im Oktober mit der Abfertigung eines Gesandten ihn auszuführen begann. Es war der Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel. Dreifach gereizt durch die jetzt siebenjährige Mißhandlung seines Landes mit Quartieren und Kontributionen, durch die erzwungene Abtretung eines großen Theils desselben an den Darmstädter Bitter (S. 325) und durch die Entziehung der Abtei Hersfeld (S. 427), sah dieser Fürst jetzt die Stunde der Vergeltung kommen und wollte sie nicht versäumen. Daß seine Stiefmutter Juliane und der älteste ihrer Söhne, die er mit einem Viertel der väterlichen Erbschaft hatte abfinden müssen, sich seinem Gesuche anschlossen, war ihm um so willkommener, da er selber den mit dem Darmstädter Verwandten geschlossenen und eidlich bekräftigten Abtretungsvertrag noch nicht offen angreifen wollte, jene aber diese Anfechtung unbedenklich übernahmen. Am 2. November trug der demgemäß abgefertigte Gesandte dem schwedischen König seine Werbung vor. Abermals ging Gustav Adolf auf die angebotene Verbindung so eifrig ein, daß schon am 21. November eine von dem Gesandten entworfene, dann aber nach den schwedischen Forderungen völlig umgearbeitete Bundesakte die königliche Unterzeichnung erhielt. Die Bestimmungen derselben ruhten auf denselben Grundlagen wie das pommerische Bündnis, sie waren gleich lehrreich für des Königs Absichten, wo sie mit jenem übereinstimmten, wie da, wo sie abwichen. Uebereinstimmend war die gegenseitige Verpflichtung des Königs zum Schutz der Lande und Rechte des Landgrafen, des Landgrafen zur Unterstützung des Königs in seinem großen Krieg, nur daß hier dem Landgrafen in bestimmter Fassung die Herstellung des Besitzes seines Hauses in den Stand von 1618 verbürgt, der Landgraf dagegen neben der Offenhaltung seiner Lande und Festungen zur thätlichen Mitwirkung an der Spitze eines von ihm und etwaigen Genossen in des Königs Namen aufzustellenden Heerhaufens verpflichtet wurde. Im Hinblick auf letzteres sowohl, wie auf den Fall, daß ein schwedisches Hülfscorps in Hessen erscheine, sprang dann wieder die Forderung der unbeschränkten Kriegsleitung hervor: der König, hieß es, wird einen Direktor ernennen, der in dem hessischen Gebiet in Kriegssachen, außerhalb desselben in allen Sachen die „absolute Direktion“ führt, nur mit der Beschränkung, daß er in Hessen mit Rat und Vorwissen des Landgrafen, außerhalb des Landes mit Beirat von Zugeordneten der Verbündeten verfahren soll. Natürlich fehlt auch die Bestimmung nicht, daß Verhandlung und Friedensschluß mit dem Feinde dem Landgrafen ohne des Königs Zustimmung verboten ist, dem König aber unter der Bedingung, daß er die dem Landgrafen verbürgten Forderungen

durchsetzt, freisteht. Wieder blickt dann der Gedanke der königlichen Diktatur aus einer Bestimmung über die für das landgräfliche Heer und die schwedischen Hülfsstruppen zu sammelnden Geldmittel durch: sie sollen in eine Bundeskasse gelegt und vom König „zu unser und der Konföderierten Bestem dirigiert“ werden; nur an das „Vorwissen“ der Verbündeten ist der König bei Auszahlungen aus dieser Kasse gebunden. Und nun die Frage der besonderen Vorteile! Es wird angenommen, daß der Landgraf in seinem nächsten Umkreis, der König in der Weite des Reichs und der österreichischen Lande Eroberungen machen werden; zu deren Verteidigung sind nun wiederum die Verbündeten gegenseitig verpflichtet, und zwar zum Schutz der Eroberungen des Königs so lange, bis ihm die Kriegskosten ersetzt sein werden. Daß dieser Ersatz nicht durch Geldzahlung werde erfolgen können, war sicher keinem Beteiligten verborgen.

Der König war, wie erwähnt, bereit, auf diese Bedingungen sofort mit dem Landgrafen abzuschließen, ja er erteilte ihm auch gleich eine Vollmacht, um weitere Fürsten und Stände in das Bündnis aufzunehmen. Aber nicht so leicht vermochte der Landgraf sich mit der ihm zugemuteten militärischen und finanziellen Unterordnung zu befreunden; und so kam es, daß teils infolge dieser Bedenken, teils unter der störenden Einwirkung des Leipziger Tags, unter der unklaren militärischen Lage und der Zurückhaltung anderer Fürsten, die der Landgraf mit sich in den Bund zu ziehen gehofft hatte, die Verhandlungen vorläufig in der Schwebe blieben.

Das Ergebnis, welches sich also im Lauf der zweiten Hälfte des Jahres 1630 für Gustav Adolf herausstellte, war, daß er vorläufig auf ausgiebige Beisteuern der protestantischen Reichsstände nicht rechnen durfte, ein Ergebnis, das für ihn um so bedenklicher war, da auch die Verhandlungen über den französischen Vertrag in diesem Jahre noch nicht zu Ende gediehen. Er sah sich fürs erste auf die eigenen Mittel angewiesen und daneben freilich auf den Umstand, daß die feindlichen Streitkräfte sich in einem heillosen Zustand von Zerrüttung und Zerfahrenheit befanden.

Seine eigenen Truppen, mit denen er in Pommern gelandet war, betrug nun anfänglich noch keine 13 000 Mann; aber gewaltige Reserven bot ihm einerseits die Aushebung in Schweden und Finnland, die ihm jährlich etwa 8000 Mann zuführte, daneben ein Bestand von teils geworbenen, teils aus den Ausgehobenen gebildeten Regimentern, die, zum Nachschub bereit, in Schweden, Livland und Preußen lagen. Unter Einrechnung all dieser Streitkräfte betrug im Sommer 1630 die Landtruppen des Königs nach einer allerdings hoch gegriffenen Schätzung an die 76 000 Mann, und aus solchen Reserven wurde denn auch das Invasionsheer des Königs bis Ende 1630 ungefähr verdreifacht. Den Kern der Armee bildete die unverbrauchte Kraft der schwedischen ausgehobenen oder auch geworbenen Soldaten. Die Infanterieregimenter waren im Gegensatz gegen die in Deutschland festgehaltene Normalziffer von 10 Compagnien und 3000 Mann nach niederländischem Muster als kleinere Truppenkörper nach der Norm von 8 Compagnien zu je 150 Mann gebildet, wodurch die Armee den Vorteil reicherer Gliederung und größerer Beweglichkeit gewann. Ein anderer Vorzug, der dem König bald bei seinen Angriffen auf zahlreiche feste Plätze zu statten kam, war

die reiche Ausstattung des Heeres mit Artillerie. Im übrigen waren freilich auch hier die von dem damaligen Heerwesen unzertrennlichen Mißstände nicht überwunden, so die argen Unterschiede zwischen der Sollstärke und der wirklichen Stärke der Regimenter: Obersten, so klagt der König unter den letzten Vorbereitungen zur Ueberfahrt, welche das Geld zur Aufstellung eines vollen Regiments erhalten haben, erscheinen mit 800 statt mit 1200 Mann; — dann der erschreckende Gegensatz zwischen den Kosten des Kriegs und den aus der Heimat eingehenden Mitteln: schon als der Winter des ersten Kriegsjahrs herankam, mußte auch Gustav Adolf, zwar noch nicht nach Wallensteinischem Muster den vollen Sold, aber doch die Ernährung seiner Soldaten, sei es in Proviant, sei es in Geld, den Quartieren auflegen,¹⁾ und vergeblich suchte er daneben aus eigenen Mitteln den Betrag von zwei in bar zu zahlenden Monatssolden aufzubringen. Am 1. Mai 1631 klagte er, daß bar, aus seiner Kriegskasse, schon seit mehreren Monaten kein Pfennig an die Reiter ausgezahlt sei. Indes was wollten diese Schäden sagen, wenn man ihnen den Zustand der kaiserlichen Armee gegenüberstellte!

Längst war, ohne daß Wallenstein es hatte hindern können, der bessere Teil des kaiserlichen Heeres nach Italien und Oberdeutschland abgezogen. Allerdings auch jetzt noch, wenn es auf die Zahl der Regimenter angekommen wäre — in dem zunächst bedrohten Pommern zählte allein die Infanterie zwölf Regimenter²⁾ —, wären die zurückgebliebenen Truppen den Schweden gewachsen gewesen. Allein die Mannschaften, die diese Regimenter ausfüllten, waren aufs jämmerlichste heruntergekommen, nach ihrer Zahl sowohl wie ihrer Brauchbarkeit. Die kaiserlichen Regimenter in Pommern, Brandenburg und der Nachbarschaft, so faßte Kurfürst Maximilian am 14. Februar 1631 die Berichte Tillys zusammen, zählen meistens kaum den vierten Teil des Sollbestandes,³⁾ und von diesem Rest, so hatte der General Schauenburg schon am 10. Dezember 1630 berichtet, ist vielfach nur der kleinste Teil noch gesund. Krankheit und Desertion hatten die durch keine Neuerung mehr ergänzten Truppen so furchtbar gelichtet, weil Soldzahlungen von seiten des Kriegsherrn jetzt noch weniger eingingen, als je vorher, weil die Lieferungen aus den verarmten Landen immer kümmerlicher ausfielen, und weil die Absehung des gewaltigen Schöpfers der Armee Mutlosigkeit und Widerwille bei Offizieren und Soldaten erzeugt hatte. So in seinem Inneren gebrochen, war das Heer auch nach seiner äußeren Verteilung zur Abwehr des Feindes schlecht geeignet. Da die Errichtung von Magazinen nicht über unvollkommene Anfänge hinausgekommen war, so mußten die Truppen von den unmittelbar eingetriebenen Wochen- oder Monatskontributionen leben, und da diese Kontributionen bei wachsender Erschöpfung und wachsendem

¹⁾ Ueber die Art, wie er demgemäß für die Reiter den halben Betrag des Monatsolds einbrachte, und über die Unterhaltung des Fußvolks durch die Städte vgl. Gustav Adolf an Ogenstierna, 1631 März 11. (Oxenstierna, Skrifter II 1 n. 506 S. 692. Zu der Bemerkung *etter alliancen* ist zu vergleichen die Pommersche Quartierordnung vom 9. September 1630 § 8 a. C., § 9. Sverges tractater V S. 401.)

²⁾ Liste im Arkiv till upplysning om Svenska krigens historia II S. 68.

³⁾ Münchener Staatsarchiv 4/5. Das Schreiben Schauenburgs im Arkiv II S. 131.

Ingrimm der Bevölkerung immer schwieriger eingingen, so mußte einerseits jeder einzelne Truppentkörper in dem Bezirk, von dem er leben sollte, stets gegenwärtig und zur Eintreibung bereit sein, andererseits mußten für die Verteilung der gleichen Auflage immer größere Bezirke gebildet, die ihnen zugewiesenen Truppenteile also immer mehr auseinandergelegt werden.¹⁾ Bei dieser Zerstreuung waren aber natürlich die Truppen nicht fähig, einem Feind, der sie in geschlossener Masse angriff, standzuhalten; wenn man sie dagegen zusammenführte, so gebrach es alsbald an der nötigen Zufuhr. Hatte man es doch nicht einmal fertig gebracht, Festungen von so entscheidender Bedeutung, wie Frankfurt an der Oder und Landsberg an der Warthe, mit Lebensmitteln für den Fall einer Belagerung zu versehen! — Und nicht besser, als mit der Verpflegung, war es gleichzeitig mit der Bewaffnung der Armee bestellt. Die Festung Landsberg fand Tilly von Geschützen fast entblößt, und von der gesamten Armee sagte Tilly²⁾, daß es an Geschützen und allem, was dazu gehöre, mangle. Nicht anders auch, als mit der Bewaffnung, stand es mit der Bekleidung und jeglicher sonstigen Ausrüstung. Das Heer, schrieb Maximilian dem Kaiser, muß, wenn ihm nicht das Nötige beschafft wird, „gänzlich zu Grunde gehen“.

Daß der Kaiser, wie angedeutet, noch über eine zweite, übrigens in ähnlicher Zerrüttung befindliche Armee in Italien und den Eingängen zu Italien verfügte, kam während des ersten Jahres des schwedischen Krieges nicht in Betracht; denn die Politik Richelieus hatte ja dafür gesorgt, daß diese Streitkräfte bis ins Frühjahr 1631 noch festgehalten wurden. Ein ganz anderes Aussehen hatte dagegen freilich die Armee der Liga. Auch hier fehlte es nicht an Abgängen der Mannschaft, aber Tilly glaubte die Hauptmasse des Heeres, die aus neun Infanterieregimentern bestand, doch auf 24 000 Mann statt der erforderlichen 27 000 schätzen zu dürfen;³⁾ auch hier war der Jammer des Feldherrn über mangelhaft eingehende Gelder und die Not der Soldaten in den Quartieren ständig, aber diese Mißstände gingen schwerlich über die in Gustav Adolfs Heer ihnen noch gesteckten Grenzen hinaus; auch hier erstreckten sich endlich die Quartiere über das große Gebiet von Ostfriesland, Münster, Berg-Mark, Wetterau und Hessen bis ins Bremische, Braunschweigische und die Altmark, wozu noch die im Fränkischen und Schwäbischen für die Kavallerie genommenen Quartiere hinzukamen, aber die Vereinigung eines Teils dieser Truppen zu einer Feldarmee — nach Tillys Rechnung konnte man vom Fußvolk 10 000, nach Maximilians Anschlag sogar 18 000 Mann aus den Garnisonen ziehen⁴⁾ — war doch eher möglich, weil die Zufuhr, wie alles andere in diesem Heer, wenn nicht gut, so doch weit besser als bei den Kaiserlichen geordnet war. Gewiß also, wenn das Ligaheer mit dem kaiserlichen ohne weiteres für die dem letzteren gestellten Aufgaben hätte zusammenwirken können, so würde Gustav Adolf sich

¹⁾ So das Regiment Torquato Conti zum Teil in die Altmark, zum Teil nach Pommern. (Chlumetz n. 293 S. 215.)

²⁾ Bericht vom 26. Febr. 1631. (Münchener Reichsarchiv, 30jähr. Krieg tom. 166.)

³⁾ Bericht vom 6. März 1631. (Münchener Reichsarchiv, a. a. D.)

⁴⁾ Kurf. Maximilian, 1631 Jan. 29. Tilly, März 6 (a. a. D.). Vgl. Wittich, Magdeburg, Gustav Adolf und Tilly S. 298 fg.

einer für ihn furchtbaren Streitmacht gegenüber gefunden haben. Aber dieser Voraussetzung entsprach eben die Wirklichkeit nicht.

Zunächst, während des ersten Halbjahrs des Krieges, waren beide Heere in einem Zustande von Anarchie. Wallenstein wurde abgesetzt, Tilly aber weilte bis Mitte November in Regensburg, ganz in Anspruch genommen durch Verhandlungen mit der Liga über Stärke und Ausrüstung des Bundesheeres, mit dem Kaiser über die Annahme des zweiten Kommandos. Als er dann auf dem Kriegsschauplatz erschien und zwischen seinen beiden Heeren hin und her eilte, sah er sich von seinem strengen bairischen Herrn mit den wiederholten Weisungen bedrängt, sich nicht zu weit von den Landen der Bundesstände zu entfernen: das Heer der Liga sollte eben in erster Linie zur Deckung der Bundeslande in West- und Süddeutschland dienen, während das Gebiet zwischen Elbe und Oder, wo es galt, dem schwedischen König entgegenzutreten, vorzugsweise der kaiserlichen Armee als Kampfesplatz überlassen bleiben mochte. Tilly kam denn auch den Ansprüchen an seine Person mit der Antwort entgegen (26. Februar 1631): er werde dem vom kaiserlichen Hof ihm zuzusendenden Feldmarschall Tiefenbach das Unterkommando in dem Odergebiet übergeben, so daß er selber sich „allezeit in der Mitte aufhalten“ könne. Nicht zwei vereinte Heere standen Gustav Adolf gegenüber, sondern das eine kaiserliche, dem die Ligatruppen nur, soweit die nähere Sorge um den Schutz der Bundeslande es zuließ, Beistand leisten sollten.

Hatte der König daneben etwa mit kaiserlichen Streitkräften zur See ernsthaft zu rechnen? Seit den mißlungenen Kraftproben, die Gabriel de Roy im Jahre 1629 abgelegt hatte (S. 438), bekam man allerdings im Herbst des Jahres 1630 von diesem Seehelden wieder zu hören¹⁾. Am 1. Oktober erkannte ein zu Wismar von ihm niedergesetztes Gericht über zwei Lübecker Schiffe auf Konfiskation von Schiff und Ladung; die Schiffe waren auf der Fahrt nach pommerischen Küstenplätzen aufgebracht, und als Grund der Verurteilung wurde ein Befehl des Kaisers vorgegeben, die Fahrt von und nach denjenigen Plätzen, die Gustav Adolf auf des Reiches Boden besetzt habe, zu sperren. Wie der Lübecker Rat von zwei entlaufenen Matrosen erfuhr,²⁾ verfügte de Roy zur Ausführung dieses Befehls über acht oder neun Schiffe, von denen aber nur drei oder, nach Aussage des anderen, vier zu gebrauchen waren, das kleinste zu 50, das größte zu 200 Lasten. Die Soldaten, die ihm zu Gebot standen, schätzte der eine von den Befragten auf acht Compagnien, von denen aber, wie er hinzufügte, viele sterben und entlaufen. Mit dieser Macht sich an schwedische³⁾ und dänische, holländische oder englische Schiffe heranzuwagen, scheint de Roy nicht für geraten gefunden zu haben; aber auch in Lübeck traf er auf einen entschlossenen Widersacher. Nicht nur, daß die Stadt an ihn wie den Kaiser gegen ein Verfahren, das sie als Seeraub betrachtete, sofort den schärfsten Einspruch erhob, sie legte auch auf Geschütze und Schiffsgerät, die auf Bestellung de Roys noch in Lübeck lagerten, sodann auf eines seiner „Raubschiffe“, das sich vor einem

¹⁾ Das Folgende nach Akten des Lübecker Archivs, Hispanica II 2.

²⁾ Aussagen der Schiffer Mersen Schüt und Cornelissen, 1630 Sept. 27.

³⁾ Kleines Zusammentreffen im Nov. 1630: Arkiv I n. 506 Beil. S. 715.

schwedischen Kriegsschiff in ihren Häfen flüchtete, Beschlagnahme und kündigte die Ausrüstung von Convoischiffen zum Schutz ihrer Kauffahrer an. Das Ende des darüber entstehenden Lärmens war, daß de Roy schon zu Anfang des Jahres 1631 seinen schwierigen Posten in Wismar verließ und sich wieder nach Spanien begab, daß dann im März der kaiserliche Befehlshaber in Wismar zwei weiterhin aufgebrachte Lübecker Schiffe, die ihrer Bestimmung nach nicht unter das erwähnte Verbot fielen, frei ließ, und andererseits Lübeck die als Eigentum des Königs von Spanien beanspruchten Geschütze und Geräte gleichfalls herausgab.¹⁾ Dann ruhte der weitere Streit; aber auch von weiteren Thaten der kaiserlichen Schiffe bekam man nichts mehr zu hören.

Von der See hatte also Gustav Adolf nichts zu fürchten. Wie er nun aber in Stettin seinen Feldzug zu Land festzusetzen hatte, war auf Grund der langen Reihe früherer Entwürfe eines von vornherein klar: der Krieg mußte im Geist fernhin treffender Offensive geführt, und dabei die Wahl zwischen drei Wegen getroffen werden: die Oder aufwärts gegen Schlesien, die Elbe aufwärts gegen Böhmen, die Weser hinauf gegen das Rhein- und Maingebiet. Indes, welcher von diesen Wegen gewählt werden, und ob der Anmarsch auf einem oder auf mehreren zugleich erfolgen sollte, wollte der König auch jetzt noch nicht entscheiden, unmittelbar stellte er nur seine nächste Aufgabe fest: er wollte sich an der Küste der Ostsee durch Unterwerfung Pommerns und weiterhin Mecklenburgs eine feste Grundlage für alle ferneren Unternehmungen schaffen. In Pommern nun stand ihm der Feind in drei festen Stellungen gegenüber: im Osten in der Festung Kolberg, im Westen in Greifswald, endlich im Süden, den Weg die Oder hinauf verschließend, in Greifenhagen und Garz. Diese letzteren Städte hatte der Oberst Hagfeld erst im Monat Mai besetzt, und dann, als Gustav Adolf in Pommern eingebrochen war, hatte man gerade hier den größten Teil der in Pommern liegenden kaiserlichen Truppen zusammengezogen: acht teils ganze, teils geteilte Regimenter zu Fuß und sieben zu Pferde,²⁾ alle in traurigster Verfassung befindlich, wie man sie denn auch bei dem sofort eintretenden Mangel an Proviant und Futter zum Teil wieder weithin in die Nachbarschaft ausquartieren mußte.

Gustav Adolf nun, nachdem er sich zunächst links und rechts ausgebreitet, Kolberg eingeschlossen und in Vorpommern den Feind auf wenige feste Plätze zurückgedrängt hatte, ersah sich diese Streitmacht zum ersten entscheidenden Angriff. Er führte eine Truppenabteilung gegen sie heran, die ihr nach Zahl — etwa 8000 Mann zu Fuß und 6000 Reiter — und vollends nach Qualität weit überlegen war, aber er ging doch dieser ersten größeren Probe nicht ohne ernste Sorgen entgegen; um so mächtiger war da bei Freund und Feind der Eindruck, als Erscheinen und Sieg des Königs eins und dasselbe war. Die elende Mauer von Greifenhagen öffnete sich vor einigen Kanonenschüssen, worauf die Besatzung in raschem Ansturm überwältigt wurde (4. Januar 1631), und wie dann der König ohne Aufenthalt am rechten Ufer der Oder aufwärts ging gegen die bei

¹⁾ Lübeck an den Frh. Birmont, 1631 März 20. Lübeck an de Roy, 1631 Oktober 29.

²⁾ Liste im Arkiv III S. 68. Die Dragoner Butlers zähle ich als Kavallerie und bringe die zwei Compagnien Bernsteins nicht in Rechnung.

Garz am linken Ufer gesammelte Hauptmasse der Kaiserlichen, da wagte deren Führer, der General Hannibal von Schauenburg, gar nicht standzuhalten; in fluchtartigem Rückzug (5. Januar) eilte er unter den Schutz der Festung Frankfurt. Der König hatte die erste Sperrung des Oderwegs beseitigt und sich den Eingang ins Brandenburgische eröffnet.

So wurde die nächste Aufgabe Gustav Adolfs, eine strategische Basis zu schaffen, wenn nicht gelöst, so doch mit glänzendem Erfolg in Angriff genommen. Da aber fügte sich's zugleich, daß ohne sein Zuthun auch für die andere Aufgabe, die große Offensive, ihm ein Weg eröffnet und die Richtung gewiesen wurde. Diese Fügung war die Erhebung Magdeburgs. Nachdem Gustav Adolf den Vertrauensmann Christian Wilhelms, den Johann Stallman, zu seinem Bevollmächtigten gemacht hatte, war in beiden der Drang nach einer entscheidenden That nicht mehr zu bändigen. Ohne nach den Vorbedingungen des Gelingens, nach Geld und gesicherter Unterstützung, viel zu fragen, war Stallman am 6. August in der gewaltsam bewegten Stadt erschienen, um dem Rat den Antrag auf ein Bündnis mit dem schwedischen König vorzubringen; zugleich mit ihm aber, verkleidet und unkenntlich gemacht, hatte sich der Administrator eingeschlichen. Dann war die Entscheidung rasch, wie in einem wohl vorbereiteten Schauspiel, herbeigeführt. Da der Rat zögerte, wurde mit Hülfe des längst gewonnenen Anhangs die Bürgerschaft erhitzt, und als deren Stimmung dem Werke günstig erschien, wurde ihr plötzlich der zurückgekehrte Landesherr gezeigt. Da mußte der Rat in dreifacher Bedrängnis, durch den Gesandten, der lügenhafte Vorspiegelungen verschwenderisch austreute, durch den Administrator und durch die erregte Bürgerschaft, kapitulieren; am 11. August 1630 verstand er sich zu einem zunächst mündlich festgestellten Bündnis der Stadt mit Gustav Adolf und Christian Wilhelm.

Entsprechend den besonderen Verhältnissen, da in der Stadt selbst die Demagogen zu großen Opfern wenig Neigung zeigten, und dem König es mehr auf den Rückhalt der Festungswerke als auf unmittelbare Leistungen ankommen mußte, waren die Bestimmungen dieses Bündnisses scheinbar für die Stadt recht günstig. Was sie versprach, ging auf die Gestattung von Durchmärschen und Einquartierungen: für erstere sollte, so oft der Krieg es erforderte, die Stadt offen stehen, letztere sollten in der Regel auf das Gebiet außerhalb der Stadt fallen; die Zahl der ins Innere der Stadt aufzunehmenden Truppen wurde auf 500 begrenzt, freilich mit dem Vorbehalt, daß bei dringender Not und kraft besonderer Abrede die Ziffer erhöht werden könne. Die Unterhaltskosten fielen lediglich den beiden Verbündeten, dem König und dem Administrator, zu. Diese nahmen auf ihren Teil auch die schwerwiegende Verpflichtung, die Stadt gegen alle Anfeindungen, besonders auch gegen Belagerung, mit ganzer Kraft zu schützen und zu entsetzen.

Im ganzen schienen in diesem Bündnis Verpflichtungen und Gegenverpflichtungen ungleich und zum Vorteil der Stadt abgewogen zu sein. Allein, als unschätzbaren Gewinn, errang dadurch Christian Wilhelm den nötigen Kredit, um alsbald zur Werbung von zwei Infanterie- und einem Reiterregiment schreiten zu können. Und nicht nur zur Werbung. Sowie einige Haufen ihm zugelaufen

waren, warf er sich ohne viel Bedenken auf das Stiftsgebiet, vertrieb mit leichter Mühe ein paar kleine kaiserliche Besatzungen und brachte aus Amtshäusern und Klöstern die ihm so nötige Beute heim. Aber diese Herausforderung war es nun auch, welche Magdeburg zum Mittelpunkt größerer Kämpfe machte. Bereits im September hatten sich die in der Umgebung Magdeburgs liegenden kaiserlichen Reiter aus ihren zerstreuten Quartieren so weit gesammelt, daß sie die Söldner des Administrators mit leichter Mühe bis auf die Vorstädte Magdeburgs zurückdrängen konnten. Dem gegenüber war dann, am 29. Oktober, jener Dietrich von Falkenberg in der Stadt eingetroffen, um alsbald über die etwa 3000 Mann zählenden Truppen des Administrators den Oberbefehl zu ergreifen; die Künste des Söldnerführers und des Agitators vereinigend, wußte er die Prediger für sich zu gewinnen, mit ihnen und der bestehenden Demagogenpartei die nach Ausgleich aussehenden Mitglieder des Rats und der Bürgerschaft einzuschüchtern und den unverföhnlichen Kampf gegen die Kaiserlichen zur Lösung zu machen. Dann benutzte er die also erhitzte Stimmung, um seine bescheidenen Geldmittel durch Darlehen vermögender Bürger zu stärken, die vorgefundenen Truppen in fortgesetztem Ringen mit der Knappheit seiner Mittel in festerer Zucht zusammenzunehmen und neue im Betrag von etwa 800 Mann zu werben, endlich die Bürger zur Besserung und Erweiterung der Festungswerke anzuhalten. Entschlossenheit und Schwung kam durch ihn in die Verteidigung hinein. Aber eben hierdurch wurde der neue Gegenschlag befördert. Am 6. Dezember 1630 hielt Tilly, nachdem er endlich von Regensburg her in dem Hauptquartier des Ligaheers eingetroffen war, in Hameln einen Kriegsrat; nach den hier gefaßten Beschlüssen wurde dem inzwischen durch einige Tausend Infanteristen verstärkten kaiserlichen Einschließungscorps eine entsprechende Anzahl Ligatruppen unter dem Befehl des tüchtigsten, jedenfalls unternehmungslustigsten seiner Offiziere beigegeben, des Grafen Gottfried Heinrich von Pappenheim, der eben damals durch doppelte Ernennung die Würde sowohl eines bairischen, wie eines kaiserlichen Feldmarschalls erhielt.

Um Magdeburg war hiermit ein immer heißer sich gestaltender Kampf entbrannt. Niemand veranschlagte die Bedeutung desselben höher, als Gustav Adolf. Die Stadt erschien ihm als eine Position, die ebenso geeignet war, die feindlichen Streitkräfte zu verwirren und auseinander zu ziehen, als das Feuer des Aufstandes in der Nachbarschaft zu entzünden; wie ein Niegel schob sie sich zwischen die untere und obere Elbe, mittelst dessen er die Zufuhr und die Truppenmärsche dem Feind von den obern nach den untern Landen sperren, sich selber in entgegengesetzter Richtung offen halten konnte. Wie er daher von Anfang an zu einem Anschlag auf Magdeburg ermuntert hatte, so zögerte er auch jetzt nicht mit der Ratifikation des am 11. August abgeschlossenen Bündnisses. Ob er dabei freilich die Folgen der von ihm übernommenen Verpflichtung zu Hülfe und Entsatz über sah? Jedenfalls, kaum war die Ratifikation erteilt, als auch schon jene Bedrängung der Stadt durch überlegene Streitkräfte erfolgte, und nun die Bedrängten, voran der tolldreiste Administrator, ihn mit wachsender Erregung um die Einlösung seines Wortes bestürmten. Und damit sah er sich denn vor der bestimmten Forderung, von den vorbereitenden Unternehmungen in dem Risten-

gebiet zu dem großen Offensivstoß gegen das Innere des Reichs fortzuschreiten und unter den verschiedenen Wegen, zwischen denen er schwankte, den an der Elbe aufwärts führenden als den Hauptweg einzuschlagen. Aber vor dieser Entscheidung ergriffen ihn neue Schwankungen. Durfte er den Weg zur obern Elbe, gegen die dort zu erwartende Hauptmacht des Feindes, einschlagen, ohne vorher neben Pommern auch Mecklenburg unterworfen und dann an der untern Elbe eine sichere Stellung gewonnen zu haben? Durfte er bei Verfolgung dieses Wegs das von den noch halb feindlichen Brandenburgern und den ganz feindlichen Kaiserlichen besetzte Festungsdreieck an der Oder, gebildet durch Küstrin, Landsberg an der Warthe und Frankfurt an der Oder, in seiner Flanke lassen? War überhaupt der Marsch von den Ostseeküsten ins Innere des Reichs zulässig, solange er nicht in den dazwischen liegenden Landen, Brandenburg und Sachsen, wenn nicht auf Truppenhülfe, so doch auf Deffnung des Gebietes für sich und Sperrung für die Feinde rechnen durfte? Das Ende dieser Erwägungen war, daß der König Magdeburg als Ziel des nächsten Vorstoßes festhielt, aber einstweilen den wirklichen Stoß hinausjohob und die Hülferufe mit guten Bertröstungen und Mahnungen zu tapferem Ausharren beantwortete.

Bald sorgte auch Tilly dafür, daß ihm die Notwendigkeit, erst seine strategische Basis zu erweitern, vor die Augen gerückt wurde. Als den alten General am 9. und 13. Januar die Unglücksbotschaften von Greifenhagen und Garz erreichten, raffte er in raschem Entschluß drei von den defekten kaiserlichen Infanterieregimentern zusammen, um Schauenburg mit seinen geschlagenen Truppen aufzunehmen. Quer durchs Brandenburgische ziehend, langte er am 24. Januar in Frankfurt an der Oder an, zu einer Zeit, da der siegreiche König kurz vorher bis gegen Landsberg vorgestoßen war, dann aber sein Hauptquartier nach Bärwalde, an der Straße von Frankfurt nach Stettin, gelegt hatte. Nicht groß war da die Entfernung, welche beide Feldherrn trennte, und Tilly hegte zeitweilig, wie er dem Kurfürsten Maximilian am 5. Februar meldete, trotz der Erbärmlichkeit seiner Truppen die Absicht, „wider den Feind etwas zu tentieren.“ Aber vorsichtig hielt sich Gustav Adolf zurück, und vorsichtig wagte am Ende auch Tilly nicht die Linie der Warthe zu überschreiten. Das Ergebnis seines Zugs war, daß er in den kläglichen Verhältnissen der beiden Festungen Frankfurt und Landsberg durch Beschaffung von Proviant und einigen Geldes notdürftig Ordnung schaffte, dann mit einem Teil der Schauenburgischen Truppen die dortigen Besatzungen verstärkte und den andern Teil seiner Armee einfügte, die dadurch auf fünf Fuß- und vier Reiterregimenter wuchs.

Aber während dieser Anstalten, durch die er den Oder- und Warthepaß einstweilen gegen ein weiteres Vordringen Gustav Adolfs schloß, erregte ihm sein Gegner neue Sorgen, da er am 4. Februar nach Stettin zurückwich und hier seine Kräfte sichtlich zu einem neuen Schlage sammelte. Wohin zielte er? Wollte er sich des Restes der vorpommerschen Plätze und weiterhin Mecklenburgs bemächtigen, oder wollte er durchs Brandenburgische gegen Magdeburg vordringen? Um ihm auf beiden Wegen entgegenzutreten zu können, führte Tilly am 15. Februar seine Armee von Frankfurt ab und marschierte nach Brandenburg an der Havel. Als er hier am 21. anlangte, war es wiederum, wie er am 26. meldete, seine

Absicht, „gegen den Feind zu avancieren“ und zu sehen, was bei Gelegenheit „wider ihn in einem oder anderm zu tentieren“ sei, nur daß er vorher, um seine kleine Feldarmee wenigstens auf 10 000 Mann¹⁾ zu bringen, noch einige Verstärkungen, vornehmlich Reiterei, heranziehen und die, von drei kleinen Feldstücken abgesehen, ihm völlig fehlenden Geschütze beschaffen mußte. Indes, unter solchen Hemmnissen war ihm abermals Gustav Adolf zuvorgekommen. Ihm fehlte keine Artillerie, und die Zusammenfassung eines Corps von etwa 12 000 Mann verursachte ihm keinen großen Zeitverlust. So hatte er sich, Tilly voraneilend, auf das mecklenburgisch-pommerische Grenzgebiet gestürzt, hatte am 25. Februar Demmin, neben Greifswald die wichtigste Festung, die in Vorpommern vom Feind noch gehalten war, ferner einige mecklenburgische Grenzplätze erobert. Dann, nach Zurücklassung reichlicher Besatzungen, war er wieder auf seinen Beobachtungsposten in Stettin zurückgefallen. Tilly, da er zum Entsatz Demmins zu spät gekommen war, dachte nun vor allem, die im Mecklenburgischen geöffnete Bresche wieder zu schließen. Zum Schutz seiner dortigen Festsetzungen hatte Gustav Adolf in der schwach besetzten Stadt Neu-Brandenburg die starke Besatzung von zwei Regimentern und einen seiner tüchtigsten Offiziere, Dodo von Kniphhausen, als Befehlshaber zurückgelassen. Auf diesen Platz stürzte sich Tilly, und nach mehrtägiger tapferer Gegenwehr nahm er ihn am 19. März mit Sturm, nachdem Gustav Adolf den Versuch des Entsatzes begonnen, aber nicht durchzuführen vermocht hatte. Was aber sollte er nun nach der Säuberung des mecklenburgischen Grenzstriches weiter thun? „Zum Schlagen,“ sagte er²⁾, „will der Feind nicht stand halten;“ um also für die weiteren Bewegungen sich nicht durch den Feind das Gesetz vorschreiben zu lassen, sondern, wie Pappenheim es schon am 4. März gewünscht hatte,³⁾ es selber dem Feinde zu geben, beschloß er, seine Armee, indem er zu den kaiserlichen Regimentern alle im Feld verwendbaren Ligatruppen, im ganzen an Infanterie 14—15 000 Mann, heranzog, vor Magdeburg zu konzentrieren: gleichzeitig wollte er, da der aufgetaute Boden die Anlage von Laufgräben gestattete, die Belagerung der Stadt mit aller Kraft aufnehmen und dem Feinde nach allen Seiten die Stirne bieten.

Es war dies eine Rechnung, welche nur einen Fehler hatte, nämlich die Voraussetzung, daß inzwischen die Oderfestungen sich gegen einen plötzlichen Angriff bis zu dem zeitraubenden Anmarsch eines Entsatzheeres würden halten können. Vielleicht freilich wäre diese Annahme richtig gewesen, wenn die kaiserliche Regierung den dringenden Mahnungen Tillys um Fortsührung seiner nur vorläufigen Anstalten zur Sicherung der beiden Plätze nicht ihre gewöhnliche Unthätigkeit entgegengesetzt hätte. Aber von früher her gewohnt, solche Sorgen dem Eigenwillen Wallensteins zu überlassen, wußte diese Regierung dem neuen General nicht zu helfen. Darüber geschah es, daß Tilly zum drittenmal von seinem großen Gegner überholt wurde. Von Schwedt an der Oder, wo der König in den Tagen, da Neu-Brandenburg fiel, ein Lager aufgeschlagen hatte, brach er am 6. April auf;

¹⁾ Diese Ziffer giebt er als erreicht am 6. März an.

²⁾ An Kurf. Maximilian, 1631 März 31. — Eine Stelle aus dem Brief auch bei Wittich S. 449 N. 1.

³⁾ Kriegsschriften, herausgegeben von bairischen Offizieren II S. 60.

am 12. stand er vor Frankfurt, am 13. begann er die Beschießung, und gleich unter dem ersten Schrecken gelang es einer verwegenen Truppe, Wall und Mauer zu übersteigen, worauf ohne ernstliche Gegenwehr der entnernten Besatzung das nachdrängende Heer die Stadt überwältigte. Vier Tage später erschien der König vor Landsberg, und als er hier nach umsichtigen Vorbereitungen am 25. April mit dem ernsthaften Angriff begann, ging auch dieser Tag nicht zu Ende, ehe die Besatzung kapituliert hatte. Gekrönt wurden diese Erfolge dadurch, daß schon einen Monat vorher, am Tag des Verlustes von Neu-Brandenburg, auch Kolberg sich übergeben mußte.

Ein dunkler Schatten indes, der auf diese Triumphe Gustav Adolfs fiel und die Schrecken des folgenden Kriegs ahnen ließ, waren die Ausschreitungen soldatischer Barbarei. Dem scheußlichen Kriegsrecht der Zeit folgend, hatte Tilly, als Neu-Brandenburg mit Sturm genommen war, das Leben der Soldaten und die Habe der Einwohner der Blut- und Raubgier der Soldaten preisgegeben. Vergeltung dafür übten nun die Schweden in Frankfurt. Aber wenn sie hier die um Pardon flehenden Soldaten niedermegelten, so konnten sie bei der leichten Ueberrumpelung der Stadt sich nur uneigentlich auf das Recht der die Kämpfer zur Raserei treibenden Erstürmung berufen, und wenn sie die Einwohner ausraubten, so wüteten sie nicht, wie Tillys Truppen, gegen eine feindselige Bevölkerung, sondern gegen Glaubensgenossen, die sie beschützen zu wollen vorgaben.

Tilly hatte inzwischen, während der Einnahme Frankfurts und Landsbergs, dasselbe Mißgeschick gehabt, wie Gustav Adolf bei dem Verlust Neu-Brandenburgs: er traf Anstalten zum Entsatz, ohne damit zu Ende zu kommen. Nach dem Siege des Gegners bangte er nun sofort vor einer zweiten Ueberraschung, sei es in Gestalt eines Angriffs auf Schlesien, sei es durch Vorbrechen der schwedischen Armee gegen Magdeburg. Richtig war jedoch bei diesen Vermutungen nur soviel, daß Gustav Adolf mit verstärktem Verlangen den Zug auf Magdeburg ins Auge faßte. Allein gleich jetzt gegen Tillys angewachsene Armee — Pappenheim schätzte Kaiserliche und Ligisten zusammen auf 23000 Mann zu Fuß und 7000 Reiter — vorzustürmen, dazu hielt er sich noch keineswegs für vorbereitet. So stolz sein Triumph über die letzten Erfolge war, er verhehlte doch seinem Obersten Falkenberg nicht, daß es noch „ein paar Monate“ dauern werde, bis er vor Magdeburg werde erscheinen können. Er mußte eben zunächst seinen von den Mühen des Winterfeldzugs angegriffenen Truppen einige Erholung gönnen, mußte Geld aufstreifen und Verstärkungen heranziehen, vor allem aber, er mußte den politischen Verhandlungen, welche mit den kriegerischen Schlägen Hand in Hand gingen, seine Thätigkeit zuwenden und seine Entschlüsse nach ihnen einrichten. Den Gang dieser Verhandlungen müssen auch wir an dieser Stelle aufnehmen.

Im Januar 1631, als Gustav Adolf sein Hauptquartier in Bärwalde aufgeschlagen hatte, erschien zum viertenmal der französische Gesandte Charnacé bei ihm, und da kam endlich, am 23. Januar, der Vertrag zwischen Frankreich und Schweden zu Stande. Seinem Inhalt nach erschien er als ein Ausgleich zwischen den zum Teil entgegengesetzten Forderungen beider Mächte (S. 445). Als Zweck des Bündnisses wurde die Befreiung der Ost- und Nordsee, wie früher, desgleichen „die Restitution der unterdrückten Reichsstände“ aufgestellt;

zu der ersteren Bestimmung aber war jetzt die früher von Gustav Adolf betonte Beseitigung auch der in Graubünden errichteten Befestigungen nur wie nebenbei erwähnt, und bei der zweiten Bestimmung hatte man jede nähere Bezeichnung der zu Restituierenden und des Umfangs der Restitution vermieden und damit die Frage der pfälzischen Restitution nicht unwidersprechlich zum Nachteil Baierns entschieden. Die Dauer des Bündnisses wurde, wie Richelieu es gewollt hatte, auf bestimmte Zeit, und zwar jetzt noch auf fünf Jahre gesetzt, allerdings mit dem Vorbehalt der Verlängerung. Zwei weitere Forderungen, die Richelieu zugunsten der Neutralität der Liga und der katholischen Religion gestellt hatte, wurden dagegen nur in beschränktem Sinne zugestanden: die Neutralität unter der thatsächlich schon ausgeschlossenen Bedingung der Gegenseitigkeit, der Schutz der in eroberten Orten bestehenden katholischen Religionsübung mit einem bedenklichen Hinweis auf den so verschieden erklärten Religionsfrieden. Das ferner aufgestellte Verbot einseitigen Vertragschlusses mit dem Feinde würde bei der Verschiedenheit der Interessen beider Verbündeten von großer Bedeutung gewesen sein, wenn nur ihre Bundestreue unzweifelhaft gewesen wäre. Um so wichtiger und den eigentlichen Kern des Bündnisses bildend, war die Bestimmung über die beiderseitigen Leistungen: Gustav Adolf mußte sich zur Kriegsführung auf deutschem Boden mit einem Heer von 30 000 Mann zu Fuß und 6000 Reitern verpflichten, während Frankreich nur Subsidien, eine Million Livres jedes Jahr, und dazu 300 000 Livres für die Kosten des abgelaufenen Jahres, zu zahlen hatte.

Die hiernach eingehenden Zahlungen waren für Gustav Adolf eine höchst willkommene Erleichterung seiner drückenden Geldnot; und doppelt willkommen war es ihm, daß bald nachher, am 31. Mai, auch die Generalstaaten ihm bescheidene Monatsgelder von je 50 000 holländischen Gulden bewilligten, zunächst freilich nur für die Monate Juli bis September, aber mit späterer Verlängerung des Termins. Indes bei aller Genugthuung des Königs über diese Verträge, dringender war für ihn doch der endliche Abschluß eines Abkommens mit den beiden Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, da ihm ohne ihre Mitwirkung, zum mindesten ohne die Oeffnung ihrer Lande für seine eigenen und die Schließung derselben für die feindlichen Truppen der Vormarsch gegen Magdeburg unmöglich erschien. Gerade hier aber mußte er sich anfänglich damit bescheiden, daß beide Kurfürsten, voran der sächsische, ihre eigenen Wege gingen, daß jedoch diese Wege sich allmählich auch seinen eigenen Zielen zu nähern schienen.

Was den Kurfürst von Sachsen seit dem Herbst des Jahres 1630 vorwärts drängte, war sein damals gefaßter Entschluß, eine protestantische Ständeversammlung zu berufen (S. 461), und der Eifer, mit dem fortan Kurbrandenburg über der Ausführung dieses Beschlusses wachte. Letzterem war es vornehmlich zu danken, daß der hinterher in Dresden auftauchende Vorschlag, diese Tagsetzung zu Gunsten des inzwischen von den Katholiken auf die Bahn gebrachten Ausgleichstags (S. 461) zu verschieben, in sein Gegenteil verkehrt wurde, worauf denn am 8. Januar 1631 Johann Georg das Ausschreiben erließ, und am 20. Februar zu Leipzig eine Versammlung, an der sich, persönlich oder durch Gesandte vertreten, beinahe sämtliche protestantischen Fürsten und Grafen, die

meisten Reichsstädte, besonders auch die fränkischen, schwäbischen und Wetterauer durch ihre Vororte beteiligten, eröffnet werden konnte. Der Frankfurter Vergleichstag wurde dadurch soweit zurückgedrängt, daß er erst sieben Monate später, am 15. September, anging.

Zum erstenmal seit der Auflösung der Union fanden hiermit die Protestanten wieder den Mut zur Abhaltung einer Sonderversammlung: ein Beweis, wie stark die Erregung war, die sie alle fortrif. In solcher Stimmung schwangen selbst die kursächsischen Theologen, voran der streitbare Hoë, sich zu dem doppelten Bekenntnis auf: einmal, daß bei allem Bestehen auf der ungeänderten Augsburger Konfession doch ein Zusammengehen mit den calvinistischen Regierungen von Kurbrandenburg und Hessen-Kassel statthaft sei, sodann, daß man der Ausführung des Restitutionsediktes gewaltsamen Widerstand entgegensetzen dürfe. Auch der Kurfürst selber und seine Räte wurden von dem neuen Geiste ergriffen, nur daß sie langsamer und mißtrauischer folgten. Fürs erste rückten sie bei Eröffnung der Versammlung von den beiden auf der Tagesordnung stehenden Fragen nur die des Restitutionsediktes in den Vordergrund, und auch diese nur in der auf gütliche Verhandlung zielenden Fassung: welche Forderungen und Anerbietungen bei dem Frankfurter Vergleichstag zu vertreten seien.

Diese Beschränkung entsprach jedoch nicht der Stimmung der Versammelten. Wohl gaben sie das verlangte Gutachten, und zwar in dem Sinne, daß erst das Restitutionsedikt mit all seinen Folgen aufgehoben, hierauf ein Ausgleich über die auf dem Religionsfrieden beruhenden Streitigkeiten verhandelt werden solle; alsdann aber drängten sie den Kurfürsten zur Proposition der zweiten Frage der Kriegsbedrängnisse, und hier nun traten sie mit dem Beschlusse hervor, daß diese Bedrängnisse, wie sie vornehmlich in den Durchzügen, Einquartierungen und Kontributionen der kaiserlichen und ligistischen Truppen zum Ausdruck kamen, nicht mehr zu dulden seien. Eben diese Lasten hatte nun aber der Regensburger Tag ja gerade in eine feste Form zu bringen gesucht, und ohne sie konnten die Heere des Kaisers und der Liga keinen Tag bestehen. Die Konsequenz jenes Beschlusses war also bewaffnete Gegenwehr gegen die Erpressungen, Einlagerungen und Durchzüge der katholischen Heere.

Unerwartet kam dieser Beschluß dem sächsischen Kurfürsten keineswegs; allein gerade hier erhoben sich seine schwersten Bedenken. Erst fünf Tage vor Eröffnung des Leipziger Tages war ein Schreiben des Kaisers an ihn abgegangen, welches ihm die Folgen einer protestantischen Waffenerhebung vor die Augen rückte: der Kaiser, so besagte es, werde gegen Rüstungen, die ohne seine Erlaubnis vor sich gingen, nach denselben Grundsätzen einschreiten, die er im Jahre 1625 durchgesetzt hatte (S. 290, 293). An dem Ernst dieser Drohung war nicht zu zweifeln. War dagegen der Ernst der protestantischen Gegenwehr ebenso sicher? Das Erste, was dabei dem Kurfürsten entgegentrat, war die alte Spaltung zwischen Fürsten und Städten: letztere hatten ihren Gesandten zu Beschlüssen, die über bloße Vorstellungen hinausgingen, keine Vollmacht erteilt. Und die Fürsten und Grafen? Aus deren Mitte traten jetzt allerdings die Kurbrandenburger mit einem Vorschlag hervor, mit dem sie in die Erbschaft des gestürzten Pfälzers einzutreten schienen, dem Vorschlag nämlich eines Bünd-

nisses, das sich zum Widerstand nicht nur gegen die Kriegsbedrückungen, sondern auch gegen das Restitutionsedikt bewaffnen sollte. Es gab nur einen Fürsten, der sich gegen diesen Vorschlag in unbedingtem Widerspruch befand: das war der streng kaiserlich gesinnte Landgraf von Hessen-Darmstadt, der denn auch in Hinblick auf das, was kommen mußte, von vornherein die Teilnahme an der Tagssatzung abgelehnt hatte. Aber innerhalb der übrigen that sich hinsichtlich der Art der Ausführung alsbald eine neue Spaltung auf.

Gustav Adolf hatte natürlich sofort erkannt, daß der Leipziger Tag, wenn er auch im allgemeinen die von ihm verfolgten Zwecke begünstigte, doch im besonderen der von ihm erstrebten Unterordnung der protestantischen Stände zwar in dem Fall rückhaltlosen Anschlusses eine mächtige Förderung, aber auch in dem Fall selbständiger Organisation ein schweres Hindernis bereiten könne. Es galt ihm also, den rückhaltlosen Anschluß durchzusetzen, am liebsten in Gestalt eines klaren Bündnisses, zum mindesten durch die Verpflichtung zur offenen oder verdeckten Unterstützung. Und es gelang ihm, in der Versammlung selber nicht weniger als drei Vertreter seiner Wünsche zu finden. Der eine war der Stimmführer der Wetterauer Grafen, Philipp Reinhard von Solms, der früher im dänischen Dienste Wolfenbüttel verteidigt hatte, jetzt zu Gustav Adolf übertreten war und von ihm mit einer Vollmacht versehen wurde. Der zweite freiwillige Agent Gustav Adolfs war der Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel. Wie dieser damals mitten in seinen Bundesverhandlungen mit Gustav Adolf stand, und ein Artikel des Bundesentwurfs ihn ausdrücklich zur Anwerbung weiterer Stände beauftragte, so sah er die Herüberführung der Versammelten zum schwedischen Bündnis als seine eigentliche Aufgabe an. Ihm wieder bot sich als Mitarbeiter Wilhelm von Sachsen-Weimar, der damals in seinem und seiner noch übrigen drei Brüder Namen das ererbte Herzogtum verwaltete. Selber ohne größere Mittel, hatte er es, zusammen mit seinem früher in dänischen Diensten gestandenen Bruder Bernhard, auf eine hohe Kriegsbestallung im Heere des Schwedenkönigs abgesehen, und da Gustav Adolf ihm zu willfahren geneigt war, so wirkte er in einem schon vorher getroffenen Einvernehmen mit dem Landgrafen als dritter Befürworter des schwedischen Bündnisses.

Der Bund mit Gustav Adolf indes — das war nach den vorausgegangenen Verhandlungen bereits klar — bedeutete Unterwerfung unter seine militärische und politische Diktatur. Waren hierzu die übrigen, vor allem die beiden Kurfürsten, schon reif? Daß dies nicht der Fall war, zeigte sich alsbald in den gemeinsamen Beratungen. Kurbrandenburg trat für ein Bündnis ein, das nach dem Muster der untergegangenen Union mit befreundeten Mächten, besonders Schweden, ein Zusammenwirken vereinbaren mochte, ohne jedoch seine Selbstständigkeit aufzugeben. Kursachsen vollends, jetzt von allen Seiten zur That gedrängt, trat mit einem ganz besonderen Kompromiß zwischen seinen alten konservativen Grundsätzen und den neuen Anforderungen hervor. Es sollte, das war der Grundgedanke seiner Antworten auf die Vorschläge der Versammelten, allerdings zum Widerstand gegen die Kriegsbedrückungen gerüstet werden, aber der stets von ihm verworfene Abschluß eines Bündnisses sollte auch jetzt vermieden werden; den Rückhalt für die Rüstungen hoffte er vielmehr in den Reichs-

kreisen, in denen sich die zugehörigen Stände zusammenthun mochten, zu finden, und den Schweden, wie den anderen auswärtigen Mächten dachte er dabei nur ein Verhältnis „freundlicher Neigung“ zu.

Diesen verschiedenen Vorschlägen gegenüber entschieden sich die Versammelten — die einen aus eigenem Antrieb, die andern, um überhaupt etwas zustande zu bringen — für den Antrag Sachsens. In einer vorläufigen Vereinbarung, welche übrigens noch der Genehmigung der nicht persönlich anwesenden Stände bedurfte, wurde die Aufstellung einer Truppenmacht von mehr als 40 000 Mann in Aussicht genommen, und die Kontingente nach einem vorläufigen Anschlag unter die beiden sächsischen, den schwäbischen, fränkischen und oberrheinischen Kreis, d. h. die protestantischen Mitglieder derselben, verteilt. Im Anschluß an die Exekutionsordnung sollte in erster Linie jeder Kreis seinen Angehörigen, dann die Kreise sich untereinander Schutz und Beistand gewähren. Zur Leitung des ganzen Verteidigungswerkes wurde ein Ausschuß niedergesetzt, an dessen Spitze, unter der Voraussetzung, daß die Genehmigung der Beschlüsse in befriedigender Weise eintreffen würde, der Kurfürst von Sachsen treten wollte. Sofort gingen dann auch nachdrückliche Erklärungen an den Kaiser und die katholischen Kurfürsten ab, auslaufend in der Forderung, daß alle auf Grund des Restitutionsediktes vollführten Umwälzungen rückgängig gemacht, alle kaiserlichen und ligistischen Truppen aus den Landen der Vereinigten abgeführt, alle Beitragsforderungen für dieselben eingestellt werden sollten.

Am 12. April wurde der Abschied des Leipziger Tages ausgefertigt. Nun schien es dem Kurfürsten von Sachsen aber auch ernst zu sein, sich als den mächtigsten protestantischen Fürsten zu bewähren. An sich war er ja weder durch Thatkraft noch Einsicht ausgezeichnet, und schwerlich ragte auch der kleine Kreis von geheimen Räten, die einträchtig mit ihm die Regierung leiteten, über den Durchschnitt der an Bequemlichkeit und Eigennuß gewöhnten fürstlichen Staatsmänner hinaus. Aber die Verwaltung Sachsens war wohl geordnet, und seine reichen finanziellen und militärischen Kräfte waren unter der langen, von beiden Teilen leidlich geachteten Neutralität geschont. So konnte der Kurfürst, weit über die Leistungen der übrigen hinausgehend, allerdings auch auf die in Geld statt Truppen zu leistenden Zuschüsse der kleineren ober-sächsischen Stände rechnend, ans Werk gehen, drei Fußregimenter zu je 3000 Mann und zwei Kavallerieregimenter zu je 1000 Mann aufzustellen. Es sollte sich zeigen, was Gustav Adolf später, nach einjähriger Erfahrung, von ihm sagte, daß er unter den protestantischen Fürsten Deutschlands „fast der einzige sei, der noch etwas thun könne“. Und auch ein hervorragender General, der ihm seine Dienste bot, fehlte nicht: es war jener Hans Georg von Arnim, der im Jahr 1629 aus der kaiserlichen Armee ausgeschieden war. Durch Vermittelung seines Landesherrn, des Kurfürsten von Brandenburg, trat er während des Leipziger Tags mit Johann Georg in Beziehung, und am 1. Juli 1631 wurde er mit dem Titel eines Feldmarschalls zum Befehlshaber der sächsischen Armee bestellt. Arnim war nicht nur ein höchst umsichtiger Truppenführer, sondern auch ein gewandter Unterhändler, und vor allem ein Mann von politischen Grundfassen, die sich trefflich zu denen seines neuen Kriegsherrn fügten. Gleich ihm hielt er

den Kampf gegen die katholische Reaktion und die kaiserliche Selbstherrschaft für geboten und hierbei ein Zusammengehen mit den Schweden für unvermeidlich, gleich ihm wollte er aber auch die Integrität des Reiches nebst den alten Formen seiner Verfassung retten und die Entscheidung über die Beilegung der deutschen Streithändel den deutschen Reichsständen wahren. Es waren Grundsätze, die ihn in der Folge, trotz aufrichtigen Bestrebens, vom Pfad der Ehre und Pflicht nicht abzuweichen, in ein Wirrsal von Konflikten und Verdächtigungen hineinführten, ebensowohl den Schweden, wie seinem eigenen Kriegsherrn gegenüber. Dem Kurfürsten wurde er ein unbequemer, immer tadelnder Untergebener, weil ihm dessen kriegerische Anstrengungen dem hohen Ziel, das er verfolgte, bei weitem nicht zu entsprechen schienen; die Schweden, und nicht zum mindesten der König Gustav Adolf selber, vergalteten ihm den Widerstand, den er ihrer militärischen und politischen Diktatur entgegensetzte, mit einer stillen und bitteren Feindschaft, die sich in der bereitwilligen Aufnahme jeder Verdächtigung gegen ihn, als Verräter der protestantischen Sache, kund gab.

Indes, so können wir gleich an dieser Stelle fragen, war das Geschick, keiner Partei zu gefallen, nicht von vornherein durch den Geist der Leipziger Beschlüsse gegeben? Wenn dieselben ihr wahres Ziel erreichten, so wurden gleichmäßig die katholischen und die schwedischen Streitkräfte in Schach gehalten, und zwischen ihnen konnten dann die geeinigten protestantischen Stände, sei es bei dem bevorstehenden Frankfurter Ausgleichstag, sei es bei einem größeren Friedenskongress ihre Forderungen zur Geltung bringen. Eben deshalb erhoben sich denn auch gegen die Leipziger Beschlüsse gleichmäßig der Kaiser wie die Schweden. In offenen Kampf gegen dieselben trat ohne weiteres der Kaiser ein, wie er es ja auch im voraus angekündigt hatte. In mehreren Mandaten, die er am 14. Mai ausgehen ließ, verwarf er die kriegerischen Anstalten der Leipziger Vereinigten als gesetzwidrig und befahl bei den schweren Strafen des Landfriedensbruchs die Einstellung der begonnenen Rüstungen und die Enthaltung von jeglicher Teilnahme an denselben: denn, sagte er den Ständen mit schneidender Bestimmtheit, ihr habt „ohne unsern Konsens kein ius armorum“. Als verdeckter Gegner trat gleichzeitig Gustav Adolf auf den Platz. Sobald dessen Forderung des unmittelbaren Anschlusses durch den Leipziger Abschied durchkreuzt war, rückte sein Bevollmächtigter, Graf Reinhard von Solms, gegen den nach kriegerischen Thaten dürstenden Herzog Wilhelm von Sachsen-Weimar mit Vorschlägen heraus, welche unzweideutig auf die Vereitelung der Leipziger Beschlüsse abzielten: einerseits nämlich sollte der Herzog dem mit dem Landgrafen Wilhelm verhandelten schwedischen Bündnis beitreten, und dieses nunmehr zum Abschluß geführt werden; andererseits sollte er auf Grund dieses Bündnisses, als General Gustav Adolfs, ein Truppencorps zusammenbringen und führen, für welches die Werbungen „unter Vorwand des Leipziger Schlusses“ in dem Machtkreise der beiden Fürsten, im günstigsten Fall unter Hinüberziehung der kraft desselben Schlusses allerwärts, im schwäbischen, fränkischen, oberrheinischen und den beiden sächsischen Kreisen, aufzubringenden Truppen vorzunehmen seien. In der That gingen denn auch der Herzog sowohl, wie der Landgraf von Hessen auf diese Vorschläge ein. Die Versuche, sie zu verwirklichen, führten hinterher freilich

nicht zum Ziel, aber klar ausgesprochen war damit die Absicht Gustav Adolfs, die Leipziger Vereinigung als solche zu sprengen und das, was daraus an militärischen Rüstungen hervorging, in seinen Dienst zu stellen.

Fürs erste war nun freilich der Eifer der Vereinigten noch frisch genug, um über solche Gegenwirkungen hinwegzugehen. Im Mai traten die protestantischen Stände des fränkischen Kreises in Nürnberg, die des schwäbischen in Eßlingen zusammen und beschloßen wirklich, die in Leipzig veranschlagten Truppenkontingente — in beiden Kreisen zusammen wollte man 12 000 Mann zu Fuß und 3000 zu Pferde aufbringen — ins Feld zu stellen. Ein Kriegsrat und ein Direktor sollte in jedem Kreis das Verteidigungswerk leiten. In denselben Tagen beschloß in Hamburg eine Versammlung niedersächsischer Stände die Anwerbung von etwa 5000 Mann, und den zögernden rheinischen Ständen voraneilend, stellte Landgraf Wilhelm ein Infanterieregiment nebst ein paar Hundert Reitern auf, denen der Weimarer weitere 1000 Mann zuziehen lassen wollte. Die nächste Aufgabe dieser Streitkräfte wäre nun gewesen, die kaiserlichen und ligistischen Truppen aus den Landen ihrer Kriegsherrn herauszuschlagen. Und in der That besaß auch Landgraf Wilhelm die Kühnheit, dem General Tilly bereits am 26. April die Quartiere zu kündigen und die Feindseligkeiten zu beginnen; andere, besonders Städte, wie Straßburg und Ulm, hielten wenigstens die in runder Summe ihnen aufgelegten Beisteuern zurück, so daß allerwärts die katholische Armee in schwere Verlegenheit geriet. Aber nicht nur der Kaiser war es, gegen den sich also das Vorgehen der Leipziger Vereinigten richtete, auch Gustav Adolf wurde dadurch aufs empfindlichste berührt. Er stand damals mitten in den Vorbereitungen seines Feldzugs, der zum Entsatz Magdeburgs führen sollte. Wie nun zu diesem Unternehmen sich die große Mehrzahl der protestantischen Fürsten stellen würde, war so unsicher, daß er nicht einmal darauf rechnen konnte, daß die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen ihm auch nur diejenige Begünstigung gewähren würden, die unbedingt nötig war, nämlich freien Durchzug durch ihre Lande und Oeffnung ihrer Festungen, falls er vor dem Feind zurückweichen mußte.

Sollten nun der Kaiser und der schwedische König vor diesem Selbstgefühl der neu erstandenen Partei zurückweichen? Dem Kaiser wurde die Antwort darauf um so leichter, da eben in dem Monat, in dem der Leipziger Abschied verfaßt wurde, auch schon die ersten Abteilungen der aus Italien stufenweise nach Deutschland zurückzuführenden Truppen bei Lindau eintrafen. Von Woche zu Woche wuchs ihre Zahl; ihre eigentliche Bestimmung ging natürlich auf Verstärkung Tillys gegen Gustav Adolf, aber als nächste Aufgabe schob sich jetzt davor die Zerstörung der in Schwaben und Franken begonnenen Anstalten zur Ausführung des Leipziger Schlusses. Gleichzeitig erhob sich auch die Liga zu neuen Anstrengungen, — allerdings unter Erscheinungen, welche auch die für die kaiserliche Politik bedenkliche Richtung wieder bekräftigten. Eben damals nämlich, am 8. Mai 1631, schritt Maximilian von Baiern zum Abschluß des Schutzbündnisses mit Frankreich. Den Einwendungen, welche er gegen den ersten Entwurf desselben erhoben hatte (S. 452), war Rechnung getragen: die Dauer des Bundes war auf acht Jahre, die Stärke der Hilfstruppen für Frankreich

auf 11 000, für Baiern auf 4000 Mann herabgesetzt, und der Vorbehalt des dem Kaiser geleisteten Eides dem Kurfürsten gestattet. Da der Bundesschutz nicht nur den ererbten, sondern auch den erworbenen Landen, also besonders auch Maximilians pfälzischen Eroberungen mit Einschluß der Kur, galt, da sich die Verbündeten ferner verpflichteten, daß keiner dem Feinde des anderen irgend welchen Beistand leisten dürfe, so mochte Maximilian sich schmeicheln, jetzt nicht nur die längst erstrebte zweiseitige Sicherung vonseiten Frankreichs und Oesterreichs, sondern auch eine Schutzwehr gegen Gustav Adolf und die protestantischen Reichsstände gewonnen zu haben. Aber dieser gegen die Interessen des Kaisers gerichtete Zug war nicht die einzige Maßregel, die Maximilian ergriff; auf deutschem Boden war er bereit, dem Kaiser gegenüber den Fortschritten Gustav Adolfs und den Rüstungen der Leipziger Vereinigten mit verstärkter Macht zur Seite zu treten. Und so, bei einem in demselben Monat Mai in Dinkelsbühl gehaltenen Ligatag, setzte er es durch, daß der Satz des Bundesheeres von 30 600 Mann, den man in Regensburg nur vorläufig beibehalten hatte (S. 457), nicht nur bestätigt, sondern um 11 000 Mann — 2000 Reiter und drei Infanterieregimenter — erhöht wurde.

Drohend genug war also die Stellung, welche Kaiser und Liga den Leipziger Vereinigten gegenüber ergriffen. Nicht minder rasch und nicht viel freundlicher erfolgten aber auch die Beschlüsse Gustav Adolfs. Wer damals, wie etwa der getreue Orenstierna, tiefer in die Gedanken und Empfindungen dieses Feuergeistes einzudringen vermochte, konnte wohl erschrecken vor dem Wechsel der kühnsten Hoffnungen und der drückendsten Sorgen, die ihn durchwogten. Seit seinem Erscheinen auf deutschem Boden hatten zwei große Ziele vor seiner Seele gestanden: einmal, er wollte die Grenzen seines Reiches noch weiter nach den Küsten der Ostsee hin vorschieben, sodann, er wollte das protestantische Bekenntnis und die protestantische Partei gegen Kaiser und Liga zu neuer Macht erheben. Jetzt, nachdem im ersten Anlauf das Herzogtum Pommern ihm zugefallen war, sah er den Anfang zur Verwirklichung des ersten Planes gemacht, und mit jedem neuen Erfolg wurde ihm der Vorsatz, dieses Land seinem schwedischen Reiche anzugliedern, klarer und fester. Dann aber, wie er die ersten Siege über die kaiserlichen Truppen erfochten hatte, und der Weg ins Innere des Reiches vor ihm lag, begann vor seinem geistigen Auge auch das zweite Ziel schon etwas festere Formen und großartigere Umrisse anzunehmen. Noch blieb freilich die Frage, zu welchen Eroberungen und territorialen Umwälzungen der Fortgang des Krieges und die Forderung der Restitution der beraubten protestantischen Stände führen solle, im Dunkeln, aber die andere Frage, wie man im Reich dem Kaiser und den katholischen Ständen gegenüber die Macht der protestantischen Partei durch eine feste Organisation sicher zu stellen habe, faßte er bestimmter ins Auge. Das letzte Ziel, so sagte er, indem er im Frühjahr 1631 dem hohen Flug seiner Entwürfe eine bestimmte Linie vorzeichnen unternahm, ist die Besetzung des kaiserlichen Thrones mit einem Protestanten. Wie aber diese Errungenschaft noch in unberechenbarer Ferne liegt, so muß einstweilen eine vorbereitende Aufgabe in Angriff genommen werden, und diese heißt: Zusammenfassung sämtlicher protestantischer Reichsstände in einem

dauernden Bündnis unter Führung des schwedischen Königs. So rief er den alten Gedanken der Union wieder wach, aber freilich unter der Voraussetzung eines fremden Hauptes und einer unvergleichlich größeren Macht und Selbständigkeit in dem konfessionell zerrissenen Reich. Natürlich bedurfte dieses Werk der Vorbereitung, und die sollte bestehen in einer Reihe sofort zu schließender Einzelbündnisse mit einzelnen Ständen, deren nächster Zweck auf das unmittelbar vorliegende Bedürfnis der gemeinsamen Kriegsführung unter des Königs unumschränktem Oberbefehl gerichtet war, die aber zugleich, als Vorläufer des großen Bundes, nicht zeitlich beschränkt, sondern eine dauernde¹⁾ Einrichtung sein und der Krone Schweden neben der militärischen auch die politische Führung zuwenden sollten.

Gewiß waren diese Aussichten berauschend. Aber ihnen gegenüber türmten sich nun die Schwierigkeiten der Ausführung auf: zunächst die Beschränkung der Mittel. In dem ersten Kriegsjahr hatte der schwedische Staat aus den eigenen Truppenbeständen, angeworbenen wie ausgehobenen, die Invasionsarmee geliefert (S. 470) und an Geldzuschüssen nahezu drei Viertel der bescheidenen Staatseinnahmen²⁾ geopfert. Aber in dem folgenden Jahr sanken die Zuschüsse an Geld und Geldeswert schon auf etwa zwei Fünftel des vorigen Betrags,³⁾ und nach einer abermaligen ähnlichen Verkleinerung betrugen sie im Jahr 1632 nur noch rund 476 000 Reichsthaler.⁴⁾ Nicht viel anders stand es mit dem Rückgang der Truppensendungen. Und all' dem gegenüber das ungeheure Wachstum der Bedürfnisse! Die Erweiterung des Kriegsschauplatzes und die Verstärkung des Gegners nötigten den König, seine Offensive statt mit einer, mit mehreren Armeen fortzusetzen, und wenn er auch nicht, wie er gegen Ende des Jahres 1630 in vorgreifendem Ungestüm berechnet hatte, im laufenden Jahr fünf Heere ins Feld brachte, so sah er sich doch seit der Einnahme von Frankfurt und Landsberg vor der Notwendigkeit, mindestens nach drei Seiten hin schlagfertige Streitkräfte operieren zu lassen: in der Mitte wollte er die Hauptarmee gegen Magdeburg führen, zur Linken mußte von den gewonnenen Oderplätzen aus ein Corps gegen Schlesien, sei es offensiv, sei es defensiv, Front machen, zur Rechten hatte ein anderes Corps durch Einnahme von Greifswald die Eroberung Vorpommerns zu vollenden und dann die Unterwerfung Mecklenburgs durchzuführen, ganz abgesehen davon daß er auch bereits die Heimsuchung des Feindes im Wesergebiet, beginnend in dem Bremer Erzstift, ins Auge gefaßt hatte. Zu solchen Unternehmungen mußten aber die Truppen weit über den Bestand, den sie zu Ausgang des Jahres 1630 erreicht hatten, und weit über das Maß, welches der sparsame

¹⁾ Ueber Gustav Adolfs Bundespläne und Bundesverhandlungen vgl. meinen Aufsatz in den Göttinger Gelehrten Anzeigen 1905, S. 196. Hiernach ist der S. 465 dieses Werkes gedruckte Satz, daß die Dauer der von Gustav Adolf mit den protestantischen Fürsten geschlossenen Bündnisse nach Erreichung der Bundeszwecke abgemessen worden sei, zu streichen.

²⁾ Nach Arkif III Anh. S. 153 die Summe von 3 126 937 Reichsthalern, welche der Herausgeber (Vorr. S. 43) auf 9 096 256 „weiße Thaler“ berechnet, während die Gesamteinnahme sich auf 13 072 071 weiße Thaler beliefen (S. 40).

³⁾ 1 306 727 Reichsthaler nach Abzug der französischen und spanischen Subsidien (Arkif III Anh. S. 155).

⁴⁾ 662, 439; davon abzuziehen 186 000 Reichsthaler französischer und staatlicher Subsidien (a. a. D. S. 155).

Nachschub aus Schweden einhielt, vermehrt werden, und vollends mußten die Mittel zum Unterhalt derselben über die dürftigen Beträge der schwedischen Sendungen und der französisch-niederländischen Hilfsgelder erhöht werden.

Um diesen Erfordernissen gerecht zu werden, sah der König keinen anderen Ausweg, als den, daß er vornehmlich nicht mehr in Schweden, sondern in Deutschland die Mittel seiner Kriegsführung suchte. Von Deutschland aus setzte er ein gewaltiges Werbesystem ins Werk, bei dem die Söldner zwar auch aus den Nachbarlanden, besonders aus England und Schottland, vor allem aber aus deutschen Plätzen herangezogen wurden; in Deutschland sodann trat er, da es galt, die Mittel des Unterhalts der Armee zusammenzubringen, ohne weitere Rücksichten in die Spuren Wallensteins: als er z. B. seit Februar 1631 seine Truppen, soweit sie im offenen Felde nicht mehr verwandt wurden, nach und nach zu kurzer Rast in Pommern, der Ucker- und Neumark und den östlichen Grenzgebieten von Mecklenburg in die Winterquartiere verteilte und dabei, wie schon bemerkt (S. 471), die Einwohner zur Unterhaltung der Truppen heranzog, stellte auch er als durchgehenden Maßstab eine Geldleistung auf, die für die Reiter ein Viertel des Monatsoldes betrug. Das schien im Verhältnis zu den Forderungen der Kaiserlichen fürs erste allerdings noch recht bescheiden; allein Gustav Adolf mußte die Anlage alsbald zu verdoppeln, indem er die zusammengesmolzenen Regimenter als vollzählig rechnete und darnach den Reitern zum größten Teil je zwei Quartiere zuweisen ließ, indem er ferner für die Musterungen, die über die einzelnen Truppenkörper nach Vornahme der Ergänzungswerbungen abzuhalten waren, wiederum die Zahlung von zwei Reichsthalern auf den Mann verordnete.¹⁾ Daneben hatte er ja auch in Pommern bereits den Anfang mit der Auflage von Steuern in rundem Betrag gemacht (S. 465). Das schlimmste war, daß die Verwandtschaft mit Wallensteins Verfahren sich auch auf die formlosen Erpressungen ausdehnte. Die Reiterei, so mußte der König selber im Hinblick auf seinen Geldmangel am 1. Mai 1631 gestehen, hat seit einigen Monaten nur vom Raub gelebt.

Nicht geringer, als diese finanziellen, waren die politischen Schwierigkeiten. Eben jetzt, da der König im Begriffe war, den Feldzug zum Entsatze Magdeburgs anzutreten, kam ihm, wie schon bemerkt (S. 480), alles darauf an, unter den mit den protestantischen Ständen geplanten Bündnissen das mit Kurbrandenburg und Sachsen abzuschließen, und zwar aus dem dreifachen Grunde, weil der Vorgang der beiden Kurfürsten die übrigen Stände nach sich zu ziehen versprach, weil er für den vorstehenden Feldzug ihre Lande als militärischen Rückhalt benutzen mußte, und endlich, weil er der Verstärkung seiner eigenen Streitkräfte bedürftig war. An eigenen Truppen hatte er nämlich nach Absonderung der nötigen Besatzungen und selbständig operierenden Abteilungen nur 15700 Mann ins Feld führen können, eine Streitmacht, mit der er gegen die viel stärkere Armee, mit der Tilly vor Magdeburg lag, nicht angehen zu können

¹⁾ Vgl. S. 471 Anm. 1. Ferner Arkiv III Anh. n. 1050, 1051; S. 342, 344. Der in n. 1050 befindliche Ansat von 1961 Reichsthalern = $\frac{1}{4}$ Monatssolde für die Compagnie wird bestätigt durch die in n. 959 S. 173 (links Z. 10 fg.) befindlichen Ansätze, welche 3922 Reichsthaler = $\frac{1}{2}$ Monatssolde auf die Compagnie ergeben.

glaubte. Er brauchte also Verstärkung, und diese erwartete er zwar nicht von den zwei defekten Fußregimentern und den paar Hundert Reitern des Kurfürsten von Brandenburg, wohl aber von der in der Bildung begriffenen kursächsischen Armee.

Aber den Bundesanträgen des Königs widerstanden jetzt, nach den Leipziger Beschlüssen, der brandenburgische wie der sächsische Kurfürst erst recht: sie wollten beide keine Unterwerfung unter die schwedische Diktatur, und der erstere hatte außerdem Pommern, als das ihm zustehende Erbe, gegen den König zu verteidigen. Also gleich beim Antritt seines Feldzuges sah sich Gustav Adolf einem zähen Widerstand der eigenen Glaubensgenossen gegenüber. Da entsprach es seiner Natur, daß er zur Anwendung des Zwanges schritt, — zunächst gegen seinen brandenburgischen Schwager. Von der festen Stellung, die er seit der Einnahme von Frankfurt und Landsberg auf brandenburgischem Boden gewonnen hatte, bewegte er sich mit Beginn des Monats Mai, zugleich unterhandelnd und seine Streitkräfte vorschiebend, gegen die kurfürstliche Residenz. Es war eine Drohung mit offener Gewalt, und so rasch glaubte er auch ihre Wirkung zu sehen, daß er am 4. Mai seinem Kanzler schrieb: wir sind im Werk, mit dem Kurfürsten ein Bündnis nach Art des mit Pommern geschlossenen aufzurichten. Er rechnete dabei auf den Umstand, daß die Räte Göze und Knefbeck, die ihren Herrn damals zu einer scharf antikaiserlichen Politik drängten (S. 461), allerdings geneigt waren, ein derartiges Bündnis — berechnet auf unbegrenzte Dauer, auf militärische und politische Diktatur des Königs und Tributpflichtigkeit des Kurfürsten — zu bewilligen, wenn nur dadurch dem Kurfürsten die Erbschaft Pommerns gerettet würde. Indes, abgesehen davon, daß dieser Vorbehalt dem Könige vielmehr Anlaß gab, sein Verlangen nach Pommern, mindestens den besten Küstenplätzen, offen zu bekennen, es zeigte sich auch, daß Georg Wilhelm selber doch mehr an den Grundsätzen seines abwesenden Rates Schwarzenberg, als an denjenigen der jetzt vormaltenden Räte festhielt. Für seine Person beharrte er gegenüber dem Ansinnen des Königs auf einem so hartnäckigen Widerstand, daß dieser sich schließlich zu einer Unterscheidung verstand zwischen dem, was sofort zu erlangen und dem, was einstweilen zu verschieben war. Verschieben wollte er den Abschluß des Bundes, aber sofort sollte ihm die Verfügung über die dem Kurfürsten noch übrigen Festungen zu Durchzug und Rückzug, zu Besetzung oder Mitbesetzung eingeräumt werden. Und während er diese Forderung verfocht, hatte er seine Truppen schon bis Köpenick vorgeschoben, bereit, bei längerem Widerstand sich auf eigene Hand Befriedigung zu schaffen. Da verstand sich denn der Kurfürst zu einem am 14. Mai geschlossenen Abkommen, das von den ihm noch übrigen Festungen wenigstens die beiden wichtigsten, Küstrin und Spandau, preisgab, aber, soweit es sich um letzteren Platz handelte, doch nur bis zum Entsatz Magdeburgs, oder bis der König ihn sonst zur Deckung seines Rückzugs nicht mehr nötig habe, gelten sollte. Spandau, als unentbehrlicher Havelpaß, wurde ihm, ähnlich wie Frankfurt und Landsberg, zur völligen Besetzung überlassen, in Küstrin wurde der brandenburgische Kommandant verpflichtet, sich dem für Pommern und die Neumark bestellten königlichen Feldherrn unterzuordnen und im Fall der Not schwedische Truppen aufzunehmen.

Mit seinem Hauptquartier bei Spandau und Potsdam verweilend, trat nun der König in die zweite Verhandlung mit Kurachsen ein, die sich von vornherein ungleich wichtiger und ungleich schwieriger gestalten mußte: wichtiger, weil dieser Kurfürst eine wirkliche kleine Armee zu bilden im Begriffe war und also nicht bloß gute Positionen, sondern starke Truppenhülfe gewähren konnte, schwieriger, weil Johann Georg dem offenen Bruch mit dem Kaiser und dem Kriegsbündnis mit dem fremden König nach seiner ganzen bisherigen Politik noch aufs hartnäckigste widerstrebte. So ließen denn auch diese Anknüpfungen sich alsbald äußerst schwierig an. Noch stand man aber erst in ihren Anfängen, als sie durch einen furchtbaren Zwischenfall überholt wurden: es kam die Botschaft, daß am 20. Mai die Festung, deren Entsatz eben das nächste Ziel aller Vorschläge und des angetretenen Feldzuges war, gefallen sei.

Die Belagerung Magdeburgs war seit Anfang April von Tilly mit aller Kraft seiner vereinten Armee fortgeführt; bis Mitte Mai hatte er die Belagerten in die innere Umwallung der Altstadt eingezwängt, die Laufgräben bis in die Wälle getrieben und die Vorbereitungen zum Sturm in Angriff genommen. In der Stadt selber war inzwischen die Zahl der Soldtruppen auf etwa 2000 Mann zurückgegangen, neben denen allerdings eine Bürgermiliz von etwa 5000 Mann kämpfte, aber gerade diese unter dem drückenden Gefühl der Uebermacht des Bedrängers und des bereits eintretenden Mangels an Munition. In dieser Lage stellte eine zuerst am 4. Mai ergangene Aufforderung Tillys die Stadt vor die Wahl der Uebergabe oder des äußersten Widerstandes. Begründete Hoffnung auf erfolgreiche Abwehr konnten damals die Einsichtigen kaum mehr hegen, und bei den gräßlichen Folgen der Erstürmung einer Stadt, besonders wenn die gesamte Bürgerschaft an dem Kampfe beteiligt war, gehörte eine fast übermenschliche Entschlossenheit dazu, um dennoch im Kampfe zu beharren. Aber diesen grimmigen Mut besaß vor allem der schwedische Kommandant Falkenberg, und die gleiche Stimmung, allerdings mit mehr oder weniger Täuschungen vermischt, wurde auch noch unter den von ihren Predigern angefeuerten Massen erhalten. Ihnen gegenüber bildeten die meist den höheren Klassen Angehörigen, die zur Ergebung rieten, eine geschmähte und verdächtige Minderheit. So gingen denn nochmals vierzehn Tage unter weiteren Kämpfen dahin. Aber als nun Tilly am 18. Mai eine letzte Aufforderung ergehen ließ, kündigte sich eine Wendung an; es begann im Rat die Stimme der zur Kapitulation Ratenden durchzudringen, nur daß in diesen letzten Stunden die noch andauernden Schwankungen und die Gegenwirkungen Falkenbergs einen kostbaren Tag dahin gehen ließen; erst am folgenden Tag, am 20. Mai um 4 Uhr morgens, trat der Rat abermals zusammen, um nochmals mit Falkenberg über die Ergebung zu handeln. Da aber war der Moment des Unterhandelns verfäumt.

Am Abend des 19. Mai hatte Tilly, nicht ohne schwere Bedenken, seine Zustimmung dazu gegeben, daß in der folgenden Morgenstunde, wann die zusammengeschmolzene Besatzung Ruhe von der Nachtwache suche, der Sturm gewagt werden solle. Die entscheidende Aktion fiel dabei dem Draufgänger in Tillys Heer, dem Feldmarschall Pappenheim zu, welcher an der Nordseite der am linken Elbufer sich herabziehenden Stadt befehligte. Als der um sieben Uhr

seine Truppen gegen ein vorgeschobenes Bollwerk, dann den dahinter aufsteigenden Hauptwall anstürmen ließ, gelang es im ersten Anlauf, an die überraschte Besatzung heranzukommen und die Höhe zu erreichen. Aber wie es nun galt, die gewonnene Stellung zu behaupten und durch das dahinter gelegene „Stüdtor“ in das enge Straßengewirre einzudringen, und wie darüber Falkenberg vom Rathhaus mit zwei Compagnien seiner Söldner herbeieilte, um persönlich die Abwehr zu leiten, gab es einen harten Kampf. Falkenberg selber fiel schon im Beginne desselben; Soldaten und Bürger aber hielten die Pappenheimer, welche schwere Verluste erlitten, in einem zweistündigen Straßenkampf am Rande der Stadt auf, bis der Feldmarschall größere Reitermassen über Gräben und Wälle brachte und gegen neun Uhr damit einbrach. Gleich nachher gelang es auch den am Süd- und Westende Stürmenden, den Eingang zu erzwingen, und da war denn die Entscheidung im wesentlichen gefallen. Noch freilich kostete es Pappenheim einen weiteren zweistündigen Kampf, um sich der Länge nach durch die Stadt, bis zum südlichen Ende seinen Weg zu bahnen. Aber da, wie nun die wild gewordenen Söldner sich in die Straßen und Häuser ergossen, und die Raserei des Blutdurstes, der Wollust und vor allem der Raubgier gegen die Besiegten ausbrach, kam eine neue Katastrophe über Sieger und Besiegte zugleich. In der Zeit, da die Reiter Pappenheims den Angreifern Luft machten, brachen auf dem Weg der vordringenden Truppen, also in dem nördlichen Teil der Stadt, mehrere Feuersbrünste aus. An Löschen wurde in der Wut des Kampfes nicht gedacht. Da aber das Feuer nicht einen, sondern mehrere Herde hatte, und ein sich erhebender Nordoststurm die Flammen nach Süden und Westen weiter trieb, sahen die plündernden Soldaten sich plötzlich ihre Beute von einem schrecklicheren Feinde streitig gemacht; der Brand griff derart um sich, daß bis zur Mittagstunde fast die ganze Stadt in Flammen stand, nur einige Häusergruppen, darunter die Domkirche, konnten gerettet werden. Das Grauenhafteste war, daß der größere Teil der Einwohner, die in Kellern und Böden Rettung vor den Soldaten gesucht hatten, der Erstückung oder Verbrennung zum Opfer wurden; auch die Zahl der Soldaten, welche bei Raub oder Ausschweifungen von den Flammen überrascht wurden, war keineswegs gering. Es war eine Katastrophe, ähnlich der, welche man in Deutschland vor 45 Jahren in Neuß erlebt hatte (II 19), jedoch mit dem Unterschied, daß Neuß eine kleine Stadt war, Magdeburg dagegen mit etwa 30 000 Einwohnern als Großstadt galt. War es Zufall oder beabsichtigte Brandstiftung, was das Entsetzliche herbeigeführt hatte? und wenn letztere vorlag, waren die Eroberer oder die Verteidiger, vielleicht gar Falkenberg selbst, die Schuldigen? Jede dieser Möglichkeiten wurde alsbald als Thatsache behauptet, aber da unter den Ausagen keine mit Sicherheit auf zuverlässige Beobachtung der Anfänge des Brandes zurückzuführen ist, so läßt eine Entscheidung sich nicht treffen.

Um so klarer liegen die Folgen des fürchterlichen Ereignisses vor. Wie kaum ein anderes, ergriff es allwärts die Gemüter. Der Grimm der deutschen Protestanten gegen die katholischen Heere und gegen die Sache, welche sie verfochten, wurde jetzt auf den Höhepunkt getrieben und fand in Tilly den wahren Gegenstand alles Abscheus, nicht freilich, ohne daß auch auf den Schwedenkönig der Vor-

wurf des versäumten Entsatzes fiel. Der aber regte dann neuen Streit auf, indem er in einer Schrift, die er ausgehen ließ, mit der kalten Selbstsucht des Eroberers die Schuld auf die protestantischen Kurfürsten und vor allem auf die unglücklichen Magdeburger wälzte, auf ihren Geiz, ihre Mäthzigkeit und das ungestörte Treiben der Verräter. Aber nicht nur Erbitterung und Streit, sondern auch eine tiefgreifende Veränderung der Kriegspläne stellte sich als Folge ein. Gustav Adolf hielt natürlich in seinem Zug zum Entsatze der Stadt ein, ja er bereitete sich sogar zum Rückzug auf die Oderlinie, unter den Schutz der dort gewonnenen Festungen, vor. Tilly dagegen, der in Magdeburg einen für offensive wie defensive Kriegsführung gleich geeigneten, auch mit Vorräten noch leidlich versehenen Stützpunkt hatte gewinnen wollen, fand sich nur im Besitz einer verpesteten Trümmerstätte, in der seines Bleibens nicht war. Wohin also sollte er sich wenden? Wenn er, so rechnete er, im Gefühl des eben errungenen Sieges auf Gustav Adolf losgehe, so werde dieser in unangreifbare Stellungen hinter der Havel oder der Oder zurückweichen, es werde außerdem seine Armee, die ja bei der mangelhaften Zufuhr von der Hand in den Mund leben mußte, in dem ausgezogenen Brandenburgischen keinen Unterhalt finden. Und so suchte er seine nächste Aufgabe in der Zerstörung der kriegerischen Rüstungen, die in Kurachsen, Hessen und Thüringen neue Feinde ins Feld führen mußten. Hätte er dabei nach eigenem Ermessen handeln können, so würde er sich ohne weiteres gegen die stärksten Zurüstungen in Sachsen gewandt haben, um seine Flanke gegen eine Streitmacht zu sichern, die früher oder später zum Zusammenwirken mit Schweden angewiesen war. Hier jedoch traten ihm seine Kriegsherren, mit besonderer Angstlichkeit Kurfürst Maximilian, in den Weg: sie untersagten es, den noch nicht vollzogenen Bruch mit dem alten Freunde gewaltsam herbeizuführen. Da blieb denn als zweitstärkster Gegner nur noch der Landgraf Wilhelm nebst den ihm befreundeten sächsischen Herzögen übrig. Gegen sie wandte sich Tilly, indem er vom 3. Juni ab mit der Hauptmasse seiner Armee langsam nach Mühlhausen, auf die Grenzscheide zwischen Hessen und Thüringen, zog und hier die Genehmigung des Kaisers und des bairischen Kurfürsten für den Einmarsch abwartete. Diese wurde nun freilich erteilt, und zwar vom Kurfürsten um so bereitwilliger, da seinem alten Verlangen, daß sich Tilly hülfsbereit in der Nähe der rheinischen und oberländischen Ligastände halten müsse, Rechnung getragen wurde. Aber mit dem Abwarten derselben ging kostbare Zeit verloren, und es kam der Anfang des Monats Juli heran, bis Tilly einige streifende Truppen ins hessische Werragebiet vorschicken konnte.

Sehr verschieden war die Wirkung dieses Vorgehens. In Sachsen-Weimar verlor auf Tillys erste Demonstrationen der Herzog Wilhelm den Mut, floh unter den Schutz des Kurfürsten von Sachsen, löste seine Truppen auf und sah zu, wie seine Brüder zwei Tillysche Regimenter in Quartier nahmen. In Hessen dagegen wagte Landgraf Wilhelm, das Ansinnen Tillys auf Entlassung seiner Truppen und Aufnahme fünf kaiserlicher Regimenter mit herausforderndem Trotz zu beantworten, obgleich er nur über ein Regiment Infanterie und ein paar Hundert Reiter verfügte und daneben auf seine beiden Festungen Kassel und Ziegenhain rechnen konnte. Was ihm den Mut zu diesem Widerstand gab,

war der Umstand, daß Gustav Adolf inzwischen neue Kräfte gesammelt und eine neue Bewegung vollführt hatte.

Während der König in seinem Lager zu Spandau vorläufig stehen geblieben war, hatte er vor allem wieder auf den Angelpunkt seiner deutschen Bundesbestrebungen, nämlich auf das Verhältnis zu den beiden protestantischen Kurfürsten, zurückgegriffen. Dem mächtigeren von ihnen, dem Kurfürsten von Sachsen, konnte er freilich fürs erste nicht beikommen; aber der seiner Uebermacht preisgegebene brandenburgische Kurfürst sollte nunmehr zu dem vorläufig zurückgestellten Eintritt in das schwedische Bündnis genötigt werden. Neue Verhandlungen darüber begann er am 22. Mai, noch gerade bevor der Fall Magdeburgs kund wurde, und führte sie weiter bis zum 20. Juni. Auch diesmal gestaltete sich die Auseinandersetzung äußerst schwierig und zugleich höchst gereizt. War es die Empfindung, daß er gerade jetzt keinen neuen Fehlschlag erleiden dürfe, oder war es die Erbitterung über den Gang der Magdeburger Dinge? — genug, so herrisch und heftig, wie jetzt gegen seinen Schwager, hatte er sich noch keinem deutschen Fürsten gegenüber gezeigt. Von Anfang an stellte er die Verhandlungen auf das Wort, daß er mit Brandenburg entweder Bündnis oder offenen Krieg haben wolle, und den Schluß des Hin- und Herredens führte er endlich herbei, indem er mit seinen Truppen zur Einnahme Berlins aufbrach und dem Kurfürsten sagen ließ, wenn er Widerstand finde, so wolle er an dem Blutbad und der unvermeidlichen Plünderung vor Gott entschuldigt sein. Indes, auch der Kurfürst, doppelt gereizt durch die auch jetzt wieder durchscheinende Absicht des Königs, ihm Pommern zu entreißen, und bestärkt durch die während der Verhandlungen eintreffende Botschaft des sächsischen Kurfürsten, daß er das Bündnis mit Schweden verwerfe, bewährte eine Zähigkeit passiven Widerstandes, vor welcher am Ende der König auf den Abschluß des förmlichen Bündnisses doch wieder verzichten mußte. Allerdings was er dem Kurfürsten, in einem am 20. Juni zustande kommenden Vertrag, abzwang, war weitreichend genug. Nicht nur daß die vorigen Zugeständnisse betreffend Spandau und Küstrin jetzt auf die ganze Dauer des Krieges erstreckt wurden, der Kurfürst mußte auch zugeben, daß seine Lande, aus denen Tilly sich nichts mehr herauszupressen getraute, auf sechs Monate unter zehn schwedische Regimenter in zehn Kontributionsbezirke geteilt werden, und jeder Bezirk monatlich 3000 Reichsthaler erlegen sollte: ein Tribut, den Gustav Adolf bei der definitiven¹⁾ Festsetzung noch wesentlich heraufsetzte.

Nachdem also die brandenburgischen Lande von Gustav Adolf noch gründlicher unterjocht waren, als früher von Wallenstein, und der Kurfürst thatsächlich dem Leipziger Verband entzogen war, konnte der König den nötig gewordenen neuen Feldzugsplan in Angriff nehmen. Hier wandten seine Blicke sich wieder nach Norden. Er gedachte, vor allem dasjenige, was durch den aufgenötigten Zug nach Magdeburg unterbrochen war, nämlich die Gewinnung einer militärischen Basis an den Küstenlanden, zu vollenden. Die Odermündungen und die ganze

¹⁾ Diese erfolgte nicht sogleich (Kreyschmar S. 314 Z. 8 v. u., Arkif I n. 336 S. 458 Art. 4; S. 461 Art. 13), sondern erst am 10. Sept. (Traktat V 1 S. 507).

Oberlinie bis nach Frankfurt und Krossen hatte er gewonnen, aber der Weg nach der unteren Elbe und vollends nach den Wesermündungen war ihm durch den Feind noch gesperrt. In dieser Richtung nun eröffnete sich ihm eben jetzt eine doppelte Aussicht: auf Mecklenburg und auf das Erzstift Bremen. Zur Verwendung gegen Mecklenburg wurde die von Alte Tott geführte Heeresabteilung, als am 25. Juni die Stadt Greifswald kapitulieren mußte, frei, daneben stand eine wegen des Namens, unter dem sie focht, nicht unverächtliche kleine Hülfsstruppe in Aussicht, da die beiden mecklenburgische Herzöge, die von jeher mit Gustav Adolf in Verbindung gestanden hatten, im Werke waren, unter dem Schutze der Reichsstadt Lübeck einige Söldnerhaufen zur Wiedergewinnung ihres Landes anzuwerben.

Gleichzeitig mit ihnen machte sich der Administrator von Bremen, der holsteinische Johann Friedrich, der aus seinen Stiftslanden unter den Schutze der Stadt Bremen hatte zurückweichen müssen (S. 427), zur Rückgewinnung seines Erzstiftes auf, fürs erste freilich nicht mit übereilten Kriegsrüstungen, sondern mit politischen Unterhandlungen. Er schloß, als erster nach dem Herzog von Pommern, mit dem schwedischen Bevollmächtigten Adler Salvius ein nachher von Gustav Adolf ratifiziertes Bündnis (3. Juli). Hier wurde als nächster Zweck die Rückführung des Erzstiftes in den Stand von 1618 bezeichnet, zu erzielen durch gemeinsame Kriegführung beiderseitiger Truppen. Als weiterer Zweck wurde, wie in dem hessischen Bundesentwurf (S. 471), der große Krieg des Königs, zu dem der Administrator nach Befreiung seines Stiftes Truppenhilfe zu leisten hatte, aufgestellt, und da durfte denn auch, wie in jenem Entwurf, die Bestimmung über die eventuell beiderseitig zu machenden und beiderseitig zu verbürgenden Eroberungen, und vollends die Bestimmung über des Königs „absolute Direktion dieses Bundes und des Bundeskrieges“, mit Einschluß der freien militärischen Verfügung über das Land und seine festen Plätze, nicht fehlen: geradezu als Schutzherrlichkeit (*clientela*) wurde des Königs Verhältnis zum Administrator bezeichnet, und diesem auferlegt, des Königs Nutzen zu fördern und Schaden abzuwehren, wie es dem getreuen Schutzbefohlenen geziemt. Merkwürdiger Weise war nur eines, sei es in der Eile vergessen, sei es wegen der beschränkten Rechte des Administrators als bloßen Wahlfürsten übergangen, was Gustav Adolf sonst als wesentlichen Punkt seiner deutschen Bündnisse ansah (S. 487 Anm. 1), nämlich die immerwährende Dauer des Bundes.

Mit gehobenem Mut konnte so der König dem Tag entgegensehen, da seine Macht sich durch Mecklenburg bis an die untere Elbe, von da durch die Bremer Stiftslande bis an die Wesermündungen erstrecken werde. Da galt es ihm denn zunächst, die in diesen Gebieten sich noch haltenden katholischen Besatzungen sowohl von der Hauptarmee Tillys, die in Mühlhausen, wie von einem besondern Corps Pappenheims und Mansfelds, das bei Magdeburg stand, abzuschneiden. Noch immer waren seine für solche Bewegungen verfügbaren Truppen spärlich bemessen, und nur langsam stellten sich die angeordneten Verstärkungen ein, die beiden massenhaftesten — nämlich ein auf 7500 Mann geschätzter Zuzug aus Schweden, der im Geleit der Gemahlin des Königs kam, und ein in England und Schottland vom Marquis von Hamilton geworbenes Corps von angeblich 6—7000 Mann, das gegen die Bremer Stiftslande bestimmt wurde, statt dessen

aber seine Fahrt nach der Ostseeküste nahm — trafen erst im Juli und im August ein. Ohne jedoch mit ängstlichem Warten Zeit zu verlieren, nahm er am 3. Juli in Spandau seine Reiterei und einiges Fußvolk zusammen, scheuchte Pappenheim'sche Truppen, die sich vorgewagt hatten, in die feste Stellung bei Magdeburg zurück, bemächtigte sich Tangermündes und ließ von dort seine Truppen sich auf das linke Elbufer in die Altmark ergießen. Einige Tage später ging sein General Banér mit dem Rest des verfügbaren Fußvolkes auf Havelberg los und nahm am 22. Juli auch diesen viel begehrten Elb- und Havelpaß. Gleichzeitig ging er selber auf dem linken Elbufer nach Werben hinab, wo er nun ein festes Lager schlug, ebenso bereit, in defensiver Haltung seine Kräfte zu sammeln, wie angreifend nach jeder Seite vorzubrechen, wo dem Feind Abbruch geschehen konnte.

Diese drohende Bewegung war es, welche Tilly nötigte, von seinen Plänen gegen den Landgrafen Wilhelm abzustehen. Am 19. Juli brach er von Mühlhausen auf, um dem König entgegenzutreten, vor allem ihm den Weg die Elbe aufwärts oder nach dem Wesergebiet zu verschließen. Am 27. Juli sammelte er seine Streitkräfte bei Wolmirstedt, nördlich von Magdeburg, auf dem linken Elbufer, und an demselben Tag hatten auch schon drei seiner in der Vorhut befindlichen Kavallerieregimenter mit der zum Refognoszieren vorgegangenen Reiterei Gustav Adolfs ein höchst unglückliches Zusammentreffen bei dem Dorfe Burgstall. Ohne sich indes dadurch zurückhalten zu lassen, drang Tilly weiter vor: am 5. August stand er in Schlachtordnung vor dem schwedischen Lager von Werben. Allein zum Wagnis einer Schlacht fühlte sich Gustav Adolf, dessen zusammengezogene Truppen erst 15 000 Mann zählten, noch keineswegs stark genug, während Tilly die Schlacht durch einen ernsthaften Angriff auf das Lager zu erzwingen, ebenso wenig wagte, zumal auch er von der aus Italien nach Süddeutschland herangezogenen Armee Verstärkungen erwartete. Und so, indem Tilly auf Tangermünde, dann Wolmirstedt zurückging, trat noch einmal eine sechswochentliche Frist ein, ausgefüllt mit Manövern zur Festhaltung des Gegners, mit militärischen und politischen Vorbereitungen zur Stärkung der beiderseitigen Kräfte für die herannahende Entscheidung.

Unter den politischen Vorbereitungen war für Gustav Adolf von besonderer Wichtigkeit der endliche Abschluß des Bündnisses mit Hessen-Kassel. Landgraf Wilhelm, sobald er sich vom Druck der Nähe Tillys frei fühlte, war selber in das Lager von Werben geeilt und hier, in persönlicher Verhandlung, setzte er es durch, daß in den harten Bestimmungen des Bundesentwurfs (S. 469) wenigstens einige Milderungen eintraten. Die vom König beanspruchte Direktion der hessischen Bundeskasse fiel weg, und unter Wahrung des unbeschränkten Oberbefehls des Königs über alle Streitkräfte und die gesamte Kriegführung wurde doch die besondere Bestimmung hinsichtlich des stellvertretenden Kommandanten, den der König dem hessischen Bundescorps vorsezen wollte, dahin geändert, daß dieser Stellvertreter des Königs eben der Landgraf selbst sein solle, das Bundescorps aber, welches er aus eigenen Mitteln aufzustellen und zu unterhalten hatte, sich auf mindestens 10 000 Mann belaufen müsse, eine Bestimmung, die einige Tage nachher noch wesentlich erweitert wurde, indem der König den Landgrafen

zum General der in den rheinischen Kreisen zu werbenden Truppen bestellte. Im übrigen wurde auch hier, wenn auch nicht in so starken Ausdrücken, wie in dem bremischen Vertrag, die Schutzherrlichkeit des Königs festgesetzt, und vor allem das Bündnis nicht als ein zeitweiliges, sondern ein „beständiges, unauflösliches“ abgeschlossen (22. August).

In eine Verhandlung entgegengesetzter Art trat gleichzeitig Tilly mit dem Kurfürsten von Sachsen ein. Nach wie vor sah der General in den sächsischen Rüstungen die größte Gefahr; er fand sich durch sie in der Seite nicht minder bedroht, als durch die Bewegungen Gustav Adolfs in der Front. Auf sein fortgesetztes Drängen, daß die Rücksichten gegen den Kurfürsten zur Seite gesetzt werden müßten, hatte denn auch endlich am 23. Juli, nicht zwar der Kurfürst Maximilian, wohl aber der Kaiser den Auftrag von sich gegeben, noch einen letzten Versuch zur Güte anzustellen, dann aber, wenn derselbe fehl schlage, zur Gewalt zu greifen. Darauf stellten denn am 29. August, nachdem des Kaisers Wille dem Kurfürsten vorher kund gethan war, zwei Abgeordnete Tillys, der selber sein Hauptquartier näher an die sächsische Grenze, zunächst nach Eisleben, später nach Halle verlegte, in aller Form, das Ansinnen, seine Werbungen einzustellen und seine bereits geworbenen Truppen in den Dienst des Kaisers zu überweisen, ein Ansinnen, das er noch zum letztenmal am 3. September mit Ankündigung seines bevorstehenden Einmarsches wiederholte. Er zwang also den Kurfürsten, sich endlich zu entscheiden zwischen demütigender Unterwerfung unter den Kaiser und kriegerischem Anschluß an Gustav Adolf. „Jedermann in unserer Armee,“ so bezeugte etwas später der schwedische Diplomat Salvius, „urteilte, daß er damit einen schweren Fehler beging.“ Und in der That, wenn man zurückfäh auf die Zeit, da Tilly das gewaltsame Eingreifen zuerst empfahl, d. h. auf die Tage, da der Schrecken von Magdeburgs Fall unmittelbar auf die Gemüter wirkte, und die sächsischen Rüstungen noch in ihren ersten Anfängen standen, so erschien die Maßregel verspätet, wenn man dagegen vorwärts blickte auf die im Gang befindlichen militärischen und politischen Anstalten, so konnte sie verfrüht erscheinen.

Denn wie stand es damals mit Tillys militärischen Verstärkungen? In erster Linie hatte er auf den Zuzug jener aus Italien zurückkehrenden Truppen zu rechnen, welche, wie oben erwähnt, seit April abteilungsweise am Bodensee anlangten. Aber zunächst dauerte es doch bis Anfang Juni, ehe ihr Kommandant, Graf Egon von Fürstenberg, von seinem Hauptquartier in Ravensburg aus diese Truppen zu einer aktionsfähigen Masse vereinigte, und dann hatte er vor der Vereinigung mit Tilly noch eine andere Aufgabe zu lösen: er sollte den protestantischen Ständen in Schwaben und Franken die Ausführung der Leipziger Beschlüsse legen. Als schwierig erwies sich freilich diese erste Aufgabe nicht. Nirgends fand Fürstenberg eine wirklich schlagfertige Truppe vor, nirgends wurde ein Zusammenwirken der einzelnen Stände, oder gar der ganzen Kreise erzielt. So genügte das bloße Erscheinen der kaiserlichen Regimenter, um Städte, wie Rempten und Memmingen, zur Unterwerfung zu bringen, und als dann Fürstenberg am 10. Juli bei Tübingen sich gegen die zusammengerastten Truppen des württembergischen Herzogs aufstellte, sah auch dieser sein Heil nur in einer am

11. Juli geschlossenen Kapitulation. Stehende Bedingungen dieser Kapitulationen waren: Entlassung der eigenen Truppen, Aufnahme kaiserlicher Einquartierung und schwere Monatsbeiträge in Geld für die kaiserliche Armee. Aber es waren das Triumphe, die Zeit kosteten. Erst mit Ablauf des Monats Juli konnte Fürstenberg den Fortmarsch nach Thüringen antreten, und da er auch jetzt noch, um das Werk der Unterwerfung im schwäbischen Kreis zu vollenden und im fränkischen durchzuführen, vorläufig mehr als ein Drittel seiner Armee unter dem Generalwachtmeister Aldringen zurücklassen mußte, von dem dann wieder der bairische Generalwachtmeister Graf Fugger, der neugeworbene ligistische Truppen herangeführt hatte, sich trennte, um Mainz und Fulda gegen den Landgrafen Wilhelm zu schützen, so stieß er selber in Eisleben am 31. August nur mit 42 Compagnien zu Fuß und 32 zu Pferde, angeblich etwa 10 000 Mann, zu dem kaiserlichen Feldherrn. Noch weniger günstig stand es mit der Verstärkung von Tillys Armee durch Neuwerbungen. Wohl wurde von den neu aufzustellenden Ligatruppen die Hauptmasse, nämlich zwei Fußregimenter und die gesamte Reiterei, durch den Kölner Kurfürsten in dem Operationsgebiet Tillys angeworben, und wohl regte sich auch der Kaiser, indem er neben größeren Werbungen, die er in Schlessien anstellen ließ, auch an Tilly die Patente zur Anwerbung von drei Infanterieregimentern und 2000 Reitern schickte;¹⁾ aber bis diese Truppen aufkamen, brauchte man noch geraume Zeit, ebenso wie noch kostbare Wochen vergehen mußten, bis das Corps Aldringen herankommen konnte.

Wenn hienach die militärischen Verhältnisse den übereilten Bruch mit Sachsen nicht rätlich erscheinen ließen, so legten auch die damals schwebenden politischen Verhandlungen ein versöhnliches Verhalten näher, als ein schroffes. Am 15. September 1631 wurde die Frankfurter Tagsatzung, welche einen Ausgleich über das Restitutionsedikt versuchen sollte (S. 462, 481), eröffnet. Bei den sich gegenseitig ausschließenden Voraussetzungen, unter denen beide Teile die Versammlung beschieden — die Protestanten, um einen neuen Vergleich auf Grund der Aufhebung des Ediktes, die Katholiken, um eine Verständigung über etwaige Härten in der Ausführung desselben zu unterhandeln —, vollends bei der in den letzten Monaten unablässig gestiegenen Verbitterung auf beiden Seiten, waren von vornherein die Aussichten auf ein gedeihliches Ergebnis sehr gering; nur die größte Geschmeidigkeit hätte dem Ziele näher führen können. Wenn nun aber die schon so schwer gereizten protestantischen Kurfürsten durch den Einbruch in Sachsen noch schwerer gereizt wurden, so mußten wohl die Verhandlungen erst recht zu einem leeren Schauspiel werden.

Indes, Tilly glaubte die Bedrohung seiner Flanke nicht länger ertragen zu dürfen: als auf sein Ultimatum vom 3. September die umgehende Antwort ausblieb, begann er am 5. September mit der Einnahme Merseburgs den Einbruch in die kursächsischen Lande, mit der Absicht, zunächst der Stadt Leipzig sich zu bemächtigen. Damit aber führte er in der That herbei, was Kurfürst Maxi-

¹⁾ Tilly an Maximilian, 1631 Mai 26. Die von Kurköln geworbene Infanterie bestand aus den Regimentern Einatten und Mouilly, die nach der Schlacht bei Breitenfeld in Tillys Armee erscheinen. (Heilmann II 1 S. 313.)

milian noch immer als abwendbar ansehen wollte, nämlich die Verbindung zwischen Gustav Adolf und Sachsen.

Für Gustav Adolf war diese Verbindung ein von Anfang an verfolgtes Ziel, weil er in ihr die vielleicht wesentlichste Bedingung für ein siegreiches Eindringen in das Herz Deutschlands erblickte. Und eben jetzt, da er sich den überlegenen Streitkräften Tillys gegenüber fand, war ihm die Notwendigkeit einer solchen Verstärkung vollends zum Bewußtsein gekommen. Denn trotz aller Bemühungen um Truppenzuzug belief sich die Feldarmee, die er bis Mitte September unter seiner Führung vereinigte, noch immer bloß auf rund 15700 Mann zu Fuß und 7700 Reiter, während Tillys durch Fürstenberg verstärktes Heer diesen Betrag sehr bedeutend, nach hochgegriffener Schätzung etwa um die Hälfte überbot. Ausgleichen konnte diesen Mangel nur die sächsische Armee. Denn deren im Feld verwendbare Masse war unter dem steigenden Eifer des Kurfürsten und seines Generals Arnim jetzt, ohne Einrechnung des berittenen Landesaufgebotes, auf fünf Infanterie- und fünf Reiterregimenter gestiegen. Sehr begreiflich also, daß der König die ersten Nachrichten von dem drohenden Bruch zwischen Tilly und Sachsen freudig begrüßte, daß er alsbald, am 24. August, von Werben her nach Rathenow und Brandenburg eilte, um sich der sächsischen Grenze zu nähern und dem Kurfürsten seine Hülfe darzubieten. Schon damals, also zehn Tage vor Tillys Ultimatum, war die Stimmung des Kurfürsten und seiner Räte entgegenkommender geworden. Die Hoffnung, mit der sie bei und nach dem Leipziger Tag sich getragen hatten, daß nämlich sie und ihre Genossen als starke Vermittler zwischen beide Gegner treten könnten, hatte sich bei dem kläglichen Fall ihrer Verbündeten in Franken und Schwaben und bei der nicht minder kläglichen Kapitulation des brandenburgischen Kurfürsten vor Gustav Adolf als Täuschung erwiesen, und je näher nun die Entscheidung der Waffen zwischen dem Kaiser und Gustav Adolf heranrückte, um so unerbittlicher sahen sie sich vor die Frage gestellt, ob sie dem Kaiser oder dem Schwedenkönig ihre dienende Mitwirkung gewähren sollten. Da zogen sie denn den Schluß, daß es für die Sache der deutschen Protestanten verderblicher sein werde, zum Sieg des Kaisers, als zum Triumph Gustav Adolfs zu helfen. Und so, als der König sich auf dem Weg von Rathenow nach Brandenburg befand, kam ihm bereits ein Bote des Kurfürsten entgegen, der das ersehnte Gesuch um Beistand wirklich vorbrachte.

Dies Gesuch trieb den König zum entscheidenden Entschluß. Bisher war er einer großen Schlacht, so oft sie ihm Tilly angeboten hatte, ausgewichen; jetzt wollte er das Wagnis unternehmen, sofern nur die Verbindung seiner und der sächsischen Armee zu erzielen sei. Indem er also seine verfügbaren Streitkräfte heranzog und die Verhandlungen mit Johann Georg fortsetzte, bewegte er sich nach dem sächsischen Gebiet, in der Richtung auf Wittenberg. Als er hier sein Hauptquartier aufschlug, war der offene Bruch zwischen dem Kurfürsten und Tilly wirklich vollzogen, und die sächsische Armee den Schweden bereits nach Torgau entgegengerückt. Und da kam denn am 11. September das folgenschwere Bündnis der beiden Machthaber zustande, ein Vertrag, der freilich Dank der Festigkeit des Kurfürsten von den sonstigen deutschen Bündnissen des Königs sich durch

eine viel losere Fassung unterschied. Die Verbündeten verpflichteten sich, ihre Heere zu gemeinsamer Kriegsführung zu vereinigen, zunächst zur Befreiung Sachsens, weiter bis zur Erringung des Friedens, der jedoch nur unter beiderseitiger Übereinstimmung unterhandelt und geschlossen werden durfte. Die Satzung, daß das Bündnis ein immerwährendes sein solle, kam nicht zum Ausdruck, nicht einmal, daß es die Nachkommen der beiden Herrscher verpflichten solle, wurde bestimmt. Wohl wurde dann für die Kriegsführung dem König eine „völlige Direction“ zugestanden, allein nur zur Ausführung desjenigen, was „mit einhelligem Rat beschlossen“ sei. Die eventuelle Aufnahme des Königs und seiner Truppen in die Festungen wurde auf die Plätze an der Elbe beschränkt, und andere Leistungen, als die Lieferung von Lebensmitteln und Fourage für die das sächsische Land verteidigenden Truppen wurden dem Kurfürsten nicht aufgebürdet.

Nunmehr aber überstürzten sich die Ereignisse. Erst zwei Tage waren nach Abschluß des Bündnisses verflossen, als Tilly bereits bis Leipzig vorgegangen war, und wieder zwei Tage darauf, am 15. September, mußte diese reichste Stadt des sächsischen Landes kapitulieren. An demselben Tag jedoch vereinigte sich die schwedische und die sächsische Armee, nachdem sie von der Elbe zur Mulde vorgerückt waren, bei Düben, nur noch 32 Kilometer von Leipzig entfernt; und hier nun wurde in einem Kriegsrat — merkwürdigerweise unter Vorgang des sächsischen Kurfürsten — beschlossen, eine Schlacht zu wagen. Zur Ausführung des Beschlusses marschierten die verbündeten Heere am 17. September morgens früh von dem Dorf Wölkau nach dem eine Meile nördlich von Leipzig gelegenen Dorfe Breitenfeld. Tilly war von den Bewegungen des Feindes zeitig unterrichtet, und so brach auch er am Morgen desselben Tages von Möckern, zwischen Leipzig und Breitenfeld, auf und zog mit seinem zum Gefecht geordneten Heere dem Feind entgegen. Ob es freilich zur Schlacht kommen oder bei einer großen Rekognoszierung bleiben werde, war ihm noch immer ungewiß; allein der jetzt, wie auch sonst, im entscheidenden Moment ihn ergreifende Feuereifer riß ihn derart fort, daß er von vornherein einen bedeutenden Vorteil aus der Hand gab. Eben an jenem Tag nämlich war Albringen, nachdem er seine Aufgabe in Franken gelöst hatte, dann aber durch widersprechende Anordnungen des Kurfürsten Maximilian, der ihn nach Hessen zu dem Corps Fuggers wies, und Tillys, der ihn zu sich heranrief, in verhängnisvoller Weise aufgehalten war, mit einer ansehnlichen Heeresabteilung von etwa 23 Compagnien zu Fuß und 16 zu Pferde in der Umgebung von Jena angelangt. Auf seinen Zuzug, der in wenigen Tagen erfolgen konnte, glaubte jetzt Tilly nicht warten zu sollen, obgleich nach einer sehr ungefähren, die Stärke der Kaiserlichen wohl eher über- als unterschätzenden¹⁾ Veranschlagung der beiden Heere — des schwedisch-sächsischen zu 26—27 000 Mann Infanterie und 12 700 Reitern, des kaiserlichen zu 24—25 000 Mann zu Fuß und 11 000 Mann zu Pferde — die Überlegenheit der Zahl auf Seiten seiner Gegner war.

¹⁾ Ueber den geringen Mannschaftsbestand, welchen die in der Liste bei Chemnitz I S. 209 und Arkif III S. 86 angeführten Fußregimenter Holstein, Wangler, Savelli, Goës (in der Liste „Gores“), Fürstenberg, Sachsen, Dietrichstein, Balderoni aufweisen, vgl. Heilmann II S. 283, 293 Anm.

So gerieten denn zuerst die feindlichen Streitkräfte gegen neun Uhr morgens in einem Vorpostengefichte aneinander; da aber geschah es, daß sie wie von selber zum Wagnis der großen Schlacht fortgezogen wurden. Zunächst kamen dann die spannungsvollen Stunden, in denen die Armeen sich in Schlachtordnung gegenüber stellten. Gemeinsam war beiden, daß sie die Infanteriemassen in der Mitte, die Reiterei auf beiden Flügeln aufstellten, wobei allerdings die sächsische Armee noch als besonderes Ganzes zur Linken der schwedischen stand; im übrigen traten aber die Verschiedenheiten einer älteren und neueren Taktik einander scharf gegenüber. Tilly hatte seine Truppenkörper in einer einzigen Reihe nebeneinander gestellt; Gustav Adolf hatte sie in zwei hintereinander aufgestellten Treffen gegliedert. Tillys Kavallerie teilte sich noch in die beiden Gattungen der Kürassiere und Arkebousiere, von denen die letztern, da sie mit der Arkebouse als Hauptwaffe ihren Angriff in aufgelöster Linie vollführten, ansprengend zur Abgabe eines unsicheren Schusses, zurückgaloppierend, um neu zu laden, zu einem wuchtigen Massenangriff, wie ihn die Kürassiere in geschlossenen Gliedern vollführten, nicht geeignet waren; Gustav Adolf hatte eben deshalb diese Truppe aus seinem Heer entfernt, zugleich aber seinen Kürassieren, wo es sich um die Verteidigung handelte, einen furchtbaren Rückhalt gegeben, indem er in die Intervalle zwischen ihren Regimentern Musketierabteilungen aufstellte. Der Graf Raimund von Montecuccoli, welcher der Schlacht als junger Compagnieführer beimohnte, erblickte noch später, als er seine reichen Kriegserfahrungen ordnete, in diesen beiden Maßregeln den Hauptgrund des schwedischen Siegs.¹⁾ Dazu kam weiter die schon erwähnte (S. 470/71) Überlegenheit der schwedischen Artillerie — sie antwortete, schreibt Gustav Adolf, dem Feind mit drei Schüssen auf einen —, und endlich noch die größere Beweglichkeit der schwedischen Armee, die vor allem in der Infanterie zur Geltung kam. Bei der Notwendigkeit, die Regimenter, die ja thatsächlich von höchst ungleicher Stärke waren, zu größeren und gleichartigen Körpern zusammenzufassen, hatte Tilly sein gesamtes Fußvolk, abgesehen von dem in den linken Flügel eingestellten Regiment Holstein, in vier „Bataillons“ zusammengeballt: Gustav Adolf dagegen hatte nicht weniger als sieben „Brigaden“ gebildet. Die Tillyschen Bataillons standen, die vier Endpunkte von zwei sich senkrecht schneidenden Linien bildend, im Zentrum: von den schwedischen Brigaden standen neben einander vier im ersten, drei im zweiten Treffen. Die Bataillons bewegten sich schwerfällig als geschlossene Vierecke: die Brigaden dagegen, die wieder in kleinere Einheiten gegliedert waren, konnten mannigfache Umstellungen und Frontveränderungen vornehmen.

Gegen zwei Uhr, als man die Vorbereitungen beendet hatte, waren es wieder die Kaiserlichen, welche durch einen doppelten Angriff die Lösung zur Schlacht gaben. Zuerst warf sich Pappenheim mit dem größeren Teil der auf dem linken Flügel stehenden Streitkräfte — fünf Kavallerieregimentern, dem Fußregiment Holstein und je einem Dragoner- und Kroatenregiment — auf des Gegners rechten Flügel; dann ging Tilly mit seinen Infanteriemassen, mit dem Rest der Kavallerie des linken und der gesamten Reiterei des rechten Flügels

¹⁾ Ausgewählte Schriften (Wien 1899) II S. 579, 581.

in der Weise vor, daß er seinen Stoß gegen den äußersten linken Flügel der Schweden, vornehmlich aber gegen die an denselben sich anschließende sächsische Armee richtete. In dem zweistündigen Ringen, das nun folgte, traf das Unglück die Sachsen; ihre Armee wurde fast völlig in die Flucht geschlagen. Dabei aber wurden die Streitkräfte Tillys in drei Stücke auseinander gerissen. Er selber, indem er die Sachsen zersprengte und verfolgte, war mit seiner Hauptmacht in die linke Flanke des schwedischen Heeres geraten; in der Front des schwedischen linken Flügels hatte er nur drei Reiterregimenter zurückgelassen, deren Angriff vor dem Feinde abprallte. Umgekehrt hatte sich Pappenheim, da seine Angriffe gegen die Front des Gegners abgeschlagen wurden, weiter nach links gewandt und sich also auf die rechte Flanke des schwedischen Heeres gezogen; in der Front gegen den feindlichen rechten Flügel ließ er nur das Fußregiment Holstein nebst zwei Kavallerieregimentern zurück. Diese Zerreißung gereichte Tilly zum Verderben.

Die beiden bedrohten Flanken des schwedischen Heeres, die rechte unter Baner, die linke unter Horn, formierten sich in rascher Schwenkung als geschlossene Fronten, vor denen nun die kaiserlichen Reitermassen ihre Kraft in vergeblichen Anstürmen erschöpften. Gleichzeitig marschierten aus dem schwedischen Hinterreffen zwei Infanteriebrigaden über den linken Flügel hinaus, um den Infanteriebataillonen Tillys den Weg zur weiteren Umgehung zu verlegen. So geboten die Schweden dem Vordringen des Feindes erst Halt und gingen dann ihrerseits zum Angriffe vor: auf dem linken und rechten Flügel Horn und Baner mit ihren Reitermassen, vom Zentrum Gustav Adolf selber mit Kavallerie und untermischten Musketieren gegen jene in der Front gelassenen Regimenter und die hinter ihnen aufgestellten Geschütze, etwa 28 Stücke. Den tapfersten Widerstand leistete die Infanterie; noch nach vierzig Jahren gedachte Montecuccoli des Regimentes Holstein, wie seine nicht von der Stelle weichende Masse erst durch Artillerie gesprengt werden konnte. Aber bis zum Hereinbrechen der Dunkelheit wurden die Kaiserlichen überall geworfen, und da mußte denn dem verfolgenden Feinde gegenüber die Zersplitterung ihrer Heeresteile ihnen vollends verderblich werden, zumal auch Tilly, der sich, wie gewöhnlich, dem Kampfgewühl persönlich ausgesetzt hatte, verwundet war. Die Flucht ging in drei Richtungen: nach Leipzig, nach Merseburg und nach Halle. In Halle fand auch der kranke Tilly eine erste Rast, um aber schon am 19. September vor den nachdrängenden Schweden nach Aschersleben, dann weiter nach Hörter auf die Weserlinie zurückzuweichen. Verloren hatte er die gesamte Feldartillerie nebst der ligistischen Kriegskasse, verloren waren durch Tod, Gefangenschaft und Uebertritt etwa zwei Drittel seines Fußvolkes und die Hälfte seiner Reiterei, der Rest der Truppen, den er nach und nach zu sammeln vermochte, war zum großen Teil waffenlos und demoralisiert. Es war eine Niederlage, welche mindestens zeitweilig die katholischen Streitkräfte völlig lähmte und um so betäubender wirkte, je weniger man sie nach der Kette dreizehnjähriger Erfolge Tillys erwartet hatte. Daß man im Laufe jener wenigen Stunden an einen Wendepunkt der deutschen Geschichte gelangt sei, das war denn auch das Gefühl, welches allerwärts Freund und Feind ergriff.

Am heftigsten wallte dieses Gefühl natürlich unter den bisher Unterdrückten auf, von den Bauern im Harz und in Thüringen, die sich bewaffneten, um versprengte Truppen totzuschlagen, bis zu den Fürsten und Städten, die jetzt mit steigender Zuversicht den weitem Schritten der beiden Sieger, des schwedischen Königs und des sächsischen Kurfürsten, entgegenzogen. Folgen wir diesen Schritten, und zwar zunächst dem Fortgang der kriegerischen Aktion. Schon wenige Tage nach der Schlacht, indem der Kurfürst die Stadt Leipzig, Gustav Adolf die Stadt Halle zur Ergebung nötigten, und gleichzeitig Altdringen aus den thüringischen Landen zurückwich, vollzog sich wie von selbst die Verdrängung der Kaiserlichen aus den sächsischen Landen und, abgesehen von der bis zum nächsten Januar noch behaupteten Stadt Magdeburg, aus dem Magdeburger Stift. Bald darauf trafen in rascher Folge Siegesbotschaften aus Mecklenberg und Bremen ein. Zur Wiedergewinnung ihres Herzogtums waren die mecklenburgischen Herzöge nach Vollendung ihrer Vorbereitungen (S. 494) am 27. Juli von Lübeck aufgebrochen, schon am 2. September konnten ihre und schwedische Truppen die Belagerung Rostocks beginnen, und am 16. Oktober mußte sich die Stadt ergeben. Als dann drei Monate später, am 22. Januar 1632, auch Wismar fiel, war die Rückgewinnung Mecklenburgs vollendet. Länger dauerte es mit der Vertreibung der Kaiserlichen aus dem Stift Bremen. Erst im November trat der Administrator Johann Friedrich in den offenen Kampf ein und, von Schweden nur wenig unterstützt, fand er fürs erste von Seiten der katholischen Streitkräfte, die in der Festung Stade einen starken Rückhalt besaßen, erfolgreichen Widerstand.

Unter solchen Vorgängen, nach denen wenigstens im innern Norddeutschland, östlich von der Elblinie ab, die Stellung Gustav Adolfs und seiner Verbündeten gesichert erschien, traten zu Halle am 25. und 26. September die beiden Sieger zu einem Kriegsrat zusammen. Leicht wurden sie darüber einig, daß der Sieg durch eine gegen den Sitz der feindlichen Macht gerichtete Offensive zu verfolgen sei. Auch darüber herrschte keine Meinungsverschiedenheit, daß dieser Angriff nach zwei Seiten zu führen sei: einerseits gegen Schlesien, das sich für die Kaiserlichen schon im Jahr 1627 als Basis der gegen Norddeutschland gerichteten Offensive bewährt hatte, und wo auch jetzt der Feldmarschall Tiefenbach eine kleine Armee gebildet hatte, mit der er, um Tilly die Hand zu reichen, in die Lausitz eingebrochen war, andererseits gegen das Reich, wo neben Erweiterung des eigenen Machtgebietes vor allem auch die Fest- und Niederhaltung der Armee, welche Tilly im westlichen Norddeutschland wieder zu sammeln begann, erforderlich schien. Aber bei der Frage, wie hierbei die Rollen zu verteilen seien, brach die alte Eifersucht zwischen Sachsen und Schweden wieder hervor.

Im Sinn der Sachsen sollte der König in Schlesien und die kaiserlichen Erblande einbrechen, um hier, wo der Geist des Aufstandes noch lange nicht unterdrückt, und die kriegerischen Kräfte von einer schlaffen Regierung verwahrlost waren, den Kaiser zum Frieden zu zwingen und alsdann die für Schweden erstrebten Vorteile auf Kosten des Hauses Oesterreich sich zu verschaffen. Die gleichzeitige Aufgabe des sächsischen Kurfürsten war es dann, im Innern des Reichs und auf Grund der Leipziger Beschlüsse, denen man jetzt eine ganz unerwartete Lebenskraft zuschrieb, die Protestanten gegen die Katholiken zu einigen

und die große Auseinandersetzung zwischen beiden Parteien durchzuzwingen, zur Herstellung und Erhöhung protestantischer Macht, aber auch unter Wahrung der überlieferten Reichsverfassung. Zu dem gerade entgegengesetzten Schluß führten indes die Erwägungen Gustav Adolfs: die unmittelbare Vergrößerung seines Reiches suchte er nicht etwa in Schlesien, sondern in den Reichslanden an der Ostsee und vielleicht gar noch an der Nordsee, und die mittelbare Erhöhung seiner Macht sollten ihm die Bundesverträge mit den Reichsständen einbringen. Für diese Zwecke mußte er zunächst noch die Führung des Kampfes im Innern des Reichs in seiner Hand behalten, ganz abgesehen davon, daß es ihm sehr zweifelhaft erschien, ob Sachsen, wenngleich die kaiserlichen Streitkräfte nach den österreichischen Landen abgezogen würden, dem Heer der Liga sich gewachsen zeigen werde. So setzte er die Umkehr der Aufgaben durch: die Sachsen gegen Schlesien, die Schweden gegen das Reich.

Sein erster Stoß ging gegen die als Mainzer Enklave in Thüringen liegende Stadt Erfurt. Und schon am 2. Oktober mußte diese Stadt sich für die Zeit „solange dieser Religionskrieg währen“ würde, dem König unterwerfen, eine Garnison aufnehmen und ihre Befestigungen verstärken lassen: sie wurde fortan für die schwedische Kriegführung in ähnlichem Sinne eine ins mittlere Deutschland vorgeschobene Feste, wie es für die katholischen Operationen im westlichen Norddeutschland Wolfenbüttel war. Weiterhin schien aber Gustav Adolf sich vorläufig beschränken zu wollen. Wohl auch mit Rücksicht auf die Sachsen, welche das schützende Schwedenheer nicht zu weit von sich entfernt sehen wollten, gab er's als seine Absicht kund, in Thüringen die Winterquartiere zu beziehen und nur noch die fränkischen Bistümer Würzburg und Bamberg zur Beisteuer für seine Armee zu nötigen. Indes war diese Angabe bloßer Schein, oder war es die Ohnmacht der geistlichen Fürstentümer, die ihm gleich bei seinem Vorstoß gegen Würzburg entgegentrat und ihn zu weiterem Vorgehen reizte? — genug, er blieb bei diesem Vorhaben nicht stehen. Nachdem er am 14. Oktober die Stadt und vier Tage später, nach einem leichten Sturm und scheußlicher Niedermetzelung der Besatzung, das Schloß Würzburg genommen, dann das ganze Stift unterworfen hatte, nahm er das vornehmste geistliche Fürstentum, das Kurfürstentum von Mainz, als letzten Kampfespreis für das ablaufende Jahr in Aussicht. Am 19. November brach er von Würzburg auf, am 22. wurde die erzbischöfliche Residenz Aschaffenburg ohne Widerstand besetzt, am 27. mußte die Reichsstadt Frankfurt sich zur Aufnahme einer Besatzung in Sachsenhausen und zur Gewährung freien Durchzugs verstehen, endlich am 23. Dezember wurde nach Gewinnung des linken Rheinufers die Stadt Mainz zur Uebergabe genötigt, und dann neben den Mainzer Stiftslanden die schwedische Herrschaft auch schon über benachbarte geistliche, reichsstädtische und rheinpfälzische Gebiete ausgedehnt, wie denn in der Rheinpfalz die nächst Heidelberg bedeutendste Stadt Mannheim am 8. Januar 1632 genommen wurde. In Würzburg, wo der Feldmarschall Horn mit einem Corps zurückgeblieben war, in Mainz und Frankfurt, wo der König abwechselnd Hof hielt, bereitete nunmehr die schwedische Armee, der vorläufig eine, allerdings vielfach unterbrochene Winterruhe gegönnt wurde, ihren demnächstigen Eroberungszug nach Norddeutschland vor.

In denselben Tagen war auch der jungen, bei Breitenfeld so übel erprobten sächsischen Armee ein erstaunlicher Handstreich gelungen. Als sie am 7. Oktober zu dem ihr zugewiesenen Unternehmen ausbrach und zunächst nach der Lausitz gegen Tiefenbach vorging, wich dieser nach Schlesien zurück. Da aber entsagte Arnim plötzlich dem Gedanken, ihm nach Schlesien zu folgen. Böhmisches Emigranten, voran der rastlose, aber auch mit dem vorrückenden Alter nur noch überspannter gewordene Graf Matthias von Thurn, die der Siegeslauf Gustav Adolfs nach Berlin und Dresden gezogen hatte, waren an die Verschwörerarbeit gegangen, in ihrer Heimat den Brand von 1618 neuerdings anzufachen. Mit ihren Projekten war Thurn an den schwedischen König sowohl, wie den sächsischen Kurfürsten und Arnim herangetreten und hatte dabei die Lage Böhmens, wie es von Streitkräften entblößt und von rebellischer Stimmung erfüllt sei, geschildert. War es nun diese Wehrlosigkeit des Landes, und daneben etwa die Absicht, ein selbständiges Unternehmen des abenteuerlichen Grafen Thurn zu durchkreuzen, oder war es die ängstliche Rechnung, daß der nächste Zweck der Deckung Sachsens leichter durch den Einbruch in Böhmen als in Schlesien zu erreichen sei, welche in neuen Erwägungen den Ausschlag gab? — genug, Arnim änderte im Einvernehmen mit seinem Kurfürsten plötzlich den Kriegsplan, wandte sich am 30. Oktober von Görlitz nach der Elbe und ging hier von der sächsischen Grenze her aufwärts, rechts und links sich im Leitmeritzer und Saazer Kreise ausbreitend. Sein Einbruch rief in der That einen derart um sich greifenden Schrecken und Abfall hervor, daß selbst in Prag die dortige kleine Besatzung mitsamt den Statthaltern das Weite suchte, und die sächsische Armee gegen des Feldherrn ursprüngliche Absicht sich bis zur Hauptstadt vorwagen konnte: am 15. November wurde Prag durch Kapitulation gewonnen. Weiter freilich kam Arnim nicht, da Tiefenbach herbeieilte und sich bei Rimburg, sechs Meilen östlich von Prag, in einer festen Stellung in seine Flanke legte. Einstweilen jedoch konnte das Schalten der sächsischen Besatzung in Prag als Gegenbild zu Gustav Adolfs Herrschaft in Mainz gelten.

Ueber diesen glänzenden Erfolgen wurde auch die Rückendeckung in Norddeutschland keineswegs vergessen. Während Gustav Adolfs Generale, Baner und Tott, die Erfolge an der unteren und mittleren Elbe, ersterer vor allem gegen Magdeburg und Halberstadt, letzterer gegen Mecklenburg und Bremen fortzuführen hatten, während von Hessen her der Landgraf Wilhelm sich auf die geistlichen Nachbargebiete warf, die Mainzer Stadt Fritzlar und die Hauptstadt des Bischofs von Paderborn zur Huldigung nötigte, daneben die Braunschweiger Stadt Münden der ligistischen Besatzung entriß, gewann Gustav Adolf aus den Reihen der deutschen Fürsten zwei neue Generale für neu aufzustellende Truppen-corps. Der erste war jener Herzog Wilhelm von Weimar, der den beim Herannahen Tillys verlorenen Mut (S. 492) bei der Verbindung Kursachsens mit Gustav Adolf wieder gewann. Der König, der die Dienste der deutschen Fürsten nicht entbehren konnte, trug ihm seinen Abfall nicht nach. Wie er den viel entschlosseneren jüngeren Bruder Wilhelms, den Herzog Bernhard, als Obersten über sein Garderegiment zu Pferd in seine Nähe zog, so erteilte er ihm selber am 5. Oktober den Auftrag, in den thüringischen Landen eine Armee

zu errichten, die auf fünf Regimenter zu Fuß und 20 Compagnien zu Pferd veranschlagt wurde.

Der zweite Fürst, mit dem der König in derselben Zeit in Unterhandlung stand, war der Herzog Georg von Braunschweig-Lüneburg. Nachdem dieser Welfe vier Jahre lang in Wallensteins Armee gedient hatte (S. 318), war er im Juli 1630, erbittert über persönliche Zurücksetzung sowohl, wie über die Schädigung, welche das gesamte Braunschweiger Fürstenhaus durch das Restitutionsedikt und die erzwungenen Abtretungen an Hildesheim und Tilly erlitten hatte, aus der kaiserlichen Armee ausgetreten, nicht ohne schon ein halbes Jahr vorher den Übergang in schwedischen Dienst durch Anerbietungen an Gustav Adolf vorbereitet zu haben. Nachdem dann der König ihn zunächst im November 1630 ohne bestimmten Auftrag, aber nicht ohne einen gleich bewilligten Jahresgehalt von 5000 Reichsthalern in Pflicht genommen hatte, erteilte er ihm jetzt (28. Oktober) den förmlichen Auftrag, vier Regimenter zu Fuß von je 1200 Mann und 2000 Kürassiere aufzustellen. Wie Herzog Wilhelm zunächst die Thüringer Lande zu sichern hatte, so wurde ihm die Befreiung des niedersächsischen Kreises als nächste Aufgabe zugewiesen.

Aber bei all' diesen Heereserschöpfungen fehlte eines: nämlich die erforderlichen Beträge an Geld und Waffen. Es blieb also wieder nichts übrig, als daß, wie Ferdinand kraft kaiserlicher Machtsfülle, so Gustav Adolf kraft Kriegesrechtes die benachbarten Reichslande den fürstlichen Generalen als Quartier- und Kontributionsbezirke zuwies, dem Landgrafen von Hessen z. B. in erster Linie die umliegenden westfälisch-geistlichen Gebiete von Paderborn, Münster, Osnabrück, Köln u. a., daneben auch protestantische Lande, wie die der Wetterauer und westfälischen Grafen. Der Druck der schwedischen Kriegführung wurde damit täglich schwerer, die Streitigkeiten der Generale über das jedem zukommende Ausbeutungsgebiet immer störender, und die neugebildeten Heere immer lückenhafter und räuberischer; aber der unmittelbare Erfolg war, daß in Norddeutschland, von der Oder bis über die Weser hinaus, fünf Armeen erstanden und das unbestreitbare Uebergewicht über die Gegner errangen.

Auf diese Gegner müssen wir nunmehr unser Augenmerk richten. Für Tilly war es doch ein Vorteil, daß sich Gustav Adolf mit seiner Hauptmacht immer weiter nach Süden zog. So gewann er freie Hand, um einerseits die wieder gesammelten Reste seines Heeres durch Heranziehung der vom Kölner Kurfürsten neu geworbenen Ligatruppen (S. 497) und der unter Aldringen und Fugger stehenden Regimenter zu verstärken, andererseits die also verstärkten Kräfte sowohl zur Deckung der ligistischen Lande im rheinisch-westfälischen Gebiet, als auch zur möglichsten Abwehr des Vordringens Gustav Adolfs zu verwenden. Langsam zog er unter solchen Bemühungen von Hörter durch das Hessische, dann nach Aschaffenburg ins Mainzische. Hier, wo er Ende Oktober ungefähr vier Wochen vor Gustav Adolf anlangte, schien es einen Augenblick, als ob er den Mut fassen würde, dem vordringenden Sieger ins Würzburgische hinein entgegenzugehen. Ein lothringischer Heerhaufe, von dem später noch die Rede sein wird, stieß damals zu ihm und mochte für einen Augenblick seine Zuversicht erhöhen. Allein wie er mit seinen hohen Offizieren Kriegsrat hielt, erschien doch allen im Hinblick auf

den Zustand des Heeres und besonders auch den Mangel an Proviantierung das Wagnis unmöglich. Und so, dem Feinde ausweichend, zog er südostwärts durch den fränkischen Kreis, bis er im Dezember sein Hauptquartier in Nördlingen aufschlug und von dort seine Truppen im fränkischen und schwäbischen Kreis, vornehmlich im Ansbachischen und in der Oberpfalz, in die Winterquartiere vertheilte. Die Streitkräfte, die er jetzt noch beisammen hatte, waren nicht nur durch Ueberanstrengung, sondern auch durch fortlaufende Abgaben geschwächt. Schon beim Abzug von der Weser hatte er die größere Hälfte des Ligaherres, allein sieben von den neun alten Infanterieregimentern, unter dem Generalwachtmeister Gronsfeld zur Deckung der westfälisch-niedersächsischen Gebiete zurückgelassen; zum Schutz des Mainzer Stiftes gab er wiederum den größeren Teil der ihm noch verbliebenen Ligatruppen, darunter die zwei von Kurköln neu geworbenen Fußregimenter, ab; endlich im Ansbachischen mußte er die Hauptmasse der kaiserlichen Armee zum Schutz Böhmens gegen die eingebrochenen Sachsen abziehen lassen und dazu noch den Feldmarschall Pappenheim mit einigen Truppen nach Westfalen und Niedersachsen zur Uebernahme des Oberbefehls über die dort gelassenen Truppen entsenden. Eine Verstärkung wurde ihm nur dadurch zuteil, daß Kurfürst Maximilian neben den vom letzten Ligatag beschlossenen Neuerwerbungen auf eigene Hand und eigene Kosten noch mehrere Tausend Mann angeworben hatte.

Auf beiden Seiten trat jetzt die Ruhe der Winterquartiere ein. Aber was nicht zur Ruhe kam, das waren die politischen Verhandlungen und Vertragsschlüsse.

Nur kurz brauchen wir in diesem Zusammenhang jenes von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilten Frankfurter Ausgleichstags (S. 497) zu gedenken. Noch waren dort die Parteien über die Aussprache ihrer unvereinbaren Voraussetzungen bezüglich des Gegenstandes der Verhandlung gar nicht herausgekommen, als die Nachrichten vom schwedischen Sieg, dann vom weiteren Vordringen des Siegers nach Süden eintrafen. Da fanden die Katholiken sich in Frankfurt schon nicht mehr sicher und erklärten am 13. Oktober den vorläufigen Abbruch der Unterhandlung. An die Stelle solcher nichtiger Auseinandersetzungen traten jetzt andere Verhandlungen, in denen der schwedische Sieger das Maß und die Richtung zu geben hatte. Als erstes Ziel traten dabei jene Einzelbündnisse Schwedens mit protestantischen Reichsständen hervor, die als Vorbereitungen des allgemeinen protestantischen Bundes gedacht waren, bisher aber nur in Bremen und Hessen Anklang gefunden hatten. Um sie unter den veränderten Verhältnissen nachdrücklicher zu betreiben, schickte Gustav Adolf einerseits schon in der zweiten Woche nach der Schlacht bei Breitenfeld Gesandte sowohl an die niedersächsischen Kreisstände, wie an die vornehmsten protestantischen Stände des fränkischen Kreises, um jeden dieser Kreise als Gesamtheit zu gewinnen, andererseits trat er mit neuen Einladungen an einzelne Stände heran. In ersterer Beziehung machte sich nun wohl ein frischerer Zug bemerklich. Ohne gar zu langes Zögern traten die niedersächsischen Stände im November in Hamburg, die fränkischen im November 1631 und April 1632 in Würzburg zusammen und zeigten sich grundsätzlich bereit, ihre kriegerische Hülfe zu gewähren,

wie denn die Franken eine auf achtehalb Monat verteilte Beisteuer von 72 Römermonaten bewilligten. Aber freilich bei Fassung und Ausführung derartiger Beschlüsse trat auch sofort wieder die in den Reichskreisen einheimische Schläfheit und Uneinigkeit hervor. Groß war daher der unmittelbare Nutzen, den der König aus dieser Anknüpfung zog, nicht, nur als erster Versuch, auf dem Boden der Kreisverfassung eine Verbindung zu stiften, war sie bedeutsam. Unmittelbaren Nutzen zog dagegen der König viel eher aus den Verhandlungen mit einzelnen Fürsten und Ständen.

Ein bescheidener Anfang solcher Vereinbarungen war es, daß die kleinen Fürsten von Anhalt und Sachsen-Weimar sich beeilten, durch eine Bundesakte sich an den Sieger zu fesseln; aber einen wirklichen Gewinn bedeutete es, daß die beiden Häupter des Welfenhauses, der Herzog Christian von Lüneburg und der so unbarmherzig eines Teils seiner Lande beraubte und durch die Besetzung seiner Festungen gefesselte Herzog Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel, sich nunmehr den Anträgen der schwedischen Bevollmächtigten zugänglich erwiesen. Mit dem erstern wurde eine Bundesakte vereinbart, die bereits am 16. Dezember von ihm unterzeichnet wurde und nur noch der Ratifikation des schwedischen Königs harrete; mit den Wolfenbütteler Räten wurde am 8. Dezember der Entwurf eines Bündnisses festgestellt, in dem nur noch einige Punkte weitere Verhandlungen erforderten. Daneben waren, und zwar schon seit dem Monat August, die vom König völlig abhängigen Herzöge von Mecklenburg in Bundesverhandlungen eingetreten, und wie dann der Siegeszug des Königs nach Würzburg und nach Mainz im Gange war, wurde auch von dem Markgrafen von Culmbach eine Bundesakte unterzeichnet, und mit Württemberg der Entwurf einer solchen festgestellt; auch mit den Wetterauer Grafen kam ein zunächst einseitig von diesen unterschriebenes Bündnis zu stande. Daneben wurden vom Dezember 1631 bis April 1632 mit den Städten Lübeck, Hamburg, Bremen, Braunschweig, Lüneburg, Hildesheim, Frankfurt, Ulm und Nürnberg, endlich auch am 7. Juni mit der Stadt Straßburg, Verträge geschlossen, die allerdings verschiedenartig und loser waren: die einen, wie die drei erst genannten, wurden nur zu Beisteuern, andere auch zur sofortigen oder eventuellen Aufnahme schwedischer Besatzungen, andere sogar zur Unterstellung und Vereidigung ihrer Truppen unter den König verpflichtet. Bleiben wir jedoch bei den Fürsten. In den mit ihnen vereinbarten Bundesakten hatte Gustav Adolf sich alles gewähren lassen, was das hessische Bündnis ihm gewährte: die Anerkennung seines Schutzes, die militärische und politische Diktatur, die immerwährende Dauer des Bundes. Auch die schon im Frühjahr 1631 in Aussicht genommene Fortentwicklung dieser Einzelverträge (S. 486/7) wurde jetzt vertrauensvoll vorweg genommen, indem der König in der mit den Wolfenbütteler Gesandten im Februar 1632 definitiv vereinbarten Bundesakte als „Haupt und Direktor der evangelischen Defensionsverfassung“ bezeichnet wurde. Aber da, mitten in diesem Vordringen, trat eine merkwürdige Stockung ein. Der König erteilte nur dem mit Anhalt und dem definitiv erst im März 1632 mit Mecklenburg vereinbarten Bündnis die Ratifikation, die andern Fürsten dagegen ließ er durch ihre Unterschrift sich binden, selber aber schob er die letzte Genehmigung hinaus. Wo lagen die Gründe dieses plötzlichen Zögerns?

Um sie zu finden, müssen wir die widerspruchsvolle Lage ins Auge fassen, in welche der König durch den Sturm der Ereignisse geführt wurde, wie er einerseits zu neuen Ansprüchen fortschritt, welche über das, was die Bundesverträge gewährten, weit hinausgingen, andererseits in neue Schwierigkeiten geriet, welche das, was er zu ergreifen suchte, wieder in Frage stellten.

Neue Ansprüche drängten sich dem Könige auf, als ihm infolge seines großen Sieges ganze Lande seiner Feinde als Beute zufielen, und damit die Frage der Verwendung der Eroberungen, die er bei seinen früheren Erwägungen noch im Unbestimmten gelassen hatte (S. 486), brennend wurde. Die Gier nach Ländergewinn, bis dahin wohlweislich in Schranken gehalten, brach damit offen hervor. Sie ergriff den Feuergeist des Königs, und sie drängte sich an ihn heran aus dem Kreise der zu ihm haltenden Fürsten und Stände: sie alle suchten sich unter dem Titel der Restitution, der Entschädigung, der wohl anstehenden Vergrößerung ihren Lohn zu sichern. In diesem Gedränge half sich Gustav Adolf in seiner Weise, indem er fürs erste alle Erfolge mit allen Konsequenzen ergriff. Zugrunde legte er dabei den Satz, daß jedes Gebiet, welches er dem Feinde entriß, kraft Kriegsrechtes ihm zufalle, mit sämtlichen Befugnissen der früheren Besitzer, einschließlich des kaiserlichen Oberherrn. Daß bei der einen oder anderen Eroberung einer seiner fürstlichen Bundesgenossen der Ausführende gewesen war, konnte seine Rechte nicht schmälern, denn die in den Bundesverträgen ihm vorbehaltenen absolute Direktion ließ ja überall ihn als den Urheber erscheinen. Seine Eroberung war also das protestantische Herzogtum Mecklenburg ebensowohl, wie das katholische Stift Würzburg, und von seiner Entscheidung hing es mithin auch ab, was er von den gemachten Eroberungen behalten, was er seinen Verbündeten und den früheren Besitzern zuwenden wollte, und unter welchen Vorbehalten diese Zuwendungen erfolgen sollten. Da kam denn zunächst der Erwerb des Königs. Als einen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht nur vorläufigen, sondern dauernden Gewinn hatte er längst das Herzogtum Pommern ins Auge gefaßt. Jetzt schweiften seine begehrlichen Absichten weiter längs der Meeresküste hin: die Herzöge von Mecklenburg mußten ihm in Wismar und Warnemünde bis zu den weiteren Anordnungen eines Friedensschlusses das militärische Kommando, das Recht einer Flottenstation und eines neuen Zolles einräumen, ja die Stadt Hamburg wünschte er, wenn auch vergeblich, zur förmlichen Unterwerfung zu bringen und also auch an der Nordsee festen Fuß zu fassen. Als er aber dann auch in den Binnenlanden des Reichs die Würzburger Stiftslande unterworfen hatte, nahm er von den dortigen Ständen und Unterthanen die dem Landesfürsten zustehende Erbhoheit ein; die gleiche Unterwerfung forderte er von den Stiftern Magdeburg und Halberstadt, und nach der Eroberung der Mainzer Lande nahm er als Gebieter derselben die Rechte eines Kurfürsten in Anspruch. Allerdings über diesen Erwerbungen, vornehmlich denen im Herzen des Reichs, stand ein Vorbehalt, der ihnen einen Teil des abenteuerlichen Aussehens nahm. Wir erkennen denselben z. B. in dem Bundesvertrag mit Braunschweig-Wolfenbüttel in der Bestimmung, daß der Herzog so lange zur Bundeshilfe verpflichtet ist, bis der Friede zustande kommt, und durch denselben der König entweder für seine

„Kosten, Bemühungen und Prätensionen“ Ersatz erhalten hat, oder ihm die eroberten Lande in der Hand gelassen sind. Also als Faustpfand sollten die Eroberungen dem König dienen für diejenigen Forderungen, die er beim Friedensschluß unter dem zweifachen Titel des Ersatzes der Kosten und der Belohnung seiner Mühen zu erheben gedachte.

Weiter nun der Anteil der Verbündeten und Diener des Königs! Auch hier war die Losung, zunächst herzlichst zuzugreifen und der Zukunft die definitive Regelung zu überlassen. Da trat als der Mann, der vor allem auf des Königs Erkenntlichkeit rechnen durfte, der Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel an ihn heran. Ihm wurde sein Lohn zu teil in der Form einer von Gustav Adolf am 9. März 1632 ausgestellten Zusage: zu erblichem Eigentum, so lautete sie, sollte er die Stifter Paderborn, Fulda und Corvey erhalten, und als Ersatz, für den Fall daß sich Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt mit Gustav Adolf vertragen und dann die dem Kasseler Vetter abgewonnenen Gebiete behalten sollte, wurde ihm das Stift Münster zugesprochen. In demselben Geiste wurde dem Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel in der mit des Königs Bevollmächtigten vereinbarten Bundesakte das Stift Hildesheim, und zwar nicht nur der vor alters erworbene und jüngst ihm entriessene Teil desselben (S. 421), sondern auch das stets in des Bischofs Händen gebliebene „kleine Stift“ verbürgt, dem Herzog Georg von Lüneburg wurde der erbliche Besitz des Stiftes Minden versprochen, und dem Herzog Wilhelm von Weimar auf Erfurt und das Eichsfeld wenigstens Aussicht eröffnet. Von den Fürsten kam man zu Grafen und Reichsstädten, vor allen den in Franken und Schwaben gesessenen. Für sie waren verfügbar Gebietsstücke, die man von den Stiftern Würzburg und Mainz, von den Deutschordens-Herrschaften und bald noch anderen katholischen Landen abtrennte, vornehmlich aber auch die Güter mittelbarer Stifter und Klöster. Was die letzteren anging, so verstand es sich von selbst, daß diejenigen Stände, die unter Gustav Adolfs Schutz traten, die ihnen durch das Restitutionsedikt oder Hofratsurteile entriessenen geistlichen Güter und Anstalten nach Kräften wieder an sich nahmen; aber bei solchen Rücknahmen blieb es nicht. Am 12. Januar 1632 erklärte der königliche Kanzler Fabricius in Würzburg, daß alle Klöster in Franken, deren Mönche entwichen und auf das königliche Revokationsedikt nicht zurückgekehrt seien, eingezogen werden sollten. Teils mit, teils ohne solche besondere Gründe wurden nun, wohin die siegreichen Waffen der Schweden vordrangen, Klöster, oder auch Güter und Abgaben, die auswärtigen, als Feinden angesehenen Geistlichen zustanden, in Beschlag genommen und mit vollen Händen ausgeteilt.

Bei diesem Segen wollten auch die Schweden nicht zurückbleiben. Den Löwenanteil unter ihnen trug der Feldmarschall Gustav Horn davon, da ihm im März 1632 ein kleines Fürstentum, nämlich das dem Deutschen Orden entriessene Meistertum Mergentheim übertragen wurde. Schon vor ihm hatte aber auch Dietrich Sperreuter die Reihe der bloßen Obersten eröffnet, welche mit Schlössern und Herrschaften bedacht wurden.

Indes mit diesen Schenkungen waren neue Vorbehalte zugunsten des Königs verbunden. Es war Ausnahme, wenn das geschenkte Gut zu vollem Eigentum überwiesen wurde; in der Regel geschah es unter Bedingungen, die in einer

gewissen Stufenreihe auftraten. Bei der Schenkung an den Landgrafen Wilhelm wurde nur der Vorbehalt gemacht, daß die Lande im Fall des Erlöschens seiner Nachkommenschaft an die Krone Schweden zurückfallen sollten; dagegen mußten sich schon Grafen, wie die von Hohenlohe oder Löwenstein-Wertheim, Städte, wie Schweinfurt und Heilbronn, durch einen förmlichen Revers verpflichten, der Krone Schweden „jederzeit getreu und hold zu sein“, und über jeden Zweifel wurde die Tragweite dieses Treuversprechens erhoben, wenn Gustav Horn sein kleines Fürstentum geradezu als ein Lehen der Krone Schweden empfing. Eben die Begründung eines solchen Lehensverhältnisses wurde auch dem Herzog Friedrich Ulrich hinsichtlich des Stiftes Hildesheim, sowohl des früher von ihm besessenen großen, wie des neu zu erwerbenden kleinen Stiftes, zugemutet und nur infolge des zähen Widerstandes des Herzogs in das Versprechen umgewandelt, diese Gebiete unter dem Titel des Schutzes oder der Vogtei vom König und seinen Nachfolgern zu „reknogoszieren“. Selbst die schwedische Lehensherrlichkeit bezeichnete aber noch nicht die letzte Höhe von Gustav Adolfs Ansprüchen. Als er am 12. März 1632 der Stadt Schweinfurt vierzehn Würzburgische Dörfer schenkte, behielt er sich das „Recht der Oberherrlichkeit“ vor, ein Vorbehalt, der dann öfter wiederkehrte und gegen Ende des Jahres als regelmäßiger von ihm vorgeschrieben wurde. Im engeren Sinne verstand er darunter die nutzbaren Rechte der Zölle und Kriegskontribution, aber im weiteren Sinne die gesamte Oberhoheit des Kaisers, in dessen Recht er, als Eroberer, eingetreten sei.

Es ist klar, mit diesen neuen Forderungen und Zugriffen ging der König über die Ziele, die er bis zum Herbst 1631 aufgestellt hatte, weit hinaus, und da war es denn erklärlich, daß die Bundesverträge mit den Fürsten ihm nicht mehr genügten, und er die Ratifikation derselben aufschob. Aber indem wir zu diesem Punkte zurückkehren, kommen wir zugleich auch zu der Rehrseite seiner Erfolge. Es war, wie oben schon bemerkt, doch nicht bloß der Flug stolzer Pläne, welcher den König auf dem eingeschlagenen Wege inne halten ließ, sondern nicht minder neue und große Schwierigkeiten, welche ihm entgegentraten.

Eine erste Schwierigkeit lag schon darin, daß die neuen Forderungen und Anordnungen, mit denen Gustav Adolf hervortrat, weder als unverbrüchlich galten, noch von inneren Widersprüchen frei waren. Jene Vorbehalte der schwedischen Lehenshoheit und „des Rechtes der Oberherrlichkeit“ deuteten, wenn sie streng genommen wurden, auf die Absicht, das Reich als geeinten Staat in Trümmer zu schlagen und dann aus den Trümmern ein protestantisches Gemeinwesen unter der Hoheit der schwedischen Krone heraustreten zu lassen, eine Absicht, welche durch die bei den Mecklenburger Bundesverhandlungen zwar nur gelegentlich, aber, wie es scheint, nicht bloß als vorübergehender Einfall an die Herzöge gestellte Zumutung, aus dem Reichsverbande auszutreten, oder ein anderes Mal durch den Hinweis auf die Freiheit der Niederlande und der italienischen Fürsten, als nachahmungswertes Beispiel für die Reichsstände, bestätigt zu werden schien. Aber andererseits beteuerte der König doch wieder, daß er die Reichsverfassung nicht völlig auflösen, sondern nur innerhalb derselben einen dauernden protestantischen Bund unter schwedischer Führung und allerdings mit höchst selbständiger Stellung begründen wolle, ja im September 1632 sprach er den Nürnbergern

die Absicht aus, Pommern als Reichsland zu erwerben und selber ein Stand des Reiches zu werden. Barg sich etwa hinter dieser Absicht der weitere Gedanke, daß die Wahl eines protestantischen Kaisers, die der König schon im Frühjahr 1631 als letzte Errungenschaft bezeichnet hatte, demnächst auf diesen neuen Reichsstand fallen sollte? Schwerlich geschah es ohne des Königs Ermächtigung, daß am 21. Juni 1632 sein Gesandter dem Nürnberger Rat von der Möglichkeit einer solchen Wahl sprach, und schwerlich war die am 27. Mai gethane Aeußerung eines Mitgliedes des brandenburgischen Geheimen Rats, daß Gustav Adolf eine solche Wahl nicht ausschlagen werde, einfach aus der Lust gegriffen.

Das waren Widersprüche, die allerdings unerklärlich waren, wenn der König alle seine Forderungen und Anordnungen als unverbrüchlich ansah. Aber dies war eben nicht der Fall. Sichtlich unterschied er zwischen dem, was unbedingten und dem, was nur bedingten Bestand haben sollte: seine Bundesverträge mit Fürsten und Reichsständen betrachtete er als unbedingt gültig und als verträglich mit der Reichsverfassung, aber was von seinen Verfügungen über die im Reich gemachten Eroberungen Bestand haben sollte, das hing von dem Fortgang des Krieges und dem endlich zu schließenden Frieden ab. Und da, um den Fortgang des Krieges zu sichern, gab es eine Forderung, die für den König viel dringender war, als die saubere Ausgestaltung der politischen Zukunftspläne: das war die Befestigung und Erweiterung seiner Allianzen und die weitere Lähmung der Widerstandskraft des Kaisers und seiner Verbündeten. Hier aber war es auch, wo den großen Erfolgen neue große Schwierigkeiten entgegen traten. Zunächst in dem erstrebten Ausbau der Allianzen.

Das vornehmste politische Ziel, das Gustav Adolf in Deutschland verfolgte, war die Ausbildung der mit Fürsten und Städten geschlossenen Einzelbündnisse zu einem allgemeinen protestantischen Bunde. Dieses Ziel aber war nicht zu erreichen, solange die Führer der protestantischen Stände, die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen, nur jene losen und unzuverlässigen Verträge vom 20. Juni und 11. September anerkannten. Deren Umwandlung in ein festeres Bündnis, war demnach die nächste Aufgabe der Politik des Königs. Um sie zu fördern, erwies er dem sächsischen Kurfürsten die für diesen nicht gerade erfreuliche Ehre, seit November 1631 einen Residenten in der Person des Laurentius Nikolai an seinem Hofe zu halten, und sie hatte er vor allem im Auge, als im Februar 1632 der kurbrandenburgische Kanzler Göze in Frankfurt bei ihm erschien. Aber hier erneuerte sich das alte Mißgeschick.

Was zunächst den Kurfürsten von Brandenburg anging, so war allerdings bei ihm der Einfluß der Räte, welche auf ein thatkräftiges Eingreifen in den Krieg und auf die Verbindung mit Schweden drangen, gewachsen, allein auch das Hindernis, das in der pommerschen Frage lag, war eher verstärkt als vermindert. Vergeblich war es, wenn Gustav Adolf den Kurfürsten durch die Aussicht auf Entschädigung aus den eroberten geistlichen Landen zu locken suchte; denn Georg Wilhelm wollte keine sichere Anwartschaft gegen eine unsichere, kein Küstenland gegen ein Binnenland vertauschen. Vergeblich war es auch, wenn der König den gelegentlich schon im Januar 1631 hingeworfenen Gedanken einer

verführerischen dynastischen Verbindung jetzt nachdrücklicher in die Verhandlungen einmischte, nämlich den Vorschlag einer künftigen Heirat zwischen seiner einzigen Tochter Christine und des Kurfürsten damals elfjährigem Sohn Friedrich Wilhelm; denn abgesehen von der Ungewißheit, ob die an die Verbindung geknüpften Successionshoffnungen nicht durch die Geburt von Söhnen des Königs durchkreuzt werden könnten, ja ob der Vorschlag ihm überhaupt ernst gemeint sei, scheiterte der Plan schon an des Königs gebieterischer Forderung, daß der Prinz das lutherische Bekenntnis annehmen und an seinen Hof zur Erziehung geschickt werden solle, daß also auf eine unsichere Aussicht hin der Kurfürst das kostbarste Unterpfand seiner Ergebenheit ausliefern sollte. Indes gesetzt auch, daß man über all diese Hindernisse hinweggekommen wäre, noch immer wäre dann ein letztes übrig geblieben: Georg Wilhelm wollte sich nicht ohne Kurachsen entschließen, hier aber war der Widerstand vollends unüberwindlich.

Kurfürst Johann Georg hatte sich jetzt freilich in den Entschluß gefunden, für die Entscheidung der zwischen der katholischen und protestantischen Partei schwebenden Rechts- und Machtstreitigkeiten die Hilfe der Schweden anzunehmen, und im Feuer des Kampfes, in den er hineingerissen war, polterte er wohl gelegentlich heraus, daß die Reichsverfassung in ein „neues Modell“ zu gießen, und den geistlichen Stiftern der Garauz zu machen sei, wohl erlebte man es auch, daß der Hofprediger Hoß nach seiner Bekehrung zur Politik des Widerstandes (S. 481) sich gar herbeiließ, den Vertrauten und Helfer der schwedischen Geschäftsträger zu spielen, nicht ohne daß Gustav Adolf dafür dem habgierigen Theologen die Aussicht auf eine seiner Schenkungen eröffnete, — aber in Wahrheit lehnte sich doch gegen die immer klarer aufsteigende Gefahr der Zertrümmerung der Reichsverfassung und des Eindringens fremder Herrschaft der konservative Sinn des Kurfürsten und seiner Räte auf; ihre Gedanken gingen mehr und mehr darauf aus, der Diktatur des schwedischen Königs ein Gegengewicht zu geben. Und da entsannen sie sich, wie schon bemerkt (S. 502/3), plötzlich wieder der Leipziger Beschlüsse: aufgrund derselben verlangten sie nichts Geringeres, als daß die Unterzeichner dieser Beschlüsse zum Unterhalt der sächsischen Armee nach der damals gemachten Umlage — natürlich mit Geld statt mit Truppen — beizusteuern hätten, das will sagen, daß der sächsische Kurfürst, als Haupt einer kriegerischen Organisation, neben den schwedischen König treten sollte. Solchen Bestrebungen entsprach denn auch jene eigenmächtige Änderung des in Halle aufgestellten Kriegsplanes, die Arnim durch die Wendung von Schlesien gegen Böhmen vornahm, es entsprach ihnen auch die Eifersucht, mit welcher die kurfürstliche Regierung, als sie seit Anfang 1632 schwedische Hilfstruppen zur Deckung ihres Landes erbat, doch zugleich einem Eingriff in den Oberbefehl des Kurfürsten vorzubauen suchte.

Nicht genug jedoch, daß die Regierung Johann Georgs den Bundesbestrebungen Gustav Adolfs widerstand, sie wußte ihre ablenkende Wirksamkeit auch auf den Gang seiner großen Politik auszudehnen. Den Anlaß dazu boten zwei von verschiedenen Seiten herkommende Friedensbemühungen. Die erste derselben kam vom König Christian IV. von Dänemark, allerdings unter Vorgängen, die sich fürs erste nicht eben friedlich ausnahmen. Wider-

willig und nicht ohne sich die Möglichkeit des Entschlüpfens frei zu halten, hatte dieser König im Lübecker Frieden den Verzicht auf die niederländischen Bistümer ausgestellt (S. 413). Als nun seit Gustav Adolfs Einbruch kaum drei Monate vergangen waren, trat er plötzlich am 10. Oktober 1630 an den Kaiser heran mit der Empfehlung der von seinem Sohn Friedrich ausgesprochenen Bitte, daß ihm der Besitz seines Verdener Bistums, Bremer Koadjutorats und Halberstädter Kanonikats bis zum anderweitigen einhelligen Beschluß eines Reichstags vergönnt werden möge. Der betroffene Kaiser wies auf den Lübecker Frieden, der König jedoch antwortete ihm mit der Berufung auf des Reiches Recht und Herkommen, welches durch die Entsetzung seiner Söhne verletzt sei. Er scheint, so meinte darauf der Kaiser, indem er in seiner Verlegenheit die katholischen Kurfürsten um ihren Rat befragte (28. August 1631), „eine Ursache zu neuem Krieg zu suchen“. — Daß Christian in der That seinen kriegerischen Neigungen nicht völlig abgesagt hatte, zeigte er in einem gleichzeitigen Streithandel mit Hamburg. Im Widerspruch mit dem dieser Stadt im Jahr 1628 erteilten kaiserlichen Privileg (S. 414) ging er ans Werk, nicht nur seinen Elbplaz Glückstadt zu erweitern und zu befestigen, sondern auch seit Anfang 1630 von den Hamburger Schiffen dort einen Zoll und andere Auflagen zu erzwingen. Die Hamburger erwiderten darauf mit einem Angriff gegen die in Glückstadt liegenden dänischen Schiffe, und da Christian Gewalt mit Gewalt erwiderte, so begann zwischen ihm und der Stadt ein kleiner Krieg, den der Kaiser vergeblich beizulegen suchte.

Indes dieses drohende Vorgehen Christians war doch nur ein Schreckmittel. Wohl nahm er den Gedanken der Machterweiterung im Reiche jetzt wieder auf, aber verwirklichen wollte er ihn nicht durch Krieg, sondern dadurch, daß er als Vermittler zwischen den Kaiser und den schwedischen König trat. Zunächst mehr ausforschend, als anbietend, knüpfte er zu diesem Zweck im November 1631 mit Wallenstein, zu Anfang 1632 mit Kurachsen geheime Verhandlungen an. Einen raschen Fortgang hatten diese Besprechungen nicht, aber die Wirkung hatten sie doch alsbald, daß Sachsens Wunsch nach baldiger Beendigung des Krieges gestärkt wurde, — und dies um so mehr, da sie mit einer zweiten, auf das gleiche Ziel gehenden Anregung zusammentrafen.

Unter den protestantischen Fürsten hatte keiner an dem passiven Gehorsam gegen den Kaiser so unverbrüchlich festgehalten, wie Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt; keiner schien darum auch durch das siegreiche Vordringen Gustav Adolfs so sehr bedroht, wie er: von Gustav Adolf hatte er über seine politische Haltung, vom Landgrafen Wilhelm über den der Kasseler Linie abgerungenen Gewinn eine unbarmherzige Abrechnung zu gewärtigen. Aber all diesen Gefahren wußte er zu entschlüpfen, indem er in den Mittelpunkt einer die Aufmerksamkeit beider Parteien fesselnden Unterhandlung trat. Wie er einst zusammen mit dem Kurfürsten von Mainz den ersten Anstoß zu dem Frankfurter Ausgleichstag gegeben hatte, so war er, als die Entscheidung bei Breitenfeld gefallen war, alsbald bei der Hand, mit seinem geistlichen Freund ein neues Friedensprojekt aufzustellen (18. Oktober): ein aus den Kurfürsten und einigen versöhnlichen Fürsten zusammengesetzter Ausschuß sollte, vereint mit dem Kaiser, das in Frank-

furt mißlungene Werk des Ausgleichs abermals in die Hand nehmen, und zwar jetzt in dem weiten Sinn einer Verständigung über alle das Reich spaltenden kirchlichen und politischen Streitfragen. Noch meinten sie dabei, den Krieg als einen inneren Krieg des Reiches, seine Beilegung als Reichssache bezeichnen zu sollen, und darum vom schwedischen König, als der eigentlich kriegführenden Partei, wenigstens vorläufig absehen zu können, ja mit erstaunlicher Naivität meinte anfangs Landgraf Georg, Gustav Adolf könne seine Forderungen durch den Mund der verbündeten Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg vorbringen. Begreiflicherweise fand der Vorschlag beim Kaiser, wie bei den Kurfürsten von Baiern und Köln bereitwillige Aufnahme. Aber wie verhielt sich Gustav Adolf zu ihm? Jedenfalls nahm auch er die Sache nicht leicht; denn als am 27. Oktober ein Gesandter des Landgrafen vor ihm erschien, um zunächst nur die Bitte um Schonung seines Landes vorzubringen, gab er, den man so unbedacht bei Seite hatte schieben wollen, selber die Anregung zur Eröffnung des Konferenzplanes, und wie sich nun daran weitere Unterhandlungen anknüpften, erwies er dem Landgrafen die außergewöhnliche Gunst, gegen Einräumung der Festung Rüsselsheim seine Lande mit Kontribution und Einquartierung zu verschonen. Aber der Vorschlag war ihm an sich verdächtig, als ein Versuch, seinen Erfolgen vorzeitig Stillstand zu gebieten und seine deutschen Verbündeten von ihm zu trennen. Darum, indem er sich im Grundsatz wohl mit ihm einverstanden erklärte, hatte er doch alsbald eine Fülle von Gründen bei der Hand, besonders auch die Einwendung, daß er sich vorher mit seinen deutschen Verbündeten, zunächst mit den beiden Kurfürsten, verständigen müsse, um die Ausführung in unbestimmte Ferne zu rücken. Anders jedoch, als er, dachte wieder die kursächsische Regierung: sobald die Vorschläge des Landgrafen am Hofe Johann Georgs kund wurden, wallte hier das Verlangen nach der Zusammenfügung des Reichs, nicht minder auch die Sorge um die Dauerhaftigkeit der protestantischen Triumphe neuerdings auf und rief eine wahrhaft heiße Sehnsucht nach der Friedenskonferenz hervor. Es kam darüber zu einer Reihe von Auseinandersetzungen mit Gustav Adolf, die ihren Höhepunkt fanden, als der König zum Zweck einer gründlichen Aussprache den Pfalzgrafen August von Sulzbach nach Dresden schickte, und man nun bei den von ihm geführten Unterhandlungen (23. Juni bis 21. Juli) von der formalen Frage, ob die Konferenz zu beschleunigen oder zu verschleppen sei, zu dem Kern der Sache, nämlich zu den Bedingungen eines etwaigen Friedens fortschritt. Gustav Adolf gestattete, daß seine Hauptforderungen zwar noch immer in bloßen Umrissen, aber doch zusammenhängender und eingehender dargelegt wurden, als es bisher geschehen war.

Zugrunde wurde dabei der Fortbestand des deutschen Reiches gelegt, und damit die aus manchen Eingriffen des Königs hervorgehende Furcht, daß er dieses Staatswesen förmlich auflösen wolle, zerstreut. Auf diesem Boden schieden sich dann des Königs Forderungen in solche, welche das öffentliche Recht des Reiches, und solche, welche die territorialen Umwälzungen in demselben betrafen. In ersterer Beziehung ließ er merken, daß ihm als Norm der kirchlichen Rechte der Protestanten und der Neuordnung der Reichsverfassung die alten Ansprüche der pfälzischen Partei vorschwebten. Wie er jedoch die genauere Fassung dieser

Ansprüche den protestantischen Ständen anheimgab, so rückte er als seinen eigenen Vorschlag die alte Grundforderung des immerwährenden protestantischen Bundes in den Vordergrund, jetzt mit der schärferen Betonung, daß die Verbürgung des zu treffenden Friedens die besondere Aufgabe des Bundes sein müsse, und daß Waffenbereitschaft der Verbündeten und „absolutes Direktorium“ des schwedischen Königs die nächsten Erfordernisse desselben seien. Dann kam er zu der territorialen Umwälzung. Entsprechend den von Anfang an aufgestellten Zielen, hatte er dreierlei zu fordern: Restitution der verjagten oder beraubten protestantischen Stände, Belohnung der deutschen Verbündeten, Vergrößerung des schwedischen Reiches, und zur Durchführung dieser Forderungen stand nach seiner Theorie vom Kriegsrecht die Masse der eroberten Reichslande zu seiner Verfügung. Als seinen Anteil an der Masse verlangte er zunächst das Herzogtum Pommern, auch jetzt freilich noch in nicht ganz bestimmter Form und mit der lockenden Andeutung, daß er vielleicht nicht auf dem ganzen bestehen werde; auch nicht losgerissen vom Reich, so erklärte er jetzt bestimmter, wollte er das Land besitzen, sondern so, wie der dänische König das Herzogtum Holstein, also eintretend in die Reihe der deutschen Reichsstände. Ob er sich mit Pommern begnügen werde, sagte er nicht, für die nicht zu umgehende Frage aber, wie Kurbrandenburg entschädigt werden solle, wies er teils auf die schon eroberten, vornehmlich also geistlichen Lande, teils auf die noch zu erobernden, d. h. vor allem dem Hause Österreich zu entziehenden Gebiete hin und auf den großen Handel, der über ihre Verteilung bevorstand. Je nach der Art des Ausgleichs konnte dieser Vorrat selbst zur Entschädigung bisheriger Feinde, z. B. Wallensteins für Mecklenburg, Maximilians von Baiern für die pfälzischen Lande, ausreichen.

Diese Aufklärung über des Königs Absichten hatte die Folge, daß jetzt auch Sachsen mit seinen Zielen deutlicher herausrückte. Da aber zeigte sich's, daß der Reichsfürst, und zwar der Reichsfürst mit konservativer Gesinnung, über die Zukunft Deutschlands ganz anders dachte, als der schwedische Eroberer. In den Fragen der Umgestaltung der Reichsverfassung im Sinne einer noch weiteren Ausbildung der Selbstherrlichkeit der Reichsstände hatte Johann Georg sich inzwischen allerdings dem alten pfälzischen Standpunkt mehr genähert, aber doch so, daß er auch jetzt noch eine mittlere Linie zwischen diesem und seinen früheren zugunsten der Einheit des Reichs und der Autorität des Kaisers verfochtenen Grundsätzen einzuhalten suchte. Statt der radikalen Bestreitung der Jurisdiktion des Reichshofrats z. B. verlangte er nur Ausschluß der Religionsfachen und derjenigen Fälle, die den Stand und die Lande der Reichsstände betrafen. Dann aber, in den besonderen Fragen, wo es sich um entzogene Lande, Güter und Rechte handelte, trat er der summarischen Forderung, die auf Rückgabe aller den Protestanten seit 1618 entzogenen Güter und Rechte ging, mit sehr unbequemen Unterscheidungen entgegen. Zuerst schieb er zwischen den Restitutionsforderungen, die kirchlich-politisch, und solchen, die weltlich-politisch-er Art waren. Indem er die letzteren vorläufig ausgesetzt wissen wollte, vermied er es, in der schwierigen Frage der Rückgabe der pfälzischen Kur und Lande sich irgendwie zu binden. Scharf war er gegen den Kaiser und die katholische Partei eigentlich nur in den kirchenpolitischen Ansprüchen. Selbstverständlich sollte das Restitutionsedikt mit allen

thatsächlichen und theoretischen Folgen fallen. Aber auch zur Aufhebung der schon vor dem Edikt erlittenen Verluste der Protestanten — wobei denn das dem sächsischen Prinzen August entzogene Recht an das Erzstift Magdeburg (S. 423) ausdrücklich in Anspruch genommen wurde —, weiter zur Schlichtung des alten Streites, welche Rechte denn eigentlich der Religionsfriede den Katholiken und den Protestanten gewähre, hatte der Kurfürst ein Mittel in Bereitschaft, welches er schon bei Gelegenheit des Frankfurter Ausgleichstags angedeutet hatte, und das jetzt nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden sollte; es bestand darin, daß das Recht jedes Teiles, wo der Sinn des Gesetzes streitig war, nach dem nicht so leicht zu bestreitenden Besitzstand eines bestimmten Jahres zu regeln sei. Als Normaljahr nahm er das Jahr 1620 an, in welchem der vor dem Krieg vorhandene protestantische Besitz an Kirchengut noch nicht geschmälert und durch die Mühlhausener Versicherungsakte in gewissem Maße anerkannt war. Nicht versagen konnte sich dabei der Kurfürst den Zusatz, daß diese Rechte nur den Bekennern der ungeänderten Augsburger Konfession zukommen sollten.

Wenn der sächsische Kurfürst mit diesen Forderungen dem Kaiser die Preisgabe derjenigen Erfolge zumutete, in denen er in Bezug auf das Reich die eigentliche, die Opfer des Krieges lohnende Frucht erblickte, so hatte er ihm andererseits eine wertvolle Konzession in Aussicht zu stellen. Gustav Adolf hatte bei seiner Restitutionsforderung als selbstverständlich auch die Herstellung aller Rechte und alles Besitzes der Protestanten in Böhmen, in den kaiserlichen Erblanden überhaupt, angesehen: Johann Georg beschränkte seine Forderungen auf das Reich und eröffnete damit dem Kaiser die Aussicht auf einen Handel, in dem er den Ertrag der monarchischen und katholischen Reaktion in den Erblanden retten konnte. Das war abermals ein den schwedischen Absichten keineswegs entsprechendes Verhalten des sächsischen Kurfürsten. Noch schärfer aber trat dieser Gegensatz bei den ganz speziellen Forderungen zu Gunsten der schwedischen Krone hervor. Daß an Schweden ein Lohn gezahlt werden solle, erkannte Johann Georg als billig an, aber, so fügte er hinzu, dieser Lohn sollte auf Kosten der Katholiken, nicht des brandenburgischen Anrechtes auf Pommern gezahlt werden, und endlich sagten seine Räte, unter unbequemer Erinnerung an des Königs Beteuerungen seiner Uneigennützigkeit, deutlich heraus, daß eine Geldentschädigung ihnen am besten gefalle. Und nun gar das dauernde Bündnis unter schwedischer Hoheit! Hier schnitten die Sachsen die Erörterung mit der einen Entgegnung ab, daß es ja gerade die Aufgabe des künftigen Friedens sei, den das Reich zerreisenden Sonderbündnissen ein Ende zu machen.

Was war nun das Ergebnis all dieser Aussprachen über die Friedensfrage? Zunächst bestand es in der Erkenntnis, daß die Wege Gustav Adolfs und desjenigen Fürsten, dessen Bundesgenossenschaft ihm in Deutschland am wichtigsten war, nicht zusammen, sondern weiter auseinander führten. Wie aber, so müssen wir nun fragen, gestaltete sich das Verhältnis zu dem mächtigsten seiner Bundesgenossen, den er außerhalb des Reiches gewonnen hatte, zu dem Könige von Frankreich?

Im Frühjahr 1631, als Richelieu den Kampf gegen die spanisch-österreichische Macht, den er in Italien geführt hatte, siegreich abschloß (S. 460),

fühlte er die Hände frei, um nunmehr den gleichen Kampf, den er in Deutschland vorbereitet hatte, mit ungeteilter Kraft aufzunehmen. Zeitweilig schien es freilich, als ob nochmals, wie es im Jahre 1625 geschehen war (S. 313), sein Unternehmen durch eine Erhebung der inneren Faktionen gekreuzt werden sollte: nicht mehr der Hugenotten, sondern einer Verbindung, in der die Königin Mutter, des Königs Bruder, Herzog Gaston von Orleans, und Häupter des katholischen Abels sich zusammenfanden. Aber diesmal fühlte sich Richelieu, gestützt auf das Vertrauen eines Königs, der die ihm selber fehlende Sicherheit in der Hingabe an den gewaltigen Geist des Kardinals fand, stark genug, um die Gegner seiner Politik und seiner Vorherrschaft rasch und schrecklich niederzuwerfen und sich nicht in seiner auswärtigen Politik beirren zu lassen. Die Königin Mutter wich vor ihm unter den Schutz der spanisch-niederländischen Regierung (18. Juli 1631), der Marschall Marillac und der Herzog von Montmorency wurden hingerichtet (10. Mai und 30. Oktober 1632), und nur der Herzog von Orleans, dem für den Fall des Todes des damals noch kinderlosen Königs die Thronfolge gebührte, vermochte, seitdem er im März 1631 nach Lothringen entwichen war, in einem verächtlichen Wechsel von Aufstand und Unterwerfung über drei Jahre lang den Gang von Richelieus Politik zu erschweren, wenn auch nicht zu hindern. Im übrigen war es nicht mehr das Inland, sondern das Ausland, wo die zu überwindenden Schwierigkeiten sich erhoben, und zwar zunächst in Folge seiner entgegengesetzten Verbindungen mit Gustav Adolf und mit Maximilian von Baiern.

Wie er freilich fürs erste diese Gegensätze zum eigenen Vorteil zu verbinden hoffte, zeigten die Aufträge, mit denen er im Juli 1631 den Herrn von St. Etienne an die Kurfürsten von Baiern und Sachsen abfertigte: die Waffen Gustav Adolfs, das war der Sinn derselben, sind, statt gegen die gesamte katholische Partei, ausschließlich gegen das Haus Oesterreich zu wenden; diesem Zweikampf gegenüber sollen sich die katholischen wie protestantischen Reichsstände neutral, aber wohl gerüstet halten, und zwar in einem von ihren Häuptern, den Kurfürsten von Baiern und Sachsen, zu schließenden Einvernehmen, unter der Losung des Schutzes der gemeinsamen Freiheit gegen die Tyrannei des Hauses Oesterreich und in enger Verbindung mit der schützenden Macht Frankreichs. Frankreich und die Reichsstände werden dann im geeigneten Zeitpunkt zwischen die beiden Kämpfer treten und den Frieden im Reich nach ihrem Willen vermitteln können.

Indes, hier konnte man fragen, ob Richelieu selber an einen unmittelbaren Erfolg dieser eigennützigen Vorschläge glaubte. Wie sollten die kirchlichen Machtinteressen, welche seit dem Erlaß des Restitutionsediktes die katholischen und protestantischen Reichsstände unerbittlich geschieden hatten, eine Verbindung Sachsens mit dem Haupt der Liga, eine Lossagung der Protestanten von Gustav Adolf, der Liga vom Kaiser gestatten! Rasch mußte denn auch der Kardinal erfahren, wie die Parteien nicht nur über seine Vorschläge hinweggingen, sondern ihn selber in Anspruch nahmen aufgrund der entgegengesetzten Verpflichtungen, die er in seinem schwedischen und seinem bairischen Bündnisse übernommen hatte. Da mußte er denn andere Entschlüsse fassen. Zunächst suchte er sich zu helfen, indem er Gustav Adolf gegenüber seine Subsidienverpflichtung erfüllte, dagegen die dringenden, schon mit Ende Mai 1631 beginnenden Hülfeersuche

Maximilians unter dem Vorwande ablehnte, daß in dem Kampfe mit Gustav Adolf er, Maximilian, in Folge der Verbindung seiner Streitkräfte mit denen des Kaisers der Angreifende sei; daß folglich das rein defensive französisch-bairische Bündnis nicht in Anwendung komme. Dann aber machte er sich auf, um in die großen Verwickelungen nach seinem eigenen Sinne einzugreifen.

Vorsichtig mitten im Drange seiner Thatkraft, hielt er allerdings noch daran fest, daß der Zeitpunkt zum offenen Eintritt Frankreichs in den großen Krieg nicht gekommen sei. Was ihn in dieser Zurückhaltung noch besonders bestärkte, war der Zweifel an der militärischen Ebenbürtigkeit Frankreichs mit den großen Kriegsmächten der Zeit: wir haben, wiederholte er mehrfach, zu wenig Männer, die zur Kriegsführung geeignet sind.¹⁾ Einstweilen also sollten die Künste diplomatischer Verhandlung, daneben kleinere Gewaltstreichs, die gleichsam aus dem Versteck geführt würden, ihre Wirkung thun. Und wie er nun zu dem Zweck einerseits einen wahren Schwarm von Gesandten aufbot, andererseits eine kleine Armee unter dem Marschall La Force in der Champagne an der deutschen Grenze aufstellte, griff er zunächst, in den letzten Tagen des Oktobers 1631, noch einmal zu dem Versuch, die Stände der Liga durch einen Neutralitätsvertrag aus dem Krieg herauszuziehen und dem Schutz Frankreichs, als Bürgen der Neutralität, zu unterstellen. Darüber unterhandelte im Dezember der Herr von Charnacé mit Maximilian in München, um dann, mit des Kurfürsten Anerbietungen versehen, im Januar 1632 bei Gustav Adolf sich einzustellen, zu einem Zeitpunkt, da diesen sein Siegeslauf bereits bis nach Mainz geführt hatte. Auch jetzt wieder konnte man freilich fragen, ob Richelieu selber auf den Erfolg seiner Vorschläge hoffte, ob es ihm nicht zunächst nur darauf ankam, wenigstens grundsätzlich dem Krieg den Charakter des Religionskrieges abzusprechen und ihn nur als einen Kampf gegen das Haus Oesterreich erscheinen zu lassen. Jedenfalls genügten schon zwei Forderungen, die ihm entgegengehalten wurden, um die Verhandlung trotz aller Weitschweifigkeit scheitern zu lassen: Maximilian verlangte Rückgabe der den Ligisten entriessenen Gebiete, Gustav Adolf dagegen wollte, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht nur die eroberten geistlichen Lande „bis zu einem allgemeinen Friedensschluß“ behalten, sondern er verstieg sich auch zur Forderung der Rückgabe aller den Protestanten in Niedersachsen, wie in Oberdeutschland²⁾ seit 1618 entriessenen Gebiete. Solche Bedingungen, so schrieb Maximilian am 28. Januar an seinen dringend nach der Neutralität verlangenden Bruder in Köln, können „ohne gewisse Gefahr des allgemeinen katholischen Wesens, besonders der katholischen Bundesstände“, nicht bewilligt werden. Der einzige Grund, so meinte dagegen Gustav Adolf, seinerseits auf die Neutralität einzugehen, sei die Rücksicht auf Frankreichs Freundschaft; übrigens werde sie, wenn auch geschlossen, schwerlich gehalten werden.

Bei diesem diplomatischen Versuch trug also Richelieu eine Niederlage davon; um so größer war sein Erfolg bei den kleinen, wie aus dem Versteck vollführten Eingriffen in den Krieg. Der leitende Gedanke war hier der ihm

¹⁾ Mémoires VII S. 40, 276, 355.

²⁾ Ueber den Einfluß der Germania superior vgl. Traktater V 1 S. 649.

längst vor seiner Seele stehende Plan, die Macht und die Grenzen Frankreichs gegen Deutschland vorzuschieben (S. 401). Wie nun bei diesem Vorrücken die geistlichen Fürstentümer von Metz, Toul und Verdun gleichsam die erste Station bilden sollten, so kam es ihm gerade hier als eine erwünschte Herausforderung, daß seit dem Jahr 1630 kaiserliche Truppen in das Stift Metz geworfen waren (S. 447), und dort die kleine Festung Moyon-Vic von ihnen besetzt und in ihrer Befestigung verstärkt wurde. Jetzt nun, da die Bedrängnis des Kaisers stieg, erging plötzlich in der Nacht vom 8. zum 9. Dezember 1631 an La Force die Weisung, diesen Platz ohne eine Stunde Versäumnis anzugreifen und zu nehmen. Es war, wie gesagt, die Gunst der Gelegenheit, die den Kardinal zum Handeln vorantrieb, aber daneben noch ein Antrieb der Eifersucht. Er sah, wie der Siegeslauf Gustav Adolfs den Rhein nicht nur erreichte, sondern bereits überschritt, und da trat ein neuer Gedanke in seine Politik ein: am Rhein sollten die schwedischen Fortschritte gehemmt, und am linken Ufer des Stromes die führende Macht in Frankreichs Hände gelegt werden. Das Städtchen Moyon-Vic wurde denn auch am 27. Dezember genommen, und damit die Herrschaft Frankreichs in den drei Stiftern neuerdings gefestigt.

Schon war aber neben diesem kleinen Zugriff ein größerer im Gange, abzielend auf die Vändigung des Herzogs Karl von Lothringen. Der hatte seit der Zeit, da er Spanien gegenüber seine Bereitwilligkeit zu einem Bündnisse ausgesprochen hatte (S. 403), sein verzweifeltstes politisches Spiel weiter gespielt. Das Bündnis war bei den hohen Forderungen des Herzogs — er verlangte den Eintritt auch des Kaisers und der Liga und für sich ein Kommando über die ligistischen Stände des oberrheinischen Kreises¹⁾ — nicht zustande gekommen, aber dafür hatte er sich im Juni 1631 mit dem Kaiser über die Aufbringung eines in kaiserlichen Dienst zu stellenden Heeres von 12—17 000 Mann geeinigt und alsdann den Versuch gemacht, in den Krieg gegen Gustav Adolf einzugreifen. Allerdings mit kläglichem Erfolg! Mit einer kleinen Armee ging er gegen den 10. Oktober bei Oppenheim über den Rhein und stieß, wie schon erwähnt, gegen Ende des Monats in Miltenberg zu Tilly. Hier indes war ihm nur beschieden, an der Entschliebung teil zu nehmen, daß ein neuer Waffengang mit Gustav Adolf nicht gewagt werden könne, worauf er denn einige Wochen später sich von Tilly wieder trennte, und seine verwahrlosten von den nachdrängenden Schweden verfolgten Haufen über den Rhein zurückführte. Das waren Thaten, die an sich freilich nicht geeignet waren, besondere Furcht einzulösen; aber bedenklicher erschienen sie in ihrer gleichzeitigen Verbindung mit den Antrieben des Herzogs von Orleans. Dieser Fürst hatte bei seinem Austritt aus Frankreich am lothringischen Hof Aufnahme gesucht und gefunden, und kaum war er dort, so machte er ihn zum Schauplatz einer neuen Intrigue: er warb um die Hand der Schwester seines Gastfreundes. Der lothringische Herzog, der seine Unabhängigkeit gegen Frankreich verteidigte, und der königliche Prinz, der damals noch der Thronfolge am nächsten stand, zwei Fürsten, die zugleich dem

¹⁾ Philipp IV. an Isabella, 1630 Juni 21. (Brüsseler Archiv. Secrétairerie d'état et de guerre n. 203.)

Kardinal und seiner Politik tödlich verfeindet waren, sollten also auch verwandtschaftlich in Verbindung treten.

Solchen Herausforderungen gegenüber erschien nun Richelieu wiederum der Zeitpunkt zum Durchgreifen gekommen. In den Tagen, da der Angriff auf Moyen-Vie vorbereitet wurde, befanden er und der König Ludwig sich persönlich auf dem Weg nach Metz; nichts Geringeres drohten sie dem Herzog, als daß die Truppen, die das Metz'er Städtchen belagerten, sich von dort auf seine Lande werfen würden, und das zu einem Zeitpunkt, da seine eigenen Streitkräfte zerrüttet aus Deutschland zurückwichen, und Gustav Adolf siegreich am Rhein stand. Da sah Herzog Karl keinen anderen Rat, als sich selber beim König in Metz einzufinden (26. Dezember) und sich vor dem unerbittlichen Kardinal zu einem Vertrag zu verstehen, der zu Vic am 6. Januar 1632 zum Abschlusse kam und den Verzicht auf alle dem König nachteiligen Verbindungen, besonders mit dem Hause Oesterreich, dem Herzog von Orleans und der Königin Mutter, an die Spitze stellte: künftig, so hieß es weiter, sollte der Herzog keine Bündnisse ohne des Königs Zustimmung schließen, in seinen Landen sollte er weder Feinde des Königs, noch Truppenwerbungen, die ihm nachteilig seien, dulden, dagegen bei einem etwaigen kriegerischen Eingreifen des Königs in Deutschland ihm Beistand leisten; endlich seine Festung Marsal hatte er auf drei Jahre einer königlichen Besatzung einzuräumen. — Natürlich mußte nun der Herzog von Orleans seine Zuflucht alsbald anderwärts suchen, und er fand sie da, wo seine Mutter sie gefunden hatte, nämlich in den spanischen Niederlanden. Allein gerade an seine Person knüpfte sich auch gleich eine neue Verwicklung an: drei Tage vor Abschluß des Vertrags wurde in tiefem Geheimnis seine Trauung mit Prinzessin Margarete vollzogen. Was konnte dieser Vorgang anders bedeuten, als daß des königlichen Prinzen neuer Schwager sich nur scheinbar dem aufgezwungenen Vertrage gefügt hatte?

Indes Richelieu fühlte sich einstweilen gesichert; und so, in rastlosem Vordringen, säumte er nicht, eine dritte Gelegenheit zu ergreifen. Der hab- und streitsüchtige Erzbischof Philipp von Sötern (S. 370), der die Stifter Trier und Speier unter seiner Herrschaft verband, hatte lange Zeit seine Interessen in dienstfertigem Anschluß an Spanien zu wahren gesucht. Dann aber mußte er erfahren, daß Spanien dem alten Gedanken, wie von Mailand aus die kleinen italienischen Mächte, so von Brüssel aus die benachbarten deutschen Reichsstände seinem Einfluß zu unterwerfen, auch in diesen kritischen Zeiten keineswegs entsagte. Als er die reiche Abtei St. Maximin auf Grund päpstlicher Kommende in Besitz nahm (1625), der Kaiser aber als oberster Schutzherr der Reichsstifter dagegen Einsprache erhob, entdeckte die Brüsseler Regierung, daß ihr, als Erbin des Hauses Luxemburg, die Vogtei über das Kloster zustehet, und durch den Einmarsch einer Anzahl Truppen zwang sie dem Erzbischof eine von diesem hinterher als nichtig angesehene Verzichturkunde ab. Als dann in den landständischen Verhandlungen des Trierer Stifts die hohen Steuerforderungen und die ungerechte Verteilung der Abgaben einen scharfen Widerstand der Städte hervorriefen, in dessen Durchführung freilich am Ende nur die Hauptstadt ausharrte, wußte die Brüsseler Regierung mit verwegener Sophistik auch ein Schutzrecht über die Stadt Trier zu beweisen und warf im März 1630 eine Anzahl Soldaten in

ihre Mauern, um sie gegen ihren gewalthätigen Landesherren zu verteidigen. Darüber geschah, was bei dem herrischen Prälaten nicht ausbleiben konnte: seine Ergebenheit gegen Spanien schlug in Feindschaft um. In dieser Stimmung sah er im Dezember 1631 die schwedischen Scharen heranfluten und im ersten Anlauf auch schon die meisten Plätze seiner rechtsrheinischen Besitzungen einnehmen; er sah sich unversehens vor die Wahl gestellt, entweder an der von ihm bisher vertretenen Sache festzuhalten und sich dann gleich dem Erzbischof von Mainz durch die Schweden vertreiben zu lassen oder sich dem Schutz einer der katholischen Nachbarmächte, Spaniens oder Frankreichs, zu ergeben. Daß er kein Mann war, der gerne Opfer brachte, hatte die Liga seit 1627 schon an den gewaltigen Rückständen seiner Beiträge und im Jahr 1631 an der völligen Einstellung derselben erfahren.¹⁾ Daß er den spanischen Schutz verabscheute, verstand sich von selbst. Also sah er keinen anderen Ausweg, als die Anerbietungen der französischen Gesandten ohne Rücksicht auf seine Verbündeten zu ergreifen. Die Liga, so erklärte er am 23. Dezember 1631, sehe er als aufgelöst an; Frankreich möge ihm bei Schweden die Neutralität seiner beiden Stifter vermitteln und ihn darin schützen.

Da war denn Richelieu bei der Hand, einerseits mit Gustav Adolf sich dahin zu vertragen, daß er dem Erzbischof die Neutralität und die Abführung der schwedischen Truppen aus den Stiftern bewilligte, allerdings nicht ohne des Erzbischofs Gegenversprechen, alles den Evangelischen in seinen Diözesen seit Beginn des Krieges Entzogene zu restituieren, andererseits mit dem Trierer Kurfürsten sich dahin zu einigen, daß Frankreich zum Zweck seiner Beschützung im Stift Trier die Festung Ehrenbreitstein, im Speierer Stift Philippsburg bis zum künftigen Frieden besetzen sollte (April 1632). — Mit der Ausführung dieses Vertrags ging es dann freilich nicht so geschwind; denn eben die Gefahr des Eindringens Frankreichs in die beiden Stifter rief alsbald einen Wettkampf der spanisch-kaiserlichen und der französisch-schwedischen Streitkräfte um die festen Plätze hervor. Erst am 5. Juni bemächtigte sich eine französische Besatzung des Ehrenbreitsteins, und am 19. August fiel die Stadt Trier nach Kapitulation der dortigen spanischen Besatzung in französische Hände, während Philippsburg durch den zum Kaiser übergetretenen Befehlshaber behauptet wurde. Unmittelbar indes trat unter diesen Verhandlungen und Abmachungen eine andere Folge hervor, nämlich wachsende Spannung zwischen Frankreich und Schweden.

Ungern wich Gustav Adolf den französischen Besatzungen im Trierischen. Wie dann aber bei diesen und ähnlichen Verhandlungen immer wieder die französische Absicht hervortrat, den schwedischen Fortschritten am Rhein eine Grenze zu setzen, wie daneben die französischen Gesandten mit immer neuen Anträgen auf Neutralisierung der katholischen Reichsstände kamen, und daraus die Absicht hervorleuchtete, dem schwedischen Protektorat über die deutschen Protestanten ein fran-

¹⁾ Forst, Franz von Wartenberg n. 496 S. 553—554. Goetz in den Forschungen zur Geschichte Baierns XII S. 112. Die an letzterem Ort aufgeführten niedrigen Beiträge Kurkölns wurden nach Angabe des Kurfürsten durch unmittelbare Zahlungen und Lieferungen an die Bundesstruppen mehr als aufgewogen (an Kurf. Maximilian, 1630 März 24. Münchener Staatsarchiv 41/10).

zösisches über die Katholiken entgegenzustellen, oder gar die Häupter protestantischer und katholischer Reichsstände mit Frankreich zu vereinigen, um vereint das Amt der Vermittler in dem Kriege zu ergreifen, da gab es förmliche Weiterungen. Wiederholt kam es seit Januar 1632 zwischen dem feurigen König und den zungenfertigen französischen Gesandten zu heftigen Aussprachen; der König war erbittert über das Mißverhältnis zwischen den Ansprüchen und den kriegerischen Leistungen Frankreichs; beiden Teilen kam die Verschiedenheit der von ihnen verfolgten Ziele scharf zum Bewußtsein, und die Empfindung, daß es zwischen ihnen zum Bruch kommen könne, wurde nur durch die Einsicht, daß man sich gegenseitig nicht entbehren könne, zurückgehalten. Das Ergebnis aber, welches sich hierbei Gustav Adolf aufdrängte, war, daß sein Verhältnis zu dem vornehmsten Verbündeten außerhalb Deutschlands ebenso gebrechlich war, wie das zu Kursachsen innerhalb des Reiches.

Und wie endlich sah es im Lager des Feindes aus? Sichtlich entwickelte sich auch hier eine größere Kraft des Widerstandes, als man in den ersten Monaten nach der Breitenfelder Schlacht hatte ahnen mögen. Schon ist ja erzählt, wie die Versuche, die Liga aus dem Kampfe herauszuziehen, an der Festigkeit Maximilians gescheitert waren. Der Kaiser aber, weit entfernt, sich durch die Friedensvorschläge verlocken zu lassen, war eben im Werk, den Schweden ein neues gewaltiges Heer entgegen zu werfen, und die Organisation und Führung desselben vertraute er dem großen Heereschöpfer an, dessen Rücktritt die Siege Gustav Adolfs erleichtert hatte. Das waren Vorgänge, angesichts deren Gustav Adolf sich vollends sagen mußte, daß er den größten Entscheidungen erst entgegenging. Damit aber wird auch für uns seine oben besprochene Zurückhaltung, mit der er die unwiderrufliche Feststellung der Ziele, denen er nachstrebte, und die unwiderrufliche Verpflichtung auf die Bündnisse, die er in Deutschland vereinbart hatte, aufschob, erst recht verständlich. Es war ihm, als der Frühling des Jahres 1632 heranrückte, klar, daß nicht durch die Fortführung der Verhandlungen, sondern durch große kriegerische Schläge die Lösung der politischen Fragen anzubahnen sei. Indem er aber zu dem zweiten Gang des großen deutschen Kampfes sich aufmachte, hatte er vor allem zu rechnen mit den neuen Entschlüssen des Kaisers und dem neuen Heer, das er ihm unter Wallenstein entgegenwarf.